

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



März 2023

Vorbereitungstreffen für die Landesverbandstagung im April

SPA sichtet die ersten Anträge

Ein wichtiger Bestandteil der sozialpolitischen Arbeit des SoVD Berlin-Brandenburg ist der in der Satzung festgeschriebene „Sozialpolitische Ausschuss“ (SPA) auf Landesebene. Derzeit ist es seine vorrangige Aufgabe, die Landesverbandstagung inhaltlich vorzubereiten. So stand im Mittelpunkt des Treffens die Sichtung der bisher aus den Kreis- und Ortsverbänden eingegangenen sozialpolitischen Anträge.

Ohne der inzwischen bereits eingesetzten Antragskommission vorzugreifen, wurden erste Stellungnahmen und Präzisierungsvorschläge erarbeitet. Schließlich sind bereits circa 30 Anträge mit unterschiedlichem Gewicht und Umfang eingegangen. Sehr breit ist die inhaltliche Spannweite der eingebrachten Vorschläge zum Beispiel zur Pflege und Armutsbekämpfung, zu einer senioren- und behindertengerechten Verkehrspolitik und zu einem zeitgemäßen Schutz der Umwelt und einer fortschrittlichen Energiepolitik.

Auf einer weiteren Sitzung im März soll die Sichtungsbearbeitung abgeschlossen werden. Für die Zeit nach der Landesverbandstagung gibt es bereits Vorstellungen dazu, die bis-



Von links: Elisabeth Schmiedeck, Joachim Krüger und Bodo Feilke sichten die Anträge.

her auf Berufungen durch den Landesvorstand zahlenmäßig begrenzte Mitgliederzahl des Ausschusses für weitere Interessentinnen und Interessenten zu öffnen.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

es ist wieder soweit! Nach vier Jahren Amtszeit des jetzigen Landesvorstandes findet satzungsgemäß die nächste ordentliche Landesverbandstagung, das höchste Organ des SoVD Berlin-Brandenburg, am Sonnabend, den 22. April, statt.

Wir können mit Genugtuung feststellen, dass wir es geschafft haben, bei der Entwicklung unserer Mitglieder wieder nach vorne zu gehen. Dazu habt vor allem Ihr in den Kreis- und Ortsverbänden einen wesentlichen Beitrag geleistet. Dabei befinden auch wir uns als Landesverband Berlin-Brandenburg in der „Zeitenwende“ der internationalen Beziehungen sowie der Politik auf allen Ebenen mit erheblichen Veränderungen und Belastungen für die Menschen. Dies stellt an uns als Sozialverband zunehmende Anforderungen für unsere Mitglieder.

Alle ordentlichen Kreisverbandswahlen sowie die Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landesverbandstagung wurden durchgeführt. Für die Neuwahl des Landesvorstandes sind nur die gewählten Delegierten stimmberechtigt. Die Einladung zur Landesverbandstagung sowie die Konferenzunterlagen, vor allem die umfangreichen Anträge zur Organisation, Satzung und Sozialpolitik, werden allen Delegierten termingerecht zugeleitet.

Der Landesvorstand hat die vorläufige Tagesordnung und einen geeigneten Tagungsort festgelegt (siehe unten).

Ich freue mich, die Delegierten und Gäste bei dieser für unseren Verband so wichtigen Tagung begrüßen zu dürfen.



Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer, Landesvorsitzende

SoVD Gleichstellungsmonat März mit Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg

Ganz im Zeichen der Frauen

Frauenpolitik ist im SoVD auf allen Ebenen sowie in den Gremien und Programmen fest verankert und eine ständige Aufgabe auch in Berlin und Brandenburg. Im März gibt es gleich drei symbolträchtige Tage, die auf die nach wie vor bestehenden gravierenden Mängel bei der Gleichberechtigung von Frauen aufmerksam machen. Deshalb hat der SoVD den März zum Gleichstellungsmonat erklärt.

Am 1. März findet der Tag für Gleichstellung bei der Sorgearbeit, der Equal Care Day statt. Am 7. März folgt der Equal Pay Day – der Tag für gleiche Löhne. Und am 8. März ist der Internationale Frauentag bisher in Berlin als einzigem Bundesland ein Feiertag, in diesem Jahr zieht als zweites Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nach. Es wäre aber an der Zeit, den Internationalen Frauentag auch in den übrigen Bundesländern zum Feiertag zu erklären, denn trotz einiger Verbesserungen in Gesetzgebung und Praxis bei der Betreuung der Kinder gibt es noch viele „Baustellen“.

Es ist immer noch nicht gelungen, eine auch nur annähernde Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bei der unentgeltlichen Familienarbeit und der entgeltlichen Erwerbsarbeit zu erzielen. Die Folgen sind weitere erhebliche Lücken der Frauen bei Löhnen mit 18 Prozent und Renten mit



Seit vielen Jahren macht der SoVD am Equal Pay Day auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen aufmerksam.

knapp 50 Prozent.

Schwerpunkte der Frauenarbeit im SoVD sind daher die Bekämpfung der Armut sowie die Unterstützung und Gleichstellung bei der Betreuung der Kinder und der Pflege von Angehörigen. Letzteres ist unbezahlte Familienarbeit und

Frauen investieren erheblich mehr Zeit darin als Männer. Das schränkt die Möglichkeit für Frauen ein, an anderen Lebens- und Arbeitsbereichen teilzuhaben und letztlich auch Einfluß in Gesellschaft und Politik sowie in Ehrenämtern zu erlangen.

Landesverbandstagung

22. April, Käte-Tresenreuter-Haus, Sozialwerk Berlin e. V. - Stadtteilzentrum, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf).

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1.) Eröffnung durch die 1. Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer
- 2.) Grußworte
- 3.) Totenehrung
- 4.) Wahlen zur Tagungsleitung und zur Protokollführung
- 5.) Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 6.) Wahl der Antragskommissionen und der Mandatsprüfungskommission
- 7.) Bericht der 1. Landesvorsitzenden
- 8.) Bericht des Landesschatzmeisters
- 9.) Bericht der Landesrevisoren
- 10.) Aussprache zu den Berichten
- 11.) Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 12.) Entlastung des Landesvorstandes
- 13.) Wahl
 - a) des Landesvorstandes
 - b) der Revisor*innen
 - c) der Delegierten zur Bundesverbandstagung
 - d) der Mitglieder der Landesschiedsstelle
- 14.) Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 15.) Anträge
 - a) Satzungsanträge
 - b) Organisationsanträge
 - c) Sozialpolitische Anträge
- 16.) Schlusswort der*des gewählten 1. Landesvorsitzenden und Ende der Tagung.



Von links: Bodo Feilke, Kreisvorsitzender Charlottenburg-Wilmersdorf, Klara Geywitz, Bundesbauministerin, dahinter Armin Dötsch, Kreisvorsitzender Spandau, (davor) Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und Christian Hochgrebe, Direktabgeordneter Charlottenburg Nord.

Sozialpolitischer Auftakt im Kreisverband

Hoher Besuch vor Ort

Zu einem interessanten und hochkarätig besetzten Diskussionsabend haben die Kreisverbände Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau die Bürger*innen der Paul-Hertz-Siedlung und Interessierte eingeladen. Veranstaltungsort war der Gemeindesaal der Evangelischen Kirchengemeinde am Heckerdamm.

Christian Hochgrebe, der Direktabgeordnete für den Charlottenburger Norden und die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Bundesministerin Klara Geywitz, diskutierten mit den Nachbarinnen und Nachbarn über das neue Bürger- und Wohngeld. Das Interesse der Menschen, wie man in dieser schwierigen Zeit durch den Winter kommt, den Alltag finanzieren und seine Wohnung bezahlen kann, war groß.

Die Ministerin erläuterte das Verfahren zum Bürgergeld und stellte die einzelnen Schwerpunkte heraus. Christian Hochgrebe erläuterte die positiven Aspekte der Erhöhung des Wohngeldes ausführlich.

Anschließend stellten sie sich den zahlreichen Fragen der Anwesenden wie zum Beispiel, wann endlich ein Kataster der barrierefreien Wohnungen eingeführt wird und Wohnungen verpflichtend barrierefrei gestaltet werden können. Beide Gesprächspartner*innen antworteten, das barrierefreie Bauen ein großes Thema der Zukunft sei, im letzten Jahr ein Bündnis für bezahlbares Wohnen gegründet wurde und einheitliche Bauvorschriften eine große Rolle spielen.

In der regen Diskussion stellte sich heraus, dass es für viele Menschen große Hürden darstellt, die Höhe des Wohngeldes zu ermitteln oder das Bürgergeld zu beantragen. Das bedeutet für die SoVD-Kreisverbände einen großen Andrang in den Beratungen. Ein interessanter Vorschlag wurde zum Schluss der Podiumsdiskussion der Ministerin mitgegeben: Im Kabinett finanzielle Unterstützung für die Sozialverbände einzubringen.

In seinen Beratungszentren berät der SoVD rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV und Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht. Infos unter: www.sovd-bbg.de

Jahresmeldung vom Arbeitgeber überprüfen

Wer in diesen Tagen Post von seinem Arbeitgeber bekommt, hält wahrscheinlich die Jahresmeldung für 2022 in seinen Händen. Spätestens bis Ende April verschicken alle Arbeitgeber die Jahresmeldung an ihre Beschäftigten. Das Dokument enthält Zahlen und Daten, die für die spätere Rente wichtig sind. Deshalb sollte sich jede*r Empfänger*in die Angaben auf der Bescheinigung genau ansehen.

Besonders auf die Versicherungsnummer, den Namen und die Beschäftigungszeit sollten die Arbeitnehmer ihr Augenmerk richten. Wichtig ist auch: Stimmt die Höhe des Verdienstes? Wer Fehler entdeckt, sollte sich an seinen Arbeitgeber oder die Krankenkasse wenden. Sie werden sich darum kümmern, dass die Angaben korrigiert werden.

Quelle: DRV

Das SoVD Sozial-Mobil kommt ins südliche Brandenburg

Mobile Sozialberatung startet

Der unzureichende barrierefreie ÖPNV im ländlichen Raum und fehlende eigene finanzielle Ressourcen führen oft dazu, dass Menschen mit Beratungsbedarf in sozialrechtlichen Fragen eine persönliche, institutionelle Beratung kaum wahrnehmen. Sie sind darauf angewiesen, dass sie Beratung und Unterstützung in ihrem direkten Wohnumfeld erhalten.

Mit Jahresbeginn bietet der Landesverband ein neues Angebot an: Das „SoVD Sozial-Mobil – Die Sozialberatung, die zu Ihnen kommt“. Dabei handelt es sich um eine mobile, aufsuchende Sozialberatung. Das Projekt startet in der ländlichen Region des südlichen Landes Brandenburg.

Das SoVD Sozial-Mobil fährt feste, prägnante Orte an, sucht ratsuchende Personen zu individuellen Terminen in ihrem Wohnumfeld auf und bietet darüber hinaus Sammeltermine in sozialen Einrichtungen, bei Vereinen, Arbeitskreisen oder Institutionen an.

Begleitend zur individuellen Beratung zu sozialrechtlichen Fragen sollen ergänzende Hilfenetzwerke aufgezeigt, der Kontakt hergestellt und die Menschen zur Selbsthilfe sowie zur Nutzung digitaler Beratungsangebote angeregt und befähigt werden.

Die Beratung ist kostenfrei und offen für alle Ratsuchenden – auch wenn Sie kein SoVD-Mitglied sind. Gefördert wird das Projekt von der Aktion Mensch.

Termine können abgesprochen werden unter Tel.: 0151/17 85 18 41 oder per

Das SoVD Sozial-Mobil

Die mobile Sozialberatung im südlichen Land Brandenburg
www.sovd-bbg.de/sozial-mobil

Gefördert durch die **Aktion MENSCH**

Sie sind in Ihrer Mobilität eingeschränkt, der Bus fährt selten und Sie haben kein Pkw? Mit dem SoVD Sozial-Mobil kommen wir zu Ihnen – nach Hause, in Ihr Wohnumfeld oder einen vereinbarten Ort. Persönlich und kompetent beraten und unterstützen wir Sie vor Ort in allen sozialrechtlichen Fragen.

Kostenfreie, individuelle Beratung im südlichen Land Brandenburg!
Telefon **0151 178 518 41**
E-Mail **mobil@sovdbbg.de**

E-Mail an: mobil@sovdbbg.de. Sozial-Mobils ist die SoVD-Beratungsstelle in Finsterwalde, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde.

Erstes Vernetzungstreffen von Senioren- und Behindertenvertretungen

Mit vereinten Kräften handeln

In den bezirklichen Berliner Seniorenvertretungen und Behindertenbeiräten sowie den entsprechenden Gremien sind auf Berliner und Brandenburger Landesebene SoVD-Mitglieder vertreten. Der 2. Landesvorsitzende Joachim Krüger hatte zu einem Kennlerntreffen in die Landesgeschäftsstelle eingeladen.

Gut vertreten waren bei dem ersten Treffen zum Kennlernen, vernetzen und gemeinsamen Planen die Bezirke Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin-Mitte.

Dr. Peter Sdorra berichtete aus dem Landesbehindertenbeirat. Aus Reinickendorf informierte Joachim Krüger die Anwesenden darüber, dass am 3. Juni einen Infotag für Menschen mit und ohne Behinderung stattfinden wird. Bodo Feilke aus Charlottenburg-Wilmersdorf klärte über die Aktivitäten zur Barrierefreiheit auf dem Breitscheidplatz auf und Marion Halten-Bartels stellte die intensive Seniorenarbeit in diesem Bezirk und auf Landesebene dar. Rita Krüger-Bieberstein erwähnte, dass der Behindertenbeirat in



SoVD-Mitglieder aus Seniorenvertretungen und Behindertenbeiräten tauschten sich aus.

Berlin-Mitte einen Newsletter anbietet. Das nächste Treffen ist schon in Vorbereitung. Ziel sollte es sein, diese Vernetzungsarbeit über alle Berliner Bezirke und Ebenen auszubauen und Brandenburg miteinzubeziehen, um die Arbeit im Sinne des SoVD besser bündeln zu können.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

**Landesverband
Berlin-Brandenburg**

Anfang Januar hatte der Landesverband neu eingetretene Mitglieder zu einem Neujahrsempfang eingeladen. Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kerfer begrüßte die Neumitglieder sowie die Vorsitzenden der einzelnen SoVD-Kreisverbände. Der Veranstaltungsraum war mit Stehtischen und Sitzgelegenheiten eingerichtet, so dass eine lockere, aber gemütliche Atmosphäre entstand. Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse stellte den neuen Mitgliedern ihre zuständigen Kreis- bzw. Ortsvorsitzenden vor. Schnell ergaben sich die unterschiedlichsten Fragen, zum Beispiel zum Thema ehrenamtliches Engagement. Bodo Feilke, Kreisvorsitzender von Charlottenburg-Wilmersdorf, gab gerne Auskunft und freute sich über das Interesse der neuen Mitglieder. Er erläuterte den Ablauf einer Mitgliederversammlung, das Mitwirken bei Infoständen oder sozialpolitischen Ausflügen. Das persönliche Kennenlernen kam bei den „Neuen“ sehr gut an und auch den lange zugehörigen SoVD Ehrenamtlichen hat es Spaß gemacht. Ein reichhaltiges Bü-

fett zur Stärkung bot ein gute Grundlage zu persönlichen Gesprächen.

Ortsverband Wilmersdorf

Aus organisatorischen Gründen gab es im Ortsverband Wilmersdorf keine Jahresabschlussveranstaltung, daher hatte der Vorstand die Mitglieder zu einer Neujahrsmatinee in das Restaurant „Ännchen von Tharau“ eingeladen. 35 Mitglieder begrüßten gemeinsam das neue Jahr 2023. Nach den einleitenden Worten des Ortsvorsitzenden Joachim Melchert ließ die „Lebensberaterin und Komödiantin“ Helene Mierscheid das vergangene Jahr humoristisch Revue passieren und bereitete die Gäste auf das gerade angelaufene Jahr vor.

**Kreisverband
Tempelhof-Schöneberg**

Das erste Treffen des Kreisverbandes fand Anfang Januar in der Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlentberg“ statt. Die stellvertretende Vorsitzende Angela Rozanski begrüßte die Teilnehmenden mit den besten Wünschen für ein gesundes neues Jahr. Ganz besonders freute man sich über drei Mitglieder, die zum ersten Mal er-

schiienen waren. Es gefiel ihnen so gut, dass sie nun häufiger an den Veranstaltungen teilnehmen möchten.

Mit attraktiven Angeboten für die Planung im Jahr 2023 wie zum Beispiel einer Spargelfahrt oder einer Dampferfahrt auf der Spree und sozialpolitischen Schwerpunkten hofft der Kreisverband, neue Mitglieder gewinnen zu können.

Wie immer wurden die Geburtstagskinder der vergangenen Wochen mit einem Blumenstrauß beglückwünscht. Unter ihnen „Rudi“, der für musikalische Untermalung bei den Veranstaltungen sorgt. Dank gilt auch Edith Lemke, die treue Seele der Treffen. Christel Schmerberg hatte nicht nur Geburtstag, sondern feierte auch 50-jährige Mitgliedschaft im SoVD. Auf dem Foto, v. li.: Angelika Rozanski, Edith Lemke, „Rudi“ und Christel Schmerberg.

**Kreisverband
Tiergarten-Wedding**

Im November und Dezember veranstaltete der Kreisverband vier Adventstreffen mit vorweihnachtlichen Gedichten und Geschichten, auf denen auch langjährige Mitglieder geehrt wurden. Mehr als 115 Teilnehmende folgten der Einladung. Zusätzlich besuchten die Ehrenamtlichen zahlreiche Mitglieder zu Hause, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können. Andere Mitglieder erhielten Weihnachtspost mit kleinen Präsenten. Das traditionelle Neujahrsfrühstück in der Kreisgeschäftsstelle fand Anfang Januar statt. Die zahlreich erschienen Mitglieder und Gäste führten intensive Gespräche und diskutierten über die anstehende Verbandsarbeit sowie die Landesverbandstagung im April 2023.



Landesverband Berlin-Brandenburg



Ortsverband Wilmersdorf



Kreisverband Tiergarten Wedding



Kreisverband Tempelhof Schöneberg

Entlastung beim Erhalt von aufstockenden Sozialleistungen möglich

Mitgliedsbeitrag anrechenbar

Wer Grundsicherung, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II erhält, hat oft kaum genug Geld, um über die Runden zu kommen. Jede zusätzliche Ausgabe ist eine Belastung. Aber wird zum Beispiel sozialrechtliche Unterstützung benötigt und man wird oder ist Mitglied im SoVD, kann der Mitgliedsbeitrag unter Umständen angerechnet werden, wenn man ein Einkommen hat.

Die Sozialleistungen müssen aufstockend bezogen werden, denn es handelt sich um einen Betrag, der beim auf die Leistungen anrechenbaren Einkommen Berücksichtigung findet. Da sich dieses durch die Beitragszahlung verringert, werden die Leistungen der Empfänger*innen entsprechend angehoben.

Das gilt auch für Rentenbe-

ziehende. Wird Sozialhilfe oder Grundsicherung bezogen, erfolgt die Anrechnung meist unproblematisch zum Beispiel auf die Rente. Das zuständige Amt muss dazu allerdings über die SoVD-Mitgliedschaft informiert sein.

Bei weiteren Fragen zur Anrechnung des Mitgliedsbeitrags helfen die Sozialrechtsberaterinnen und -berater des

SoVD Berlin-Brandenburg gerne weiter.

Kontakt: SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e. V., Kurfürstenstrasse 131, 10785 Berlin, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Sprechzeiten: dienstags von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 15 Uhr, donnerstags von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr.

Veranstaltung zur Rente

Frauen sind und werden überproportional von geringen Renten betroffen sein. Das hat das Bundesministerium errechnet. Millionen Frauen mit einer Vollzeitstelle in Deutschland steuern auch nach 40 Arbeitsjahren auf Altersbezüge von weniger als 1.000 Euro netto zu. Um zum Beispiel auf eine Monatsrente von 1.000 Euro netto zu kommen, müssen Beschäftigte derzeit 40 Jahre lang durchgehend 2.844 Euro brutto im Monat verdienen. Nach den vorliegenden Zahlen sind rund 2,7 Millionen Frauen von Altersarmut betroffen. Bei insgesamt 7,1 Millionen Vollzeitarbeiterinnen entspricht das einem Anteil von rund 38 Prozent.

Dazu bietet der Landesverband die Veranstaltung „Rentenpolitik für Frauen – ein Rück- und Ausblick“ am 4. März um 10 Uhr mit SoVD-Referentin Henriette Wunderlich an im SoVD-Bundesgeschäftshaus, Konferenzraum 5. Etage; Einlass 10 Uhr, Beginn 10.30 Uhr, Anmeldung bis 1. März unter Tel.: 030/72 62 22 385 oder per E-Mail an: buero.kv-ost@sovd-bbg.de.



Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Sozialrechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Geschäftsführung: Birgit Domrose, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domrose@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Löffin, E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de.

Jeden Mittwoch, 14–16 Uhr (auf Anfrage auch länger): SoVD-Hörbibliothek. Kostenlose Ausleihe für Mitglieder und Interessierte. Wer möchte uns dabei ehrenamtlich unterstützen?

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 15.30–17.30 Uhr: „Unser Mittwoch digital“. Sicherer Umgang mit digitalen Geräten und Internet lernen. Bitte eigene Geräte wie Laptop, Smartphone oder Tablet mitbringen. Ort: Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. Anmeldung: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Jeden 4. Donnerstag im Monat, 14.30–16.30 Uhr: Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige. Leiterin ist Gabriele Schönfeld, gelernte Krankenschwester mit langjähriger Erfahrung in der Leitung von Selbsthilfegruppen.

Jeden 4. Sonnabend im Monat, 10 Uhr: Traditioneller Frauenstammtisch mit Austausch der SoVD-Frauen über spezielle Frauenthemen, Ort: Restaurant „Ännchen von Tharau“, SoVD-Bundesverbandshaus. Anmeldung: Barbara Kubanke: Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

4. März, 10 Uhr: Frauenpolitische Veranstaltung: „Rentenpo-

litik für Frauen – ein Rück- und Ausblick“ mit SoVD-Referentin Henriette Wunderlich. Ort: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Konferenzraum, 5. Etage. Anmeldung erbeten unter Tel.: 030/72 62 22 385 oder per E-Mail: buero.kv-ost@sovd-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl (Vertretung Michael Nakoinz), Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de, Henriette Wunderlich (Referentin), Tel.: 030/72 62 22 125, E-Mail: henriette.wunderlich@sovd.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

21. März, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12489 Berlin. **Ansprechpartner:** Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.treptkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

21. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

16. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Vortrag: „Ehrenamtlicher Einsatz mal anders, Seniorenservice in Moldawien“, Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. **Ansprechpartner:** Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

20. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Berichten des Vorstandes. Gemeindesaal der evangelischen Dorfkirche Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Edith Massow, Tel.: 030/26 39 38 03 oder 030/60 32 810, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

3. März, 14 Uhr: Geselliges Beisammensein mit sozialpolitischem Austausch bei Kaffee und Kuchen. Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: Bus 221, Bus 322, S25 (Haltestelle S-Bhf. Eichborndamm). **Ansprechpartnerin und Anmeldungen bei Angelika Golombek**, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Sorgentelefon:** 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags 10–12 Uhr, Nachmittags Termine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte

23. März, 18.45: Mitgliederversammlung. **Ansprechpartnerin:** Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

16. März, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung. Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

25. März, 12.30 Uhr: Sozialpolitischer Spaziergang nach dem Frauenstammtisch, SoVD Bundesverbandshaus, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Tel.: 0170/9 38 43 15 (mobil), E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

8. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Sozialberatung nach vorheriger Abmeldung. Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Bus M82, X83.

17. März, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, Thema: Landesverbandstagung im April, „Café Lebensart“, Zehlendorf, Clayallee 346, 14169 Berlin, Bus X 10/ X11/101/112/115/118/285/623, Halt: Zehlendorf Eiche.

Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Sozialberatung durch Joachim Krüger, dienstags, nach tel. Vereinbarung. **Am 7. März ist die Geschäftsstelle geschlossen.**

14. März, 14.30 Uhr: Erstes

Treffen der Amrumfahrer 2023, sozialpolitischer Austausch.

28. März, 14.30 Uhr: Vorbereitung zur Landesverbandstagung April 2023.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin, Anmeldung erforderlich.

Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

11. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Freizeitstätte „Am Mühlenberg“.

Sprechstunde und Sozialberatung jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstellen Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung.

Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael

Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, mobil: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg an der Havel, Tel.: 03381/55 15 131, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Jüterbog

Ansprechpartner: Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: ks.jueterbog@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.



Herzlichen Glückwunsch

Der Frühling ist die schönste Zeit! Was kann wohl schöner sein? Da grünt und blüht es weit und breit im goldenen Sonnenschein.

Annette von Droste-Hülshoff

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter*innenteams wünschen wir unseren Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 1.3.: Helga Helf, Berlin.

91 Jahre: 10.3.: Seyfettin Oenal, Berlin.

92 Jahre: 1.3.: Gisela Klink, Berlin; 20.3.: Dorothea Heldt, Berlin.

93 Jahre: 16.3.: Brigitte Lieberuks, Berlin; 20.3.: Edith Schulze, Brandenburg.

94 Jahre: 3.3.: Gertrud Andler, Berlin.

95 Jahre: 1.3.: Ursula Marquard, Berlin; 25.3.: Ernst Köhler, Hennigsdorf; 25.3.: Alexander Hultsch, Berlin.

96 Jahre: 14.3.: Ingeborg Mante, Berlin.

97 Jahre: 1.3.: Ingeborg Brandt, Hohen-Neuendorf.

98 Jahre: 14.3.: Gerda Bussenius, Dannenberg.

99 Jahre: 27.3.: Ilse Weidmüller, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:

für 35 Jahre: 10.3.: Ruth Plünnecke, Berlin; 20.3.: Rainer Schöning, Berlin.

für 40 Jahre: 29.3.: Regina Hoffmann, Berlin; 31.3.: Rainer Bartelt, Berlin.

Stand: 18.1.2022

Ärztliche Zweitmeinungen sind nicht in allen Fällen kostenlos

Was die Krankenkasse zahlt

Steht eine Operation an, wollen viele Patient*innen auf Nummer sicher gehen und einen weiteren Spezialisten oder eine weitere Spezialistin befragen. Das ist über die freie Arztwahl prinzipiell möglich, doch es gibt auch einiges zu beachten.

Für medizinische Laien ist es häufig schwierig, zu entscheiden, ob eine empfohlene Operation durchgeführt werden soll, oder ob es noch andere Behandlungsmöglichkeiten gibt. Die Zweitmeinung soll Patient*innen helfen, die richtige Entscheidung zu treffen und unnötige Operationen zu vermeiden.

Wenn Sie eine Zweitmeinung einholen möchten, sollten Sie die*den behandelnden Arzt*Ärztin darüber informieren und sie bitten, Ihnen Berichte, Laborwerte und Ergebnisse von Röntgenuntersuchungen auszuhändigen. Zudem bieten viele gesetzliche Krankenkassen eine Zweitmeinung vor Operationen als Zusatzleistung an.

Patient*innen haben das Recht, die vollständige Patientenakte einzusehen und elektronische Abschriften oder Kopien der vorliegenden Befunde zu verlangen.

Regelung bei bestimmten Eingriffen

Ein gesetzlicher Anspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung besteht aktuell bei folgenden Eingriffen:

- Mandeloperationen,
- Gebärmutterentfernungen,
- Arthroskopische Eingriffe an der Schulter,
- Amputation beim diabetischen Fußsyndrom,
- Implantationen einer Knie-Endoprothese,
- Eingriffe an der Wirbelsäule
- Kathetergestützte elektrophysiologische Herzuntersuchungen und Ablationen (Verödungen) am Herzen,
- Implantation eines Herzschrittmachers, eines Defibrillators oder eines CRT-Aggregats,
- Gallenblasenentfernung (Cholezystektomie).

Empfiehlt Ihnen der behandelnde Arzt oder die Ärztin einen dieser bestimmten Eingriffe, muss er*sie Sie mindestens zehn Tage vor der Operation darauf hinweisen, dass Sie sich bei speziell qualifizierten Arzt*innen beraten lassen können, ob der Eingriff notwendig ist und ob es alternative Behandlungsmöglichkeiten gibt.

Vom Gemeinsamen Bundes-



Foto: Sven Bähren/Adobe Stock

Operationen an der Wirbelsäule gehören zu den Fällen, in denen die Krankenkasse die Kosten für die Zweitmeinung übernimmt.

ausschuss gibt es ein Patientenmerkblatt, in dem Sie alles Wissenswerte dazu finden können. Die Ärztin oder der Arzt sollte Ihnen das Merkblatt auszuhändigen.

Möchten Sie die ärztliche Zweitmeinung nutzen, müssen Sie sich an besonders qualifizierte Arzt*innen wenden, die für das strukturierte Zweitmeinungsverfahren zugelassen sind (siehe Website des ärztlichen Bereitschaftsdienstes).

Zweitmeinung als Extra der Krankenkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen ihren Versicherten bei anstehenden Operationen ärztliche Zweitmeinungen zu anderen Diagnosen auf freiwilliger Basis bezahlen. Fragen Sie deshalb bei der Krankenkasse nach dieser Leistung. Ein Drittel der Krankenkassen ermöglicht



Foto: lenets_tan/Adobe Stock

Nicht immer sind sich Arzt*innen einig darüber, ob eine Operation notwendig ist.

Patient*innen mit einer Krebsdiagnose eine weitere Begutachtung durch Spezialisten.

Neben den Krankenkassen gibt es auch private Gutachterbüros, die sich auf Zweitmeinungen spezialisiert haben. Das müssen Patient*innen aber selbst bezahlen.

Die Qualität einer Zweitmeinung

Zweitmeinungsverfahren müssen konkrete Qualitätsvorgaben einhalten: Sowohl was die Einschätzung selbst angeht als auch die Qualifikation der Arzt*innen, die sie abgeben. Diese Anforderungen gelten allerdings nur für die oben genannten Operationen im Rahmen des gesetzlichen Zweitmeinungsverfahrens. Bei allen anderen Zweitmeinungsverfahren gibt es keine konkreten Vorgaben.

Sie könnten also unter Umständen keine unabhängige Zweitmeinung bekommen. Im Krankenhaus beispielsweise spielen auch die wirtschaftlichen Interessen eine Rolle. Der Rat wird daher oft auch von Geschäftsinteressen beeinflusst.

Umgekehrt gilt das auch für die Zweitmeinung durch die Krankenkassen. Hier könnten etwa die „kooperierenden Spezialist*innen“ oder Onlineportale von teuren Eingriffen abraten. Daher sollten Sie bei der Krankenkasse nachfragen, warum die Kassen-Gutachter zur Beurteilung der jeweiligen Behandlung besonders qualifiziert sind.

Quelle: VZ

Studie der AOK zum Medienkonsum von Kindern

Zu lange vor der „Glötze“

Eine aktuelle Elternbefragung im Rahmen der aktuellen AOK-Familienstudie hat sich mit dem Medienkonsum von Vorschulkindern befasst. Der empfohlene Zeitrahmen wird meist deutlich überschritten.

Der tägliche Medienkonsum von Kindern im Alter zwischen vier und sechs Jahren sollte nach Expertenmeinung eine halbe Stunde nicht überschreiten. Tatsächlich verbringen aber 52 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe mehr als eine halbe Stunde unter der Woche vor TV, Laptop und anderen digitalen Geräten. Am Wochenende sind es sogar 77 Prozent. Das ergab eine neue Studie der AOK. „Ein zu hoher und falscher Medienkonsum kann sich nachteilig auf die Gesundheit von Kindern auswirken. Vor allem dann, wenn darunter dauerhaft die Bewegung leidet. Wenn Mädchen und Jungen unbeaufsichtigt nicht altersgerechte Inhalte konsumieren, kann dies zudem Ängste bei den Kindern auslösen“, mahnt Dr. Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes.

Medienkompetenz ist eng mit dem Thema Gesundheit verknüpft. Deshalb ist die AOK bereits seit 2020 Partnerin der Initiative „SCHAU HIN! Was Dein Kind mit Medien macht“ und hat die Kooperation jetzt bis mindestens Ende 2024 verlängert. „Medienkonsum beginnt heutzutage schon im Kleinkindalter. Gerade für die Kleinsten ist dies mit Risiken verbunden. Deshalb ist es wichtig, Eltern zu sensibilisieren und deren Medienkompetenz zu stärken“, sagt Reimann. „SCHAU HIN!“ ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der beiden öffentlich-rechtlichen Sender Das Erste und ZDF sowie der AOK. Seit Februar gibt es neue „SCHAU HIN!-Medienkurse für Eltern“ – online, interaktiv, werbefrei und kostenlos unter: <https://www.schau-hin.info/service/medienkurse>.

Laut der aktuellen AOK-Familienstudie begrenzen Erziehungsberechtigte die Bildschirmzeiten ihres Nachwuchses nicht mehr so stark wie vor vier Jahren. Gaben 2018 noch 86 Prozent der Eltern an, ihren Kindern bis zum 14. Lebensjahr in puncto Mediennutzung Grenzen zu setzen, waren es 2022 nur noch 76 Prozent. „Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihren Kindern so früh wie möglich beizubringen, sich in der digitalen Welt nicht zu verlieren“, so Reimann. Schon bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren werden wesentliche Grundlagen für die spätere Mediennutzung gelegt.

Quelle: AOK Bundesverband



Foto: Daniel Jędzura/Adobe Stock

Der Fernseher als Babysitter hat schwerwiegende negative Folgen für die Entwicklung eines Kleinkindes.

Mediennutzung bei Kindern im Alter von 4 bis 6 Jahren

So viel Zeit verbringen Jungen und Mädchen vor dem Fernsehen, Laptop, Smartphone und Co.

Wie viel Zeit verbringt Ihr Kind durchschnittlich in einer typischen wöchentlichen Woche pro Tag vor dem Bildschirm (z. B. Fernseher, Computer, Spielkonsole, Smartphone)?



AOK

Grafik: AOK

Statt in ihrer Freizeit mit Gleichaltrigen zu spielen, sitzen schon Vorschulkinder viel zu lange vor Bildschirmen.

Zweiter Sozialsprechtag im SoVD Michelau

Mitglied dazugewonnen

Der Ortsverband Michelau ist ein aktiver Verband, in dem sich viel tut. Die Mitglieder, aber auch Einwohner*innen schätzen die Sozialrechtsberatung und nehmen sie gerne in Anspruch. Beliebt sind auch die geselligen Treffen.

Am 4. Februar fand im Mehrgenerationenhaus in Michelau der zweite Sozialsprechtag des Ortsverbandes Michelau statt. Vorsitzender Günther Ruckdäschel und Bezirksvorsitzender Dr. Josef Haas konnten zwei Mitglieder und einen Mitbürger zum Sprechtag begrüßen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Der Mitbürger war von dem Angebot so überzeugt, dass er dem SoVD als Neumitglied beitrat.

Anschließend wurde, wie nach jedem Sozialsprechtag, der beliebte Kaffeenachmittag abgehalten, bei dem sich wieder über 20 Mitglieder einfanden. Alles in allem wieder ein voller Erfolg und eine Bestätigung für die gute Vorstandsarbeit.



Nach der Coronazeit ist die Sehnsucht nach Gemeinschaft groß. Die Treffen im Ortsverband Michelau werden gut besucht.

Termine

Ortsverband Bayreuth
14. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen im Gasthaus Moosing, Obersang 11, 95445 Bayreuth.

Glückwünsche



Foto: smileus / Adobe Stock

Die meisten Menschen haben Angst vor dem Tod, weil sie nicht genug aus ihrem Leben gemacht haben.

Peter Ustinov

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 22.3.: Hans-Georg Knapp, Nürnberg.
70 Jahre: 10.3.: Noureddine Jemouai, Unterschleißheim; 16.3.: Günter Radinger, Ansbach; 22.3.: Benedikt Spitzer, Dietfurt.
75 Jahre: 5.3.: Heidemarie Grupe, Dorfen; 7.3.: Josef Kott, Ried; 8.3.: Irma Thorbeck, Ingolstadt.
80 Jahre: 5.3.: Hans-Joachim Blankenburg, München; 17.3.: Anni Neumüller, Mitterteich.
85 Jahre: 27.3.: Werner Lehmkuhl, Roththalmünster.
90 Jahre: 14.3.: Paula Böttner, Tirschenreuth; 19.3.: Karl Böck, München.
91 Jahre: 31.3.: Wilhelmine Davis, Erding.
97 Jahre: 24.3.: Hedwig Ottich, Neutraubling.

Werkstätten:Messe 2023 mit dem Motto „Digitalisierung. Chancen. Innovationen“

Alles von und über Werkstätten

Die Werkstätten:Messe 2023 findet endlich wieder live statt. An zwei Tagen werden Produkte sowie Dienstleistungen und Lösungskonzepte von und für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in Nürnberg vorgestellt.

„Nach der pandemiebedingten Pause freuen wir uns, die Leistung der mehr als 700 Werkstätten in Deutschland wieder in Nürnberg zeigen zu können und gemeinsam in den Austausch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Themen zu kommen. Vieles hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Dies greift auch das Motto der diesjährigen Messe auf: Digitalisierung. Chancen. Innovationen. Wir haben während der Pandemie erlebt, wie Digitalisierungsprozesse Teilhabe ermöglichen können. Diesen Weg werden Werkstätten weitergehen, um mit neuen Innovationen weitere Chancen für eine inklusive Arbeitswelt in unserer Gesellschaft zu schaffen“, erläutert Martin Berg, Vorstandsvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM).

Wie kann eine inklusive Arbeitswelt gestaltet werden und was muss sich hierfür in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ändern? Und vor allem: Wie betrachten Menschen mit Behin-

derungen diese Entwicklungen selbst? Diese Fragen stellen sich, wenn Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchten. Vom 19. bis 22. April nehmen sich Beteiligte aus dem Bereich Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen diesen und weiteren Fragestellungen an.

Auf der Werkstätten:Messe in Nürnberg – die als Deutschlands größte Leistungsschau der Werkstätten von Produkten und Dienstleistungen mit sozialem Mehrwert gilt – präsentieren sich Werkstätten gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Wirtschaft. Sie zeigen, wie Arbeitsprozesse zu gestalten sind, um eine gelungene Teilhabe möglich zu machen. Dienstleister stellen hier ihre Angebote und Produkte von und für Werkstätten vor, zeigen Lösungen und Konzepte für eine erfolgreiche Inklusion.

Werkstattexperten, Werkstattbeschäftigte und Unternehmensvertreter laden zum Dialog ein und referieren über die Themen der Werkstattbran-



Foto: Werkstätten:Messe

Das Plakat zur Messe 2023 in Nürnberg.

che. Seien es derzeitige Entwicklungen, Herausforderungen oder Lösungen im Bereich Inklusion und Werkstattleistung – das Fachvortragsprogramm bietet neben den theoretischen Programmpunkten auch Beispiele aus der Praxis. Für das Publikum stehen kreative Aktivitäten auf dem Programm, die zum Mitmachen einladen.

Karten gibt es unter: www.werkstaettenmesse.de/tickets.

Sozialberatung



Foto: pictworks / Adobe Stock

Wegen der Corona-Krise finden die Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implersstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach Voranmeldung bei Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache, Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle Würzburg: nach Anmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70 (mobil).

Zentrale Anlaufstelle setzt auf Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Neues Sicherheitsportal online

Seit Februar gibt es eine zentrale Anlaufstelle, wenn es um Sicherheit in Hessen geht. Sie vereint die Onlinewache der hessischen Polizei, die Meldestelle HessenGegenHetze sowie einen landesweiten Mängelmelder, an dem zum Start bereits mehr als 300 von 421 hessischen Kommunen teilnehmen.

Überfüllte Mülltonnen im Park, kaputte Straßenlaternen oder verschmutzte Ecken trüben das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und führen nicht selten zu weiterem Verfall und Kriminalität. Solchen Mängeln und subjektiv empfundenen Angsträumen können die Hessinnen und Hessen ab sofort selbst noch einfacher entgegenwirken.

Dank interaktiver Karte und georeferenzierter Positionsübermittlung landet die Mitteilung ohne Zeitverzögerung stets an der richtigen Adresse. Nutzer*innen müssen für das Absetzen einer Meldung dabei nicht einmal exakt wissen, wo sie sich genau aufhalten. Sie hinterlassen lediglich eine Stecknadel auf der Landkarte mit einem Hinweis für ihre Kommune. Diese hat die Möglichkeit, zusätzlich eine interaktive Meldekarte auf ihrer kommunalen Homepage einzubauen oder kann über das Sicherheitsportal eine E-Mail-Benachrichtigung mit den exakten Geokoordinaten des Mangels erhalten. Der landesweite Mängelmelder und das dahinterliegende Bearbeitungssystem wird den Kommunen des Landes Hessen kostenlos zur Verfügung gestellt unter: <https://sicherheitsportal.hessen.de>

„Die Hessinnen und Hessen sind nunmehr dazu aufgerufen, Mängel und Angsträume zu melden, um die Lebensqualität in ihrer Kommune nach und nach weiter zu verbessern. Per-



Foto: Bertold Werkmann/Adobe Stock

Müllkippen im Park können im Internet unkompliziert und schnell gemeldet werden.

spektivisch wird die Polizei die Mitteilungen der Bürger über mögliche Angsträume gezielt in ihre polizeilichen Maßnahmen einplanen und auch ihre öffentliche Präsenz daran ausrichten. So werden wir das Sicherheitsgefühl in Hessen weiter verbessern können“, so Innenminister Peter Beuth.

Im neuen Sicherheitsportal wurden darüber hinaus alle Sicherheitsprogramme des Landes Hessen vereint. Wer Strafanzeige erstatten oder Hinweise an die Polizei melden möchte, findet auf dem Sicherheitsportal den Weg zur Onlinewache der hessischen Polizei. Im vergangenen Jahr wurden allein über die Onlinewache mehr als 100.000 Delikte gemeldet.

Auch extremistische Aktivitäten und Schmierereien oder Hate Speech im Netz können über das Sicherheitsportal

gemeldet werden. Wer Auffälligkeiten entdeckt, findet hier einen direkten Verweis zur Meldestelle HessenGegenHetze, die bereits seit Anfang 2020 besteht. Innerhalb der ersten drei Jahre wurden der Meldestelle HessenGegenHetze mehr als 11.800 Beiträge aus sozialen Netzwerken und auf Webseiten gemeldet. Mehr als 5.340 Fälle leitete die Meldestelle wegen des Verdachts auf strafbare Inhalte an die bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main angesiedelte Zentrale Stelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) oder an die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) des Bundeskriminalamtes weiter. Diese Zahlen belegen, dass die Strafverfolgungsbehörden auf die Unterstützung der Bürger*innen sowie deren Zivilcourage angewiesen sind.

„Wir erhoffen uns vom neuen Sicherheitsportal mehr Nutzerinnen und Nutzer sowie eine unkomplizierte und noch schnellere Kontaktaufnahme. Meldungen können ab sofort noch zielgerichteter gesteuert und Anliegen schneller adressiert werden. Dies hat einerseits einen Mehrwert für den Bürger und die Bürgerin, entlastet aber auch die Abläufe bei der hessischen Polizei. Von den verkürzten Meldewegen, der Verbesserung der Kommunikation und der digitalen Verzahnung profitieren letztendlich beide Seiten“, sagt Landespolizeipräsident Robert Schäfer. *Quelle: Hessisches Innenministerium*



Foto: Rawpixel.com/Adobe Stock

Ein Phänomen, das in den sozialen Medien auftaucht: Das Quälen von anderen per Handy aufzunehmen und zu verbreiten.

Neuer SoVD-Ortsverband Freigericht gegründet

Großes Einzugsgebiet

Vereinte Kraft im Main-Kinzig-Kreis: SoVD-Mitglieder aus Freigericht und den zugehörigen Gemeinden haben in einer Mitgliederversammlung am 21. Januar im „Sturmius-Haus“ in Somborn einen neuen Ortsverband gegründet.

Als neuer Vorsitzender des SoVD Freigericht wurde Thomas Hammer gewählt, Schriftführerin ist Vicki Blöcher, Schatzmeisterin Silke Bosold und Beisitzer Michael Weckmann.

„Wir als neu gegründeter Ortsverband würden uns sehr freuen, für unsere Arbeit vor Ort noch weitere Mitstreiter*innen zu finden“, sagt Thomas Hammer, seit Herbst vergangenen Jahres auch hauptberuflicher SoVD-Landesgeschäftsführer, „Die Unterstützung durch ehrenamtliche Kräfte ist ein wesentlicher Stützpfiler unserer Solidargemeinschaft.“ Die Sozialrechtberatung vor Ort (siehe Rubrik Seite 14) kommt vor allem den Einwohner*innen und Mitgliedern der Gemeindeorte Somborn, Horbach, Neuses Altenmittelau und Bernbach zugute, die zuvor den entfernter liegenden Ortsverbänden Offenbach, Gießen oder Frankfurt zugeordnet werden mussten, aber auch den weiteren umliegenden Orten, wie beispielsweise Gelnhausen, Rodenbach, Hanau und Langenselbold. Thomas Hammer hat bereits seit fünf Jahren als Behindertenbeauftragter Erfahrung mit Beratungen.

Zunächst wünscht sich Hammer für den jungen Ortsverband noch eine Frauenbeauftragte und eine*n stellvertretende*n Vorsitzende*n zur Abrundung der Mitgliederbetreuung und tatkräftiger Unterstützung bei den Aktivitäten. Geplant sind bereits Teilnahmen am Aktion-Mensch-Tag, dem 5. Mai, mit einem Infostand vor dem Rewe-Markt und am 1. Oktober, dem Tag der Vereine.

Wer Interesse hat und ehrenamtliche Unterstützung anbieten möchte, kann unkompliziert Kontakt mit dem Vorsitzenden Thomas Hammer aufnehmen unter Tel.: 0151/50710156 oder per E-Mail an: thomas.hammer@sovd-hessen.de.



V. li.: Thomas Hammer, Marita Schliephorst und Vicki Blöcher.

Ihre Ortsverbände suchen Unterstützung!

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Menschen, Frauen wie Männer, die als Mitglieder die Solidargemeinschaft des SoVD stärken. Deshalb engagieren sich in ganz Hessen und auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Aufgaben, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da muss mal ein Treffen oder ein Ausflug organisiert, Glückwunschkarten verschickt oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden und vieles mehr.

Wer Lust hat, sich einzubringen oder neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des Hessischen Landesverbands unter Tel.: 0611/85 108 oder der E-Mailadresse: info@sovd-hessen.de melden, um mehr über das aufregende Leben im Ehrenamt zu erfahren. Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei. Die ehrenamtlichen Mitstreiter*innen können jede Unterstützung gebrauchen und freuen sich auf Sie!



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratuliert der Landesverband Hessen herzlich. Seinen kranken Mitgliedern wünscht er baldige Genesung.

60 Jahre: 1.3. Christina Colella, Wiesbaden; 7.3. Monika Zippro, Frankenberg; 12.3. Marion Emde, Bad Orb; 22.3. Martina Freymann-Dederichs, Wiesbaden; 29.3. Achim Vasholz, Hepenheim.

65 Jahre: 7.3. Elizabeth

Schmidt, Gladenbach; 15.3. Irmtraud Menneke, Hofgeismar; 20.3. Drise Marzonk, Bad Wildungen.

70 Jahre: 9.3. Dietmar Lösekruge, Kassel; 13.3. Werner Zeiß, Lich; 22.3. Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, Kassel; 27.3. Jörg Lebner, Frankfurt; 31.3. Franz von Buttlar, Bad Wildungen.

75 Jahre: 5.3. Hans-Georg Debus, Wetter; 6.3. Christa-Friedel Gerards, Seligenstadt; 18.3. Barbara Lehmann, Hessisch

Lichtenau; Heidi Jung, Villmar; 23.3. Gabriele Maurer, Grävenwiesbach.

80 Jahre: 3.3. Harald Zehmer, Wiesbaden; 16.3. Manfred Neumann, Hanau; 18.3. Karin Krug, Calden; 24.3. Dieter Redlich, Oestrich-Winkel; 31.3. Inge Ovens, Wiesbaden.

85 Jahre: 1.3. Helmut Eckerich, Oestrich-Winkel; 16.3. Armin Clauss, Frankfurt; 30.3. Horst Altmann, Frankfurt.

90 Jahre: 14.3. Wolfgang Hermfisse, Marburg.

93 Jahre: 20.3. Maria Szumilas, Lauterbach

96 Jahre: 7.3. Charlotte Jaster, Mainz.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben.

Alle anderen Mitglieder, die der Veröffentlichung nicht zugestimmt haben, werden ihrem Wunsch gemäß hier nicht genannt.



Termin

Ortsverband Frankfurt am Main

25. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung im Vereinsheim Turnverein mit Vorstandswahlen und Ehrungen, Sportvereinsheim, Hans-Böckler-Str. 6, Unterliederbach. Anmeldungen bei Angelika Jansen unter Tel.: 0175/11 09 424.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen alle genannten Angebote unter Vorbehalt.

Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen. Für Fragen oder Informationen zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nr. 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvergabe unter Tel.: 06432/92 49 480, mobil 0151/43 10 67 54, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Freigericht

Sozialberatung bei Thomas Hammer im Rathaus Freigericht, samstags 8–13 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel. 0151/50 71 01 56.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde bei Evelyn Kaletsch-Damm, nur telefonische Beratung unter Tel.:

06033/74 88 999.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt/Main, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung in der Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang: Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v.d.H., Termine unter Tel.: 06432/92 49 480, oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail:

info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden ersten, zweiten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr und jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216, Fax: 0611/85 043 oder E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Anfragen und Terminvereinbarungen an die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/85 108.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden dritten Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen: 34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/32 777.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Beratung durch den zertifizierten Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr, Trumpe 2, Eingang: Bahnhof-

straße, 34537 Bad Wildungen.

Die Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Anmeldung beziehungsweise Terminvereinbarung unter Tel.: 05621/96 78 787 oder 0151/19 18 19 99 (mobil) oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra-Ringau-Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege. Jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Niederstadt 41, 36205 Sontra.

Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, Neues Rathaus, „Altenstube“, 1.

OG, 36199 Rotenburg. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung im SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Die Sozialberatungsstelle in Korbach ist jeden Mittwoch 10–13.30 Uhr sowie nach telefonischer Terminvergabe auch außerhalb dieser Zeiten für alle Ratsuchenden geöffnet. Montags bis freitags 9–17 Uhr ist sie unter Tel.: 05631/57 88 724 erreichbar.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil); außerhalb der Zeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden ersten Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Briefelstraße 15, nur nach Terminabsprache über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung findet zurzeit beim Ortsverband Wetter statt (*Ort und Zeiten siehe oben*).

Erfolgreiche Klage des SoVD-Landesverbandes gegen die Pflegekasse

Pflegegrad 2 fürs Kind erkämpft

Immer wieder wenden sich Hilfesuchende an die SoVD-Sozialrechtsberatung, weil Behörden und Ämter dringend benötigte Unterstützung ablehnen. Auch Familie G., deren Kleinkind an verschiedenen Krankheiten leidet, erhielt erst die ihr zustehende finanzielle Leistung, als sich der SoVD ihrer Sache annahm.

Familie G. hatte Pflegeleistungen für ihr knapp zweijähriges Kind beantragt, das an Diabetes und einer Hashimoto-Erkrankung leidet. In dem eingeholten Gutachten des medizinischen Dienstes wurde nur in Modul 5 (Bewältigung von und selbstständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen) Hilfebedarf ermittelt und Pflegegrad 1 bewilligt. Die Familie legte Widerspruch ein, Modul 3 (Verhaltensweisen und psychische Problemlagen) und 6 (Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte) müssten auch Berücksichtigung finden, denn das Kind leide unter anderem an depressiven Verstimmungen und müsse gefüttert werden, um eine Entgleisung der Blutzuckerwerte zu verhindern. Insgesamt sei damit die erforderliche Punktzahl für die Gewährung von Pflegegrad 2 gegeben.

Die Pflegekasse wies den Widerspruch nach erneuter Begutachtung zurück. Daraufhin wandte sich Familie G. an die SoVD-Sozialrechtsberatung. Der zuständige Sozialrechtsberater Ralf Geckler reichte Klage



Foto: kristall / Adobe Stock

Wenn ein Kind nicht alleine essen kann, bedeutet das einen erheblichen Zeitaufwand für die Eltern.

ge beim Sozialgericht ein. Die Pflegekasse habe den pflegerischen Hilfebedarf unzutreffend eingeschätzt, weil die Module 3 und 6 nicht berücksichtigt worden seien. Die Pflegekasse hielt weiterhin an ihrer ablehnenden Ansicht fest und beantragte Klageabweisung.

Die daraufhin vom Sozialgericht in Auftrag gegebene Begutachtung des Kindes mit Hausbesuch ergab, dass im konkreten Fall tatsächlich auch

Hilfebedarf in Modul 3 und 6 gegeben ist. Auf Grundlage dieses Gutachtens verurteilte das Sozialgericht die Pflegekasse, dem Kind rückwirkend ab Antragstellung Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung nach dem Pflegegrad 2 zu gewähren.

Der Fall ist wieder ein erfolgreiches Beispiel aus der Praxis der kompetenten Sozialrechtsberatung des SoVD-Landesverbandes.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

Ich würde gerne an dieser Stelle über ein erfreulicherer Thema schreiben, aber Armut geht uns alle an! Denn Armut grenzt aus, macht krank, verringert Entwicklungschancen und vieles mehr. Laut Armutsbericht 2022 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist die Armutsquote letztes Jahr auf einem neuen Höchststand angekommen. Bei Kindern und Jugendlichen, also der Bevölkerungsgruppe, die gemeinhin als „Zukunft“ betitelt wird, lebt jedes vierte bis fünfte Kind in relativer Armut, in Zahlen ausgedrückt rund 2.8 Millionen Kinder und Jugendliche. Diese Kinder und Jugendliche können nicht an Klassenfahrten oder kulturelle Veranstaltungen teilnehmen oder bei Sportvereinen mitmachen und werden so ausgegrenzt.



Christian Dirb

Die Ampelkoalition will nun mit der Kindergrundsicherung Familien in Not unterstützen, indem verschiedene Sozialleistungen für Familien gebündelt und unbürokratisch gewährt werden sollen. Ein kompliziertes Antragsverfahren ist hinderlich und schadet damit indirekt Kindern und Jugendlichen, wenn die Hemmschwelle zur Antragsstellung zu hoch ist, wie es zum Beispiel beim Kinderzuschlag, den Geringverdiener beantragen können, der Fall ist. Dieser Zuschlag wurde von nur 35 Prozent der anspruchsberechtigten Familien beantragt.

Die Kindergrundsicherung besteht im Wesentlichen aus zwei Geldbeträgen. Der eine ist der Garantiebetrag (vergleichbar mit dem heutigen Kindergeld) und wird grundsätzlich an alle Eltern ausgezahlt. Ist das Kind volljährig und zieht zu Hause aus, erhält das Kind diesen Betrag. Es gelten ähnliche Regeln und ähnliche Höhen wie aktuell beim Kindergeld. Der zweite Geldbetrag ist ein einkommensabhängiger Zusatzbetrag. Die Höhe des Zusatzbetrages und bis zu welcher Einkommenshöhe man ihn erhält, steht noch nicht fest. Insgesamt sollen beide Geldbeträge in Summe etwa das Existenzminimum abdecken. Leistungen wie der Kinderzuschlag oder Kinderpauschalen beim Bürgergeld beziehungsweise Asylbewerberhilfe entfallen dafür. Ein weiteres Novum ist, dass der Staat proaktiv die anspruchsberechtigten Familien informieren möchte, damit sie sich die Sozialleistung auch „holen“. Grundlage sind ein regelmäßiges Erheben und Überschlagen von Steuerdaten.

Ob das gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen hilft, weiß man im Vorfeld nicht. Klar ist, dass mit der Kindergrundsicherung auch die Familien finanziell unterstützt werden, die heute, trotz Anspruch, keine staatlichen Leistungen, aus welchen Gründen auch immer, beanspruchen. Uneindeutig bleibt, wie positiv sich die Kindergrundsicherung bei denjenigen Familien auswirkt, die schon heute auf die bestehenden Sozialleistungen angewiesen sind. Damit auch diese Familien einen positiven Effekt spüren, müsste der Zusatzbetrag der Kindergrundsicherung spürbar höher liegen als die bestehenden Sozialleistungen.

Ein weiterer Anspruch, den die Kindergrundsicherung erfüllen sollen, ist der der Gerechtigkeit. Durch die hohen Kinderfreibeträge können die einkommensstarken Familien diese zusätzlich zum Kindergeld nutzen. Einkommensschwache Familien hingegen bekommen nur das geringere Kindergeld. Gegen diese Ungerechtigkeit geht der SoVD gemeinsam mit weiteren Verbänden in dem Bündnis Kindergrundsicherung vor, denn in „unserer Gesellschaft sollte jedes Kind gleich viel wert sein.“ Doch wann die Kindergrundsicherung kommt, ist noch unklar. Es handelt sich um eine der kompliziertesten Sozialreformen der letzten Jahre und bedarf vieler Abstimmungen innerhalb des Sozialsystems. Wenn es nach dem Familienministerium geht, dann kommt sie 2025.

Wir vom SoVD werden diese Reform kritisch verfolgen und wo es notwendig wird, unsere Kritik äußern und Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Denn Armut geht uns alle an und damit auch das Gegensteuern für eine gerechte Zukunft!

Ihr Christian Dirb, Landesgeschäftsführer

Diskussionsveranstaltung

Gemeinsam mit der Landesseniorenvertretung lädt der SoVD-Landesverband Rheinlandpfalz / Saarland zur Diskussionsveranstaltung:

„Heute jung – morgen arm?! Ist unser Rentensystem noch zukunftsfähig?“ am 27. März, 18.30 Uhr, SPD-Fraktionssaal Abgeordnetenhaus, Raum 201, Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz.

Impulsvortrag: Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.

Grußwort: Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD-Fraktionsvorsitzende RLP, Diskussions Teilnehmer*innen:

- Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzende,
- Sanitätsrat Dr. med. Günter

Gerhardt (Vorstandsvorsitzender Landesseniorenvertretung RLP)

- Myriam Lauzi (DBG RLP),
- Albrecht Bähr (Landespfarrer für Diakonie, Vorstandsvorsitzender und Vertreter der LIGA RLP)
- und andere.

Auf Grundlage des Armuts- und Reichtumsberichts der Landesregierung von 2020 erschien ein Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im gleichen Jahr.

- Was ist seitdem geschehen?
- Wie stellen wir uns unser Rentensystem vor?
- Was würde die Grundrente bringen?
- Muss der Generationenvertrag inzwischen angepasst werden?

Den Veranstaltern ist es wichtig, die Situation immer wieder neu zu überdenken und zu diskutieren, und zwar nicht nur mit Politiker*innen, sondern auch mit Menschen, die sich täglich mit dem Thema Armut befassen.

Mit dieser Veranstaltung soll das Thema Armut aus verschiedenen Perspektiven diskutiert werden.

Wir wollen die Menschen darüber informieren und immer wieder daran erinnern, dass nicht nur geredet sondern auch gehandelt werden muss – jetzt und heute!

Anmeldung wird erbeten per E-Mail an: info@sovd-rps.de, oder per Telefon unter: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165.

Termine

- Kreisverband Rheinpfalz**
4. März, 10 Uhr: Mitgliederversammlung, Räume der AWO, Kärntner Straße 19, 67065 Ludwigshafen-Gartenstadt.
- Ortsverband Rülzheim**
25. März, 14 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen im Ristorante "Da Basi" (Tennisclub), Am See 1, 76761 Rülzheim. Die Tagesordnung finden Sie online unter: www.sovd-ruelzheim.de. Bitte melden Sie sich vorab entweder per Tel.: 07272/92 354 oder per E-Mail an: norbert@weber-ruelzheim.de an!

Sprechstunden

- Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den*die zuständige*n Berater*in nennt.
- Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:
- Für die **Region Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236 / 46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151 / 22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480 zur Verfügung.
 - Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 zur Verfügung.
 - Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151 / 43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Schepplmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176 / 34 03 41 58; Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272 / 61 60 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382 / 80 01) nach Terminvereinbarung mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:
Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 73 657.
Büro Mainz: Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 69 30 165.

- Sozialrechtsberatung im Saarland**
Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht Ihnen dafür persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.
- Sprechstage nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 oder 0151 / 41 49 15 98.
- Spiesen-Elversberg:** 8. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.
- Homburg (Saar):** 8. März, 13.30–16 Uhr, AWO-Kreisverband Saarpfalz, Lappentascherstraße 100, (Gebäude 10 a).
- Nonnweiler:** 22. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim, Am Hammerberg 1.
- Saarbrücken:** 22. März, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Mitgliederversammlung und Ehrungen (rechtes Foto) im Ortsverband Berzhahn.

- Kreisverband Kaiserslautern**
Der Kreisverband Kaiserslautern versammelte sich am 21. Januar zur Mitgliederversammlung im Restaurant „Licht&Luft“ in Kaiserslautern. Neben der Wahl der Delegierten zur Landesverbandstagung und dem Gedanken- und Ideenaustausch zur Weiterentwicklung des Landesverbandes entlasteten die anwesenden Mitglieder den Vorstand.
- Der Landesvorsitzende Norbert Weber informierte die anwesenden Mitglieder darüber, dass der Kreisverband mit seinen beiden Ortsverbänden zukünftig als Abteilung beim Landesverband geführt wird. Als Ansprechpartner für die Abteilung Kaiserslautern hat sich Peter Umlauff zur Verfügung gestellt. Bei Fragen, Problemen und Ideen freut sich er sich über eine Nachricht per E-Mail an: PeterUmlauff@aol.com.
- Ortsverband Berzhahn**
Am 5. Februar fand in gemütlicher Runde die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Berzhahn statt. Vorsitzende Martina Serowi schaute auf die erfolgreichen Aktivitäten des letzten Jahres zurück und informierte über die Planungen für 2023. Sie erläuterte unter anderem die Idee des Vorstandes, eine Mitfahrerbank in Berzhahn aufzustellen, damit auch diejenigen, die kein Auto fahren, unabhängig von den Fahrtzeiten des ÖPNV sind. Dazu wurde bereits Ortsbürgermeister Markus Hof kontaktiert, der das Vorhaben unterstützt.

Nächster Programmpunkt waren die Ehrungen von Ursula Wengenroth und Christel Schmidt für langjährige und treue Mitgliedschaft zum SoVD. Bei Kreppeln und einem fastnachtsgerechtem vorgetragenen Lebenslauf von Eberhard Birk endete der Nachmittag.

Aktuelles Urteil

- Steuerrecht: Auch wenn der Arbeitgeber einen Platz hat, kann der „häusliche“ zählen**
Hat eine Frau bei ihrem Arbeitgeber einen Büroarbeitsplatz, den sie aber in Zeiten von Corona aus gesundheitlichen Gründen nicht regelmäßig aufsuchte, sondern teilweise im Homeoffice arbeitete, so kann sie dennoch die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer als Werbungskosten vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen.
- Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg in seiner Begründung: „Arbeitnehmer, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen den von ihrem Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Arbeitsplatz nicht an

allen Werktagen nutzen, sondern stattdessen zur Aufrechterhaltung ihrer Gesundheit gehalten sind, ihrer Berufstätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer nachzugehen, können dafür Werbungskosten steuerlich geltend machen“. Der Abzug ist allerdings auf 1.250 Euro pro Jahr begrenzt (FG Berlin-Brandenburg, 5 K 5138/21). *wb*

Glückwünsche

- 60 Jahre:** 3.3.: Paul Kaster, Homburg; 6.3.: Markus Woll, Saarbrücken; 9.3.: Elmar Birk, Rülzheim; Stephan Haufe, Wörth; 11.3.: Karlheinz Ganser, Koblenz; 14.3.: Cornelia Sonnen, Unnau; 21.3.: Gabriele Stein, Kaisersesch; 29.3.: Thomas Gundermann, Lustadt; 31.3.: Anke Simon, Ludwigshafen; Irmgard Geib, Schifferstadt.
- 65 Jahre:** 5.3.: Achim Adelman, Lauterecken; 9.3.: Irena Urbansczyk, Ottersheim; 15.3.: Volker Drumm, Wiesweiler; 16.3.: Joachim Konrad, Bingen; 19.3.: Claudia Bauer, Gernersheim; 24.3.: Lothar Sorger, Olsbrücken;
- Ludger Linn, Morbach; 29.3.: Beate Eichmann, Rülzheim; 30.3.: Siegfried Weiß, Flomborn; 31.3.: Michael Eifler, Grosbiederstroff.
- 70 Jahre:** 1.3.: Gabriele Herberger, Kandel; 2.3.: Klaus Schneider, Merzweiler; 11.3.: Volker Lieblang, Saarbrücken; 15.3.: Elke Werkmann, Heidesheim; Roswitha Kukla, Bingen; 16.3.: Brunhild Frank, Lauterecken; Franz-Josef Deimling, Lauterecken; 20.3.: Friedrich Zenker, Homburg; 26.3.: Ibrahim Othman, Spiesen-Elversberg; 30.3.: Bernd Mayer-Oelrich, Winnweiler.
- 75 Jahre:** 9.3.: Helmut Red-

schus, Weiler; Margarete Kerth, Neunkirchen; 10.3.: Eugen Heid, Kandel; 19.3.: Marlies Slotta, Neuwied; 25.3.: Manfred Durein, Gernersheim; Manfred Burkhard, Worms; 27.3.: Gerd Behse, Rülzheim.

80 Jahre: 25.3.: Günter Gehrlein, Rheinzabern; 28.3.: Horst Og, Rülzheim.

85 Jahre: 11.3.: Norbert Sinn, Weingarten; 19.3.: Eduard Lippert, Bingen; 23.3.: Manfred Kaiser, Bingen; Kurt Marz, Rheinzabern; 27.3.: Rosel Dreyer, Rülzheim.

90 Jahre: 3.3.: Heinz Stöffler, Wörth.

Der Kandidat für den SoVD-Landesvorsitz stellt sich vor

Erfahrung mit Ehrenämtern

Der SoVD Baden-Württemberg hält am 1. April seine Landesverbandstagung in Oberwolfach ab auf der auch ein neuer Landesvorstand gewählt wird. Landesvorsitzender Hartmut Marx tritt nicht mehr zur erneuten Kandidatur an, um den Posten bewerben sich Conny Boldt und Wolf-Dieter Klink.

Die derzeitige stellvertretende Landesvorsitzende und Kreisvorsitzende Bodensee-Alb, Conny Boldt, dürfte den Mitgliedern bereits hinreichend bekannt sein, während Wolf-Dieter Klink, seit 22. Oktober 2022 Vorsitzender des Kreisverbandes Stuttgart, vielen noch wenig bekannt ist und deshalb an dieser Stelle vorgestellt wird.

Der 70-jährige Tübinger arbeitete während seiner langjährigen Berufstätigkeit in der Verwaltung der Universität Tübingen in der Bibliothek und im Archiv. Zuletzt, bis er in Rente ging, war er als Kontaktperson und Betreuer des Fördervereins für zahlreiche Projekte in Forschung und Lehre zuständig. Weiterhin war er Vertrauensperson der Schwerbehinderten und im Personalrat tätig und verfügt somit über Erfahrung im Umgang mit Menschen, die sich in schwierigen Berufs- und



Wolf-Dieter Klink

Lebenssituationen befinden. Daneben war er über 20 Jahre Mitglied im Widerspruchsausschuss des Integrationsamtes.

Neben seinem Beruf engagierte sich Wolf-Dieter Klink ehrenamtlich bei der Gewerkschaft ver.di und baute in Baden-Württemberg den Landesarbeitskreis Behindertenpolitik auf, dessen Vorsitzender er bis

2022 war.

Klink, der auch gute Kontakte zur Landespolitik unterhält, veranstaltete in dieser Zeit auch Fachtagungen mit wachsendem Zulauf.

Seit diesem Jahr ist er im beratenden Ausschuss des Integrationsamtes und als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Reutlingen tätig.

Im Jahr 2016 wechselte Wolf-Dieter Klink aus Überzeugung als VdK-Mitglied zum SoVD, weil der VdK sich im Gegensatz zum SoVD damals nicht aktiv mit der Problemstellung „barrierefreies Bauen“ befasste. Seit seiner Wahl zum SoVD-Kreisvorsitzenden in Stuttgart unterstützt er Dario Becci bei der Sozialberatung und Antragstellung von Mitgliedern und Ratsuchenden im Gebrüder Schmid Zentrum und berät seit Januar selbst jeden ersten Mittwoch eines Monats.



Die Helferinnen und Helfer hatten am Hockenheimer SoVD-Infostand gut zu tun.

Neujahrsempfang in der Stadthalle Hockenheim

Viele Fragen beantwortet

Ohne Corona-Einschränkungen nahm der SoVD-Ortsverband Hockenheim wie in früheren Jahren am Neujahrsempfang der Stadt Hockenheim am 13. Januar wieder teil.

Die Stadtverwaltung hatte ortsansässige Vereine eingeladen, mit einem Informationsstand im Foyer der Stadthalle den Gästen und Neubürger*innen der Stadt vor Beginn des offiziellen Empfangs die Arbeit der Vereine vorzustellen.

Am Infostand, den die 1. Vorsitzende Heidegard Busch und Mitglieder des SoVD-Ortsvorstandes Hockenheim betreut wurde, schauten neben Oberbürgermeister Markus Zeitler und Bürgermeister Thomas-Jakob Lichtenberg (beide CDU) auch zahlreiche interessierte Bürger*innen vorbei. Das Infoteam beantwortete im Laufe des Abends viele Fragen und händigte Infomaterial aus. Besondere Glückwünsche für das neue Jahr brachten die zwei Schornsteinfeger bei ihrem Besuch am SoVD Stand mit.



Vorsitzende Heidegard Busch mit den zwei Glücksbringern.

Neujahrsempfang im Ortsverband Mannheim-Mitte

Für 50 Jahre im SoVD geehrt

Die 1. Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Mannheim-Mitte, Karin Schüler, konnte zahlreiche Mitglieder zum Neujahrsempfang am 14. Januar willkommen heißen. Er fand im gut erreichbaren und barrierefreien Restaurant Stollenwörthweyer in Mannheim-Neckarau statt.

Aufgrund einer Erkrankung von Karin Schüler gab es statt der abgesagte Weihnachtsversammlung 2022 diesen Neujahrsempfang 2023.

Nach der Begrüßung stellte die Vorsitzende ihre Pläne für das Jahr 2023 vor. Danach ehrte der Landesvorsitzende Hartmut Marx, der mit seiner Ehefrau

und Landesfrauensprecherin Brigitte Marx anwesend war, Petra Breitenbacher, ehemals auch Mitarbeiterin im SoVD-Landesverband, für 25 Jahre Mitgliedschaft und Werner Cosack für außergewöhnliche 50 Jahre. Danach berichtete die Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf über

die bevorstehenden Veranstaltungen im Landesverband und stellte die neue Sekretärin der Landesgeschäftsstelle, Corinna Stein, vor. Sozialberater Dario Becci, der im Ortsverband die Position des Schatzmeisters bekleidet, war ebenfalls dabei.

Die Landesgeschäftsführerin wies die Anwesenden auf die bevorstehende Landesverbandstagung hin und appellierte an die Mitglieder, sich gerne im derzeit vorstandslosen Kreisverband Baden, den übergangsweise die Landesgeschäftsstelle mitverwaltet, mit Ideen oder aktiver Mitarbeit ehrenamtlich einzubringen.

Abschließend übergab die Ortsvorsitzende an alle Gäste ein kleines „Glücksschweinchen“ mit den besten Wünschen für das neue Jahr.

Der gelungene und harmonische Neujahrsempfang endete danach mit einem gemeinsamen Mittagessen.



Die geehrten Mitglieder mit der Ortsvorsitzenden und Gästen.

Höhere Kassenbeiträge

Zum Jahreswechsel haben viele gesetzliche Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge angehoben. Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz ist um 0,3 Prozent gestiegen. Auf die Krankenversicherungsbeiträge der pflichtversicherten Rentner*innen hatten sie im Januar und Februar noch keine Auswirkungen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben werden Veränderungen des Zusatzbeitrages erst zum 1. März 2023 wirksam. Über die Änderung des Krankenversicherungsbeitrages und ihren neuen Rentenzahlungsbetrag informiert ein entsprechender Hinweis auf dem Kontoauszug informiert, der die Überweisung der März-Rente beinhaltet.

Quelle: DRV

Früher Krebsnachweis fördert die Therapie

Angesichts gesunkener Zahlen appelliert der baden-württembergische Sozial- und Gesundheitsminister Manne Lucha (Bündnis90/Die Grünen) an die Menschen im Bundesland, Krebs-Vorsorgeuntersuchungen wieder stärker zu nutzen. „Ein früher Nachweis der Erkrankung erleichtert die Therapie“, so Lucha. „Während Frauen meist schon in ihrer Jugend regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen, ist das für viele Männer erst später ein Thema.“

Im Jahr 2021 starben 13.834 Männer und 12.131 Frauen aus Baden-Württemberg an den Folgen einer Krebserkrankung. Regionale Zahlen für die einzelnen Stadt- und Landkreise finden Sie online im Gesundheitsatlas unter: <https://www.gesundheitsatlas-bw.de/>.

Nach wie vor ist es entscheidend, die Häufigkeit sowie mögliche Einflussfaktoren von Krebserkrankungen wissenschaftlich zu erfassen und auszuwerten. Dazu ist eine qualifizierte Krebsregistrierung erforderlich. Baden-Württemberg verfügt über ein funktionierendes Krebsregister unter: <https://www.krebsregister-bw.de/startseite>, das bundesweit als eines der ersten zertifiziert wurde. *Quelle: Gesundheitsministerium BW*



Glückswünsche

Schlagfertigkeit ist etwas,
worauf man erst 24 Stunden später kommt.

Mark Twain

- 60 Jahre:** 7.3.: Martina Welsch, Lajatico / Pisa, 20.3.: Zekeriye Kartanci, Stuttgart; 22.3.: Viktoria Goldenbein, Walldürn.
- 65 Jahre:** 25.3.: Manfred Koch, Albstadt, 30.3.: Gerhard Golling, Großbottwar.
- 70 Jahre:** 14.3.: Werner Fünffinger, Eggenstein-Leopoldshafen; 20.3.: Adelheid Kalla, Leimen, 30.3.: Slavica Hojdak, Schöna; Detlef Köhler, Höpfingen.
- 80 Jahre:** 23.3.: Doris Sanmann, Mannheim; 27.3.: Peter Brandstätter, Mannheim.
- 91 Jahre:** 8.3.: Hildegard Umbach, Stuttgart.
- 92 Jahre:** 14.3.: Waltraud Zanger, Mannheim, 20.3.: Lore Kellput, Mannheim.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im März ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Den Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.



Termine

- Landesverband Baden-Württemberg**
15. bis 19. März, 10–18 Uhr: IBO Messe in Friedrichshafen, Info-stand in Halle A 4. An allen Messetagen steht ein*e Sozialberater*in für eine kurze Beratung zur Verfügung.
- Ortsverband Friedrichshafen**
Jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.
- Ortsverband Höpfingen**
7. März, 14.30 Uhr: Info-Nachmittag.
26. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung.
Veranstaltungsort: Gasthof „Zum Ochsen“, Heidelberger Straße 18, 74746 Höpfingen.
- Ortsverband Neukirch**
10. März, 19.30 Uhr: Frühjahrsversammlung, mit Vortrag über Telefonbetrug, Referentin: Polizeihauptkommissarin Sigrid Blenke.
15. bis 19. März: Teilnahme an der IBO Messe Friedrichshafen (voraussichtlich am 18. März, 10–17 Uhr).

Jahreshauptversammlung im Ortsverband Hockenheim

Pläne für 2023 vorgestellt

Die Einladung zur Jahreshauptversammlung fand gute Resonanz bei den Mitgliedern des Ortsverbandes Hockenheim. Vorsitzende Heidegard Busch begrüßte die Anwesenden und stieß gemeinsam mit ihnen auf das neue Jahr an, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit, und auf gutes Gelingen der geplanten Aktivitäten im Jahr 2023.

Die Versammlung wurde in diesem Jahr ohne Neuwahlen satzungsgerecht durchgeführt. Vorsitzende Heidegard Busch bedankte sich herzlich bei den Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und bei den Mitgliedern für deren Treue zum SoVD. Hoch erfreut waren die Anwesenden über die Zusage eines Gastes, Mitglied im SoVD zu werden.

Im Anschluss informierte Heidegard Busch die Mitglieder über die geplanten Veranstaltungen im Jahr 2023: So sind drei Tagesfahrten, ein Kaffeenachmittag, zwei Versammlungen mit Infos über die Änderungen und neuen Entwicklungen im Sozialrecht, eine mehrtägi-



Nach dem offiziellen Teil saßen die Gäste der Jahreshauptversammlung noch bei Gesprächen zusammen.

ge Reise, die Teilnahme an der Kranzniederlegung sowie die weihnachtliche Abschlussveranstaltung fest im Veranstaltungskalender eingetragen.

Abschließend gab es bei einem Imbiss Gelegenheit zu Gesprächen untereinander.



Sprechstunden



pictworks / Adobe Stock

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den einzelnen Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- bzw. Videoberatungen möglich.

- Sozialberatung in Albstadt**
Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.
- Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb**
Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

- Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen**
Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

- Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen**
Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.
- Sozialberatung Mannheim**
Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

- Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald**
Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 Uhr bis 11.30 Uhr im Gasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

- Sozialberatung in Hockenheim**
Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in den Räumen der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Termin-

vereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205/15 190.

- Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart**
Die Sprechstunden finden jeden ersten und dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heschlach, Gebrüder-Schmid-Weg 13 in 70199 Stuttgart, statt.
- Bitte melden Sie sich bei Bedarf bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 oder Wolf-Dieter Klink (1. Vorsitzender) unter Tel.: 07071/92 09 090 zur Beratung an.

Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungstermine vereinbart werden.

- Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden**
Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

SoVD-Spende des Land- und Kreisverbandes Bremen finanziert ein neues Alpaka

Zuwachs für die Stadtteulfarm

Vier hatten sie schon – und ein fünftes Alpaka kam mit der Spende des Bremer SoVD-Kreis- und Landesverbandes noch hinzu. Eine große Freude für die kleinen und großen Besucher der Stadtteulfarm Huchting, eine gemeinnützige Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Alpakas, die niedlichen Kameltiere aus den Anden, sind nicht nur wegen ihrer Wolle beliebt: Sie haben ein freundliches und gutmütiges Wesen und erobern mit ihren teddy-ähnlichen Köpfen die Herzen ihrer Besucher*innen im Sturm. Aber Kuscheltiere sind sie nicht, denn sie mögen keinen Körperkontakt – vor allem nicht am Kopf. Alpakas sind Herdentiere, die in ihrer Heimat Südamerika als Nutztiere gezüchtet wurden. Sie benötigen eine eigene Weidefläche, mit Ziegen, Schafen und anderen Tieren können sie nicht gemeinsam gehalten werden. Dennoch – die beruhigende Wirkung der Alpakas wird sogar therapeutisch genutzt und ist sicherlich auch im sozialen Brennpunkt Huchting willkommen.

Hier, direkt am Sodenmattsee, umgeben von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, liegt die Stadtteulfarm Huchting. Die Idee zum Bau der Farm entstand Anfang der 90er Jahre, als deutlich wurde, dass für Kinder und Jugendliche neue Spiel- und Entwicklungsräume gebraucht werden. Heute können die Kids, mit und ohne Handicap, ihre Zeit sinnvoll in der Natur verbringen und miteinander in Kontakt tre-



Von links: Diana Maleschewski, Klaus Möhle sowie Joachim und Edith Wittrien bei der symbolischen Scheckübergabe.

ten. Es gibt einen Hort sowie Möglichkeiten, handwerklich tätig zu werden, zu reiten, Tiere zu pflegen und den Farmalltag aktiv mitzugestalten. Im Laufe der Jahre hat sich die Farm zu einem beliebten Treffpunkt im Stadtteil entwickelt.

Anfang Februar machten sich Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski, der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien mit Ehefrau und Sprecherin des Orga-Ausschusses Edith Wittrien sowie der Kreisvorsitzende Klaus Möhle bei der symbolischen Übergabe des

Schecks über 1.000 Euro ein Bild vom Leben auf der Farm. Auch sie erlagen dem Charme der Alpakas. „Die sind wirklich knuffig“, stellt Joachim Wittrien fest, „unsere Spende für den Kauf eines weiteren Tieres kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Nach der Corona-Zeit benötigen die Kinder und Jugendlichen jetzt vermehrt Möglichkeiten, wieder aus dem Haus zu gehen und die Freizeit sinnvoll zu verbringen. Und wer die Alpakas einmal lieb gewonnen hat, kommt wieder, da bin ich mir ganz sicher!“

Inklusives Sport-Projekt der Aktion Mensch

Grenzenloser Kletterspaß

In Bremen gibt es seit Kurzem mit Unterstützung der Aktion Mensch ein inklusives Kletterangebot für Menschen mit Handicap. Möglich machte dies das Projekt „Klettern ohne Grenzen“ des Deutschen Alpenvereins, Sektion Bremen.

Man mag es kaum glauben, aber die „Flachlandtiroler“ in Bremen sind mit 5.000 organisierten Mitgliedern im Deutschen Alpenverein (DAV), Sektion Bremen, der drittgrößte Sportverein der Hansestadt. Über 1,4 Millionen Mitglieder bundesweit sind in über 350 rechtlich selbstständigen Sektionen organisiert.

Die Bremer Sektion hat Ende 2015 ein Kletterzentrum in Uni-Nähe eröffnet. Hier wurde dank des Engagements ehrenamtlich tätiger Trainer*innen das Projekt „Klettern ohne Grenzen“ gestartet, damit auch Menschen mit Handicap Spaß am Klettern entwickeln können.

Durch die finanzielle Unterstützung von Aktion Mensch kann das Inklusionsprojekt seit Kurzem regelmäßig Kurse anbieten. Dabei spielt es keine Rolle, welches Handicap die Kletterbegeisterten haben. Ob körperlich, kognitiv oder geistig beeinträchtigt – alle sind willkommen. Vorerfahrungen sind nicht nötig. Gemeinsam mit speziell ausgebildeten Klettertrainer*innen loten die Interessierten aus, welche Klettermöglichkeiten für sie passend sind. Dabei hilft eine Vielzahl von Unterstützungen, wie zum Beispiel ein Flaschenzug für Rollstuhlfahrer*innen.

Zweimal in der Woche finden zweistündige Kletterkurse in Kleingruppen statt. Die Teilnahme kostet pro Person 7,50 Euro inklusive Kletterausrüstung. Wer Lust hat, sich an den acht Meter hohen Steilwänden (oder an Teilstrecken) auszuprobieren, sollte das Kletterzentrum mit einer E-Mail an: kletternohne Grenzen@kletterzentrum-bremen.de kontaktieren. Weitere Infos zu den Kursen gibt es auf der Webseite www.kletterzentrum-bremen.com.



Foto: Daniel Etzold / Adobe Stock

Klettern ist ein Spaß für groß und klein, aber selten inklusiv.

Härtefallfonds für bestimmte Gruppen der Ost-West-Rentenüberleitung

Einmalzahlung für Härtefälle

Im November 2022 hat die Bundesregierung eine Bundesstiftung zur Abmilderung von Härtefällen (Härtefallfonds) in Einzelfällen errichtet. Der Fonds richtet sich an bestimmte Berufs- und Personengruppen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, an Spätaussiedler*innen sowie an jüdische Zuwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Die Berechtigten des Härtefallfonds können unter bestimmten Voraussetzungen zur Abmilderung von Härten eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro erhalten, wenn sie einen erheblichen Teil ihrer Erwerbsbiographie in der ehemaligen DDR beziehungsweise im ausländischen Herkunftsgebiet zurückgelegt haben und sie mit ihren gesetzlichen Renten in der Nähe der Grundsicherung im Alter beziehungsweise bei Erwerbsminderung liegen. Die Länder können dem Härtefallfonds bis zum 31. März beitre-

ten. In diesem Fall ist eine Zahlung von 5.000 Euro möglich. Entscheidungen über Anträge und Auszahlungen sind erst ab April 2023 möglich.

Betroffen sind bundesweit etwa 180.000 bis 190.000 Anspruchsberechtigte. Die Leistung aus dem Härtefallfonds wird nur auf Antrag gezahlt. Dieser ist bis zum 30. September dieses Jahres bei der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds zu stellen, per Post an: Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds, 44781 Bochum oder per E-Mail an:

gst@stiftung-haertefallfonds.de.

Weitere Infos gibt es kostenfrei unter Tel.: 0800/72 41 634 (montags bis donnerstags, von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 14 Uhr) und auf den Seiten der Deutschen Rentenversicherung Bund unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.

Infos und Formulare zum Download, auch in russischer und ukrainischer Sprache gibt es auch auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter: www.bmas.de.

Quelle: u. a. DRV

Länger Kinderkrankengeld für gesetzlich Versicherte

Zusätzliche Krankentage

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ) weist darauf hin, dass auch im laufenden Jahr gesetzlich krankenversicherte Eltern in erweitertem Umfang Kinderkrankengeld bei ihrer Krankenkasse beantragen können.

Es stehen jedem gesetzlich krankenversicherten Elternteil erneut 30 Kinderkrankentage pro Kind im Jahr zur Verfügung. Für Alleinerziehende sind es 60 Tage. Ohne diese pandemiebedingte Sonderregelung beträgt der gesetzliche Anspruch zehn Arbeitstage im Jahr pro Kind, bei Alleinerziehenden 20 Tage.

Bei mehreren Kindern hat jeder Elternteil im Jahr 2023 insgesamt einen Anspruch auf maximal 65 Arbeitstage. Für Alleinerziehende erhöht sich dieser Anspruch auf maximal 130 Arbeitstage.

Kinderkrankengeld muss bei der Krankenkasse beantragt werden, bei der man versichert ist. Es steht für jedes gesetzlich versicherte Kind bis einschließlich zwölf Jahre zu und beträgt in der Regel 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts. Für Kinder mit Behinderung, die auf Hilfe angewiesen sind, gibt es keine Altersgrenze.

Nähere aktuelle Einzelheiten sind auf der Webseite des BmFSFJ mit dem Suchwort Kinderkrankengeld zu finden unter: www.bmfsfj.de.

Veranstaltungskalender zum Frauentag online

Alles unter einer Adresse

Rund 60 Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März finden sich im Veranstaltungskalender für das Land Bremen online unter www.weltfrauentag-bremen.de

In Bremen machen Fraueninitiativen und Organisationen in diesem Jahr unter dem Motto „Die Macht der Wahl – sichtbar, streitbar, solidarisch“ auf frauenpolitische Forderungen im Hinblick auf die im Mai im Land Bremen anstehenden Wahlen aufmerksam. Zentrale Veranstaltung ist am 8. März die Ehrung der Bremer und der Bremerhavener Frau des Jahres durch den Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss.

In Bremerhaven lautet das diesjährige Motto zum 8. März „Frauen* und Widerstand“. Frauen- und queerpolitisch Engagierte befassen sich mit den Widerständen, die Frauen in der Gesellschaft überwinden müssen. Zudem stehen die Themen Widerstandsfähigkeit, Vernetzung und Stärkung von Engagement im Fokus des Bremerhavener Programms. Zentrale Veranstaltung in Bremerhaven ist ein frauen- und queerpolitischer Netzwerkabend am 8. März.

SoVD-Newsletter

Mitglieder, die gerne einmal monatlich (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen und Tipps erhalten möchten, bittet der Landesverband um einen Hinweis an die E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Er wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen. All denjenigen, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Unterstützung gesucht!

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, suchen wir Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Wir freuen uns über Ihren Anruf:
Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord: 0421/16 38 490.
Kreisverband Bremerhaven: 0471/28 006.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie die Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord
Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven
Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Bremer Projekt zur Versorgung papierloser und nichtversicherter Menschen

Erfolgreiche Zwischenbilanz

Um die medizinische Versorgung von nichtversicherten und papierlosen Menschen sicherzustellen, wurde im Sommer 2022 ein Behandlungs- und Beratungszentrum in Bremen unter der Trägerschaft des „Vereins zur Förderung der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung nichtversicherter und papierloser Menschen in Bremen e. V.“ (MVP e. V.) eröffnet.

Unter der Federführung der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz wurde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe ein Konzept ausgearbeitet, um für Menschen ohne Papiere oder Krankenversicherung die medizinische Versorgung sicherzustellen. Für das Behandlungs- und Beratungszentrum wurde der MVP e. V. gegründet. Bisher arbeiten und kooperieren rund 70 Gesundheitsdienstleisterinnen (Arztpraxen, Hebammen, Krankenhäuser usw.) mit dem MVP e. V.

Im Juli 2022 nahm der MVP als Modellprojekt in der Stadtgemeinde Bremen die Arbeit auf und konnte seit September Sprechstunden anbieten. Bis zum 31. Dezember 2022 wurden 225 Personen betreut. Da nicht nur eine medizinische Untersuchung und Weitervermittlung stattfinden, sondern auch eine Beratung hinsichtlich möglicher Versicherungen, konnten 38 Nutzer*innen in eine reguläre Versorgung vermittelt werden. Auch im Januar 2023 konnten schon 81 Personen vom MVP behandelt werden, von denen etwa die Hälfte zum ersten Mal beim MVP waren.

„Dass das Angebot des MVP so gut angenommen wird, zeigt den großen Bedarf. Der MVP



Foto: Довидович Михаил / Adobe Stock

Um die Gesundheit von obdachlosen Menschen ist es oft schlecht bestellt, aber medizinische Hilfsangebote sind rar.

füllt eine wichtige Lücke, kann aber nur ein Zwischenschritt sein. Wir müssen in Deutschland endlich allen, die hier leben, den uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglichen“, sagt Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Neben der Möglichkeit einfache Untersuchungen vor Ort durchzuführen, können im Behandlungs- und Beratungszentrum auch Behandlungs- und Apothekenscheine ausgestellt werden, die mit dem MVP e. V. abgerechnet werden. Dadurch eröffnen sich für Papierlose und Menschen ohne Krankenversicherung

reguläre Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten. Neben der Untersuchung und Vermittlung wird außerdem ein Clearing angeboten. Dabei werden die Klientinnen und Klienten dabei unterstützt, Zugang zum System der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung oder als Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) oder dem Sozialgesetzbuch (SGB) zu erhalten. Um die Hürden für Betroffene abzubauen, können Behandlungsscheine bei Bedarf auch pseudonymisiert ausgestellt werden.

Quelle: Senat für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Termine

Die Veranstaltungen finden unter den jeweils aktuell geltenden Pandemie-Bedingungen statt.

Ortsverband Bremerhaven Geestemünde
24. März, 14.30 Uhr: Infoveranstaltung im Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 28217 Bremerhaven. Anmeldungen bei Karin Michaelsen unter Tel. 0471/55 222 erbeten.

Ortsverband Bremerhaven Leherheide
10. März, 15 Uhr: Infonachmittag in der Lukaskirchengemeinde, Louise-Schröder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Bremen Blumenthal-Farge
11. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung im Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger

Straße 100, 28777 Bremen.
Ortsverband Bremen Lesum
17. März, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Bremen-Süd
Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack im „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.
18. März: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen im Rotheo in Huckelriede, Niedersachsensdamm 20 a, 28201 Bremen, Einlass ab 9.30 Uhr.
Anmeldeschluss bis 13. März bei Erhard Flemming, Tel.: 0471/8090521 oder 0152/06 55 1155 (mobil).

Ortsverband Bremen Gröpelingen
11. März, 12 Uhr: Kohlessen,

Kosten: 15 Euro. Anmeldung bis 3. März bei Marianne Stelzenmüller erbeten unter Tel.: 0421/70 90 73 80 (Mo-Fr 19-20 Uhr).
Vorschau: 15. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen.
Veranstaltungsort: Kultur vor Ort, Liegnitzstraße 63 a, 28237 Bremen.
Die Rundschreibenverteilung fällt in der Zeit von März bis Juni aus!

Ortsverband Bremen Vegesack
25. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Alois“, Breite Straße 12, 28757 Bremen.

OV Bremerhaven Nord-Süd
14. März, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Altbürgerhaus, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Zehn Forderungen des SoVD-Landesverbandes an den Hamburger Senat

Strategien für die Hansestadt

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie und Inflation infolge des Angriffskrieges auf die Ukraine sind viele Hamburger*innen finanziell und seelisch am Ende ihrer Kräfte. Der SoVD-Landesverband stellt zehn Forderungen zur Bewältigung der Krise an den Senat. Hier folgt der dritte und letzte Teil.

Die vorherigen Forderungen des SoVD Hamburg wurden in den Januar- und Februar-Zeitungsausgaben veröffentlicht.

6. Arbeitsfähige Behörden

Die Behörden müssen endlich so ausgestattet werden, dass sie angemessen beraten und Anträge und Auszahlungen schnell bearbeiten können.

Die veränderten Wohngeldregelungen sind schnell umzusetzen, damit die betroffenen Familien ab Dezember Zahlungen in voller Höhe erhalten können. Bearbeitungszeiten von bis zu 22 Wochen sind unakzeptabel und benachteiligen die Betroffenen.

7. Soziale Einrichtungen und Gesundheitsberatung sichern und fördern

Einkommensschwache Familien brauchen mehr direkte Unterstützung durch den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und Verpflegungshilfen in Kindergärten und Schulen. Ganztagschulen müssen ausgebaut und die Schulbegleitung für behinderte Kinder sichergestellt werden.

Soziale Einrichtungen müssen erhalten und grundsätzlich dauerhaft finanziert werden.

Projektfinanzierungen sollten nur da vorkommen, wo sie zwingend notwendig sind. Vor allem einkommensschwache Personen sind auf einen kostengünstigen und niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem angewiesen. Gesundheitskioske sollten deshalb ausgebaut und ihre Finanzierung sichergestellt werden.

8. Sozialen Wohnungsbau forcieren

Angesichts des eklatanten Wohnungsmangels, hoher Mietkosten sowie einer steigenden Zahl an Wohnungslosen und unversorgten Flüchtlingen spielt der soziale Wohnungsbau in Hamburg eine entscheidende Rolle. Um ihn am Laufen zu halten, bedarf es einer modifizierten Förderkulisse. Neben der Erhöhung der Zuschüsse müssen zusätzliche steigende Preise für die Materialbeschaffung und Zinsen gegenüber Banken ausgeglichen werden.



Foto: BillstedtHorn UG

Einrichtungen wie der Gesundheitskiosk in Billstedt erreichen auch Hilfesuchende, die sich nicht in den „Behördendschungel“ trauen.

Zudem muss es zu einer verbesserten Absicherung bei drohenden Wohnungskündigungen kommen, die auch beinhaltet, dass Mietschulden vom Senat übernommen werden.

9. Versorgungssicherheit und Umbau der Strom- und Heizungsversorgung

Der Hamburger Senat muss sicherstellen, dass genügend Strom- und Heizungsenergie sowie Warmwasser für alle verfügbar ist. Rationierungen darf es nicht geben. Im Ernstfall darf sich die Verteilung nur an nachvollziehbaren Notwendigkeiten orientieren.

Für den Umbau und Austausch alter Heizungsanlagen, die mit fossilen Energien betrieben werden, muss ein deutlich höheres Fördervolumen aufgelegt werden.

10. Unternehmen und Arbeitsplätze sichern – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Der unternehmerische Mittelstand braucht gerade gezielte Förderung und Unterstützung. Trotz deutlicher Preissteigerungen muss seine Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler und internationaler Ebene sichergestellt bleiben. Vor allem die Arbeitsplätze müssen so gut wie möglich erhalten werden, damit Arbeitnehmer*innen und ihre Familien sicher in die Zukunft blicken können. Langzeitarbeitslose Menschen benötigen eine auf ihre Bedarfe abgestimmte Förderung und langanhaltende Unterstützung. Zusätzlich zur Bundesförderung sollte der Senat ein Programm für mindestens 3.000 Menschen auflegen, um sie zusammen mit Beschäftigungsgesellschaften zu fördern.

SoVD-Podcast: Reinhören lohnt sich!

SoVD-Landeschef Klaus Wicher spricht in der neuen Folge des SoVD-Podcasts mit der zweiten Bürgermeisterin, Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen). Sie ist zugleich Senatorin und Präses der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg. In dem Dialog mit ihr geht es unter anderem um Themen wie Doppelhaushalt mit Blick auf Senior*innen, Wohngeld Plus, offene Seniorentreffs, Kundenzentren in den Bezirken und Digitalisierung. Hören Sie rein unter: <https://www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast!>



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

der SoVD ist der größte und leistungsfähigste Sozialverband in Hamburg. Wir nehmen an dieser Stelle jeden Monat Stellung zu aktuellen Themen in der Stadt. Eine gute Nachricht zuerst: Trotz der Preissteigerungen werden wir den Beitrag in diesem Jahr stabil halten! Es gibt noch weitere Lichter am Ausgang des Tunnels, durch den unser Leben zuletzt so gedrängt wurde. Worauf können wir in diesem Jahr hoffen?

Die Corona-Pandemie ist beendet beziehungsweise schwächt sich deutlich ab – sagen Virolog*innen. Die Einschränkungen sind gefallen.

Wir können auf eine gute Energieversorgung hoffen, die zudem wieder preiswerter wird. Es kündigt sich keine tiefe Rezession an. Trotzdem bleibt das Leben teuer und die Politik ist weiterhin gefordert.

Keine Entwarnung deutet sich bei Bürgergeld und Grundsicherung an. Die zu niedrigen Sätze werden offenbar bleiben und damit die großen Sorgen der Menschen mit dem ganz kleinen Geldbeutel. An dieser Stelle möchte ich einmal daran erinnern, dass in diesem Jahr die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ihr 75-Jahr-Jubiläum feiert. Der erste Artikel lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten.“ Ein würdevolles Leben kann nur ohne Armut gelingen. Dazu erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1992 den 17. Oktober zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut. Wir werden daran erinnern.

Zu Beginn des Jahres haben wir aus unserem Hilfsfonds 12.000 Euro ausgeschüttet, um bedürftigen Frauen in schwierigen Lagen zu helfen. Die Gelder haben wir über unser Sozialkaufhaus im Osdorfer Born, den Frauentreff Kernenate und die Fähre e. V. meist über Lebensmittelgutscheine verteilt. Im Laufe des Jahres werden wir weitere 10.000 Euro zur Verfügung stellen, die wiederum bedürftigen Frauen in Not helfen sollen. Es wird allerdings auch Zuschüsse für bedürftige Männer und Frauen geben, die sich keinen Urlaub leisten können.

In diesem Jahr stehen ganz oben auf der Agenda: dringend benötigte Reformen bei der Gesundheitsversorgung und der Krankenhausfinanzierung sowie eine bezahlbare Pflege. Dem werden wir uns als SoVD stellen.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

SoVD begrüßt weitere Förderung der Sprach-Kitas

Später bessere Chancen

Der SoVD begrüßt, dass Hamburg das im Sommer auslaufende Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ mit fünf Millionen Euro fördert. Damit geht das Programm, bei dem Kita-Kinder ihre Deutschkenntnisse verbessern, in Hamburg weiter.

„Wir können jetzt an künftige Generationen der Fachkräfte denken und früh den Spracherwerb stärken“, sagt Landesvorsitzender Klaus Wicher. „Bildungsgerechtigkeit beginnt von klein auf und ist zu fördern. Es ist gut, wenn bis 2024 weitere 20 Millionen Euro in sprachliche Kita-Bildung investiert werden. Denn was Hänchen nicht (zur Integration) lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Laut einer Studie hat jedes vierte Kind einen Sprachförderbedarf.



Sprachverständnis ist eine Schlüsselqualifikation.

Immer mehr Rentner*innen brauchen Hilfe

Tafeln sind keine Lösung

Laut Statistischem Bundesamt stieg im Jahresvergleich die Zahl der Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter um zwölf Prozent. Die Folge: Immer mehr Ältere sind von Altersarmut betroffen und auf Hilfe der Tafeln angewiesen.

„Es ist nicht Selbstverständnis der Tafeln, Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge zu übernehmen“, sagt Landesvorsitzender Klaus Wicher. Heute müssen viele die „Gaben“ der Tafel fest in ihr Budget einplanen, dabei war sie ursprünglich als zusätzliches Angebot gedacht. Wicher fordert: „Die Zahl der Armen muss sinken. Daran müssen sich eine Bundesregierung, aber auch ein Senat, die soziale Gerechtigkeit im Programm haben, messen lassen. Für vieles gibt es Entlastungspakete, warum nicht für arme Rentner*innen?“ München zum Beispiel passt den Regelsatz bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an höhere Lebenshaltungskosten an und definiert regionale Regelsätze – „zur Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums“. Die Münchner Hilfe zum Lebensunterhalt sieht vor: Für Menschen mit geringem Einkommen gibt es auf Antrag eine jährliche Pauschale.

Wicher wünscht sich eine Anpassung der Grundsicherung, aber auch der Regelsätze, da hier mindestens 150 Euro monatlich fehlen: „Bis zur einer weiteren bundeseinheitlichen Erhöhung der Regelsätze ist Hamburg gefordert, die Grundsicherung im Alter nach dem Vorbild der Stadt München aufzubessern.“

Vorläufige Vorsitzende

Zur neuen Vorsitzenden des SoVD-Ortsverbandes Langenhorn wurde Bärbel Zaplata gewählt. Sie übernimmt das Ehrenamt zunächst interimsmäßig. Ihr Vorgänger Wolfgang Seipp war im Dezember 2022 verstorben.

Landesvorsitzender Klaus Wicher (auf dem Foto, li.) und Landesbeisitzer Werner Rowoldt wünschten Bärbel Zaplata in ihrem neuen Amt alles Gute.



Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf unter der angegebenen, Telefonnummer oder per E-Mail: info@sovd-hh.de oder kommen Sie vorbei.

- SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Hohenfelde / Uhlenhorst**
Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg, Öffnungszeiten: Mo 10–12 Uhr und 13–16 Uhr, Di 10–13 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Lurup**
Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg, Tel.: 040/43 19 35 00, Fax: 040/23 51 83 67, Öffnungszeiten: Mi und Do 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Harburg**
Winsener Straße 13, 21077 Hamburg, Tel.: 040/77 59 57, Fax: 040/76 75 00 22, Beratung zum Rentenantrag nach Terminvereinbarung. Öffnungszeiten: Mi 10–13 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Bergedorf**
Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.
Öffnungszeiten weiterer Beratungszentren auf Nachfrage sowie online unter: www.sovd-hh.de.

Mobilität für alle ist eine wichtige Voraussetzung für soziale Teilhabe

ÖPNV gratis für Bedürftige!

Aus dem uckermarkschen Templin kommt auch ein ÖPNV-Konzept, das der SoVD angesichts der Preiserhöhungen zur Jahreswende für Bus und Bahn auch gerne in Hamburg hätte. 49 Euro kostet das Deutschlandticket im Monat – in Templin zahlt man für den Fahrschein 44 Euro im Jahr.

Ursprünglich war das Ticket für die Nutzung des ÖPNV in Templin sogar gratis. Aber die Nachfrage war zu groß. Dennoch: Die Fahrgastzahlen steigen. Darauf hofft auch die Hamburger Hochbahn. Auch Landesvorsitzender Klaus Wicher setzt auf mehr Menschen in Bus und Bahn, aber zu anderen Konditionen: „Wir halten nach wie vor 29 Euro für zielführend. Und für bedürftige Menschen darf das Deutschlandticket nichts kosten.“

Der SoVD Hamburg sieht den öffentlichen Personennahverkehr als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wicher: „Mobilität ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wer Tickets nicht bezahlen kann, bleibt außen vor. Fahrten mit Bus und Bahn müssen für alle ohne Einschränkungen bezahlbar sein. Wir brauchen in Hamburg daher entweder ein kostenfreies Sozialticket für bedürftige Menschen oder ein Gratis-Deutschlandticket“, fordert Wicher.



Das deutschlandweite 9-Euro-Ticket war beliebt und begehrt. Sein Nachfolger ist deutlich teurer – zu teuer für arme Menschen.

Der SoVD tritt seit Langem ein für die kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für Bedürftige. In Hamburg wurde das Sozialticket 2003 abgeschafft. Seit 2009 gibt es eine „Sozialkarte“, die Sozialleistungsbeziehenden einen Rabatt gewährt. „Für Bedürftige sind die HVV-Tarife auch mit Sozialrabatt nicht leistbar. Das 9-Euro-Ticket war ein Zugewinn an mobiler Le-

bensqualität“, so Wicher. Derweil verspätet sich das Nachfolgemodell wie die Bahn und kostet 40 Euro mehr als der Vorgänger. Wicher: „Der Preis ist zu hoch für Empfänger*innen von Transferleistungen. Wenn man schon jetzt nicht genügend Geld hat, um das Notwendigste kaufen zu können, dann ist für das Deutschlandticket nichts mehr da.“

SoVD fordert von der Politik mehr Unterstützung für Langzeitarbeitslose

Bessere Qualifikation fördern

502 Euro sind nicht genug und nicht alles: SoVD-Landeschef Klaus Wicher hält nichts davon, die Sozialreform auf (Bürger-)Geld zu reduzieren: „Das Bürgergeld ist der Taktstock, mit dem der Arbeitsmarkt neu orchestriert werden kann. Qualifikation und Rehabilitation warten auf den Einsatz, damit Ältere, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Handicap wieder Fuß fassen können“.

Wicher begrüßt zwar, dass zusätzlich zum Bürgergeld bis 2024 die Kosten für Miete oder Eigenheim ohne Prüfung übernommen werden. Bisher zahlte der Staat Heizkosten, wenn sie angemessen waren. Die Angemessenheitsprüfung fällt nun weg. Der Landesvorsitzende warnt jedoch vor altem Wein in neuen Schläuchen und kritisiert: „53 Euro sind nur ein Minihopser“.

Doch er setzt auch auf die zweite Seite der Medaille: Arbeitsmarktpolitisch sei das Bürgergeld nicht zu rechnen. Die Politik könne und solle dank der Sozialreform mittelbar auch die qualitativ stärker unterstützen, die bisher nur geringe Chancen auf einen Job haben. Das Ziel sei, die Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Lebensumstände der Betroffenen stärker zu berücksichtigen. „Wir müssen die Politik jetzt beim Wort nehmen, um neue Wege in Arbeit zu schaffen. Arbeiten zu können, heißt nicht nur, für sich zu sorgen, Sozialabgaben



Aus- und Fortbildungsangebote sind wichtige Bausteine für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

zu leisten. Es bringt auch soziale Anerkennung, Teilhabe und Zufriedenheit.“ Ein Kernstück der Bürgergeld-Reform ist die bessere Qualifizierung der Langzeitarbeitslosen. „Das muss jetzt schnell in Angriff genommen werden“, fordert Wicher. Auch die Stadt sei nicht aus der Verantwortung zu entlassen. „Es wird nach wie vor Langzeitarbeitslose geben, die den Anforderungen aus unterschiedlichen Gründen

nicht gewachsen sein werden. Für sie seien Arbeitsplätze in Beschäftigungsgesellschaften, bei der Stadt oder stadteigenen Unternehmen auszurichten. Die Mittel müsse die Stadt mehr als bisher bereitstellen. „Hamburger Unternehmen warten auf gut ausgebildete Arbeitnehmer*innen aber auch auf Mitarbeitende für einfache Beschäftigungen. Arbeitsmarktpolitik muss beide Zielgruppen ansprechen.“

Mahnwache blockierte rechte Aufmärsche – Aktion mit dem Politischen Runden Tisch

Toleranz und Weltoffenheit

Sachsen-Anhalt Der „Politische Runde Tisch der Frauen / Geschlechtergerechtigkeit“ ist ein Forum, das sich monatlich im Alten Rathaus in Magdeburg trifft. Beim 1. Politischen Runden Tisch 2023 besprachen die Netzwerkteilnehmerinnen, zu denen auch die Landesfrauensprecherin des SoVD Mitteldeutschland, Monika Lück, gehört, Termine und Themen für die erste Jahreshälfte. Besonderes Augenmerk lag auf der Aktionswoche „Eine Stadt für alle“ vom 16. bis zum 27. Januar.

Die Aktionswoche hatte die Initiative Weltoffenes Magdeburg zum Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg organisiert. Den Auftakt am 16. Januar machten Chöre mit „Magdeburg singt für eine weltoffene Stadt“ vor dem Dom. Um Nazi-Aufmärsche am 21. Januar zu blockieren, besetzten Teilnehmer*innen Straßen und Plätze. An verschiedenen Stellen in der Stadt warben Mahnwachen für Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt.

„Trotz Minusgraden und einem eisigen Wind haben einige Vertreterinnen des Politischen Runden Tisches mit einem Stand und Transparenten vor der Johanniskirche – an den beiden Plastiken von Heinrich Apel für die Trümmerfrauen der Stadt – die Aktionswoche unterstützt“, berichtet Monika Lück, Landesfrauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland. „Es geht um Frieden allgemein, und die Bedeutung der Aktionswoche zeigt sich aktuell im Ukraine-Krieg.“

Die Teilnehmenden des Friedensweges gedachten mit Liedern, Reden und Gebeten der Zerstörung von Magdeburg kurz vor Kriegsende, im Januar 1945, und demonstrierten für Frieden. Sie kamen auch am Stand der Frauen des Politischen Runden Tisches vorbei. Dort machten sie Station, hielten Gedenkreiden und man sang gemeinsam das Lied „Das weiche Wasser bricht den Stein“.

Unweit der Johanniskirche präsentierte sich auf dem Alten Markt das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Schülerinnen und Schüler von Magdeburger Schulen zeigten ein mehrstündiges Bühnenprogramm und erreichten damit das Herz der Besucher*innen.

Am Ende des Programmes sang noch der Ukrainische Frauenchor. Seit Mai 2022 gibt es diesen Chor; alle Frauen sind vor dem Krieg nach Magdeburg geflüchtet.

„Nach meiner Einschätzung kann ich sagen, dass es ein sehr erfolgreicher Aktionstag beziehungsweise eine erfolgreiche

Aktionswoche war, an der mehr als 100 Vereine, Verbände und Organisatoren teilgenommen haben“, so Monika Lück. Sie

ergänzt: „Alle haben damit ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung gesetzt.“



alle Fotos: Monika Lück

Vertreterinnen des Politischen Runden Tisches nahmen an einer Mahnwache anlässlich der Aktionswoche „Eine Stadt für alle“ teil.



Der Friedensweg führte die Magdeburger*innen und Gäste an verschiedene Stationen der Stadt bis hin zum Synagoge-Neubau.



Zum Abschluss des Bühnenprogrammes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sang der Ukrainische Frauenchor.



Foto: Monika Lück

Ines Eisenhut und Gudrun Tiedke (v. li.) stimmten die anstehenden Termine des SoVD-Landesfrauenausschusses für das erste Halbjahr 2023 zeitlich ab.

Landesfrauenausschuss: Vorhaben fürs erste Halbjahr

Voller Terminplan, voller Einsatz

Sachsen-Anhalt Sehr aktiv bleibt der Landesfrauenausschuss des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland. Zum ersten Treffen 2023 begrüßte Landesfrauensprecherin Monika Lück die Ausschussmitglieder am 13. Januar in der Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Die Landesfrauensprecherin wünschte den Anwesenden für das neue Jahr beste Gesundheit, Wohlergehen, Glück mit der Familie und für die gemeinsame Arbeit viele kreative Ideen.

Sie berichtete dann über verschiedene Ereignisse im zurückliegenden Halbjahr, an denen sie als Vertreterin des Sozialverbandes teilgenommen hatte. Dazu gehörten etwa das 30-jährige Bestehen des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V. oder die Aktionen und Veranstaltungen am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen.

Beteiligung an politischen Diskussionen und Gremien

Darüber hinaus informierte Monika Lück über den monatlich stattfindenden „Politischen Runden Tisch“ der Frauen im Magdeburger Rathaus. Sie gab auch dessen kommende Thematiken bekannt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung steckten die anwesenden Frauen die Termine und Vorhaben für das erste Halbjahr 2023 ab.

Neben anderen Treffen und Plänen des Ausschusses ist ein weiterer wichtiger Termin für die SoVD-Landesfrauen die Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V. am 15. April. Dieser ist der Dachverband von Frauenorganisationen, -verbänden und -gruppen im Land sowie die größte außerparlamentarische Vertretung sachsen-anhaltischer Frauen. Der SoVD-Landesverband Mitteldeutschland ist Mitglied in dem Rat und kann Teilnehmerinnen zu der Konferenz delegieren.

Informationstermin zur Arbeit der Frauenhäuser

Im ersten Halbjahr 2023 wollen die Landesfrauen unter anderem auch ein Frauenhaus in Stendal besuchen; den Kontakt und die Terminabsprache übernimmt das Ausschussmitglied Ines Eisenhut.

„Bei diesem Besuch wollen wir folgende Fragen stellen“, so Lück: „Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen zur Verfügung? Wie viele Plätze hat das Frauenhaus Stendal und wie viele davon für Frauen mit Kindern? Wie ist die Auslastung? Wie ist die Verweildauer? Welche Hilfe oder Unterstützung können Sie den Frauen anbieten, wie sieht das konkret aus? Wie hoch sind die Kosten für die Frauen pro Tag? Wie sieht es mit der Barrierefreiheit aus? Und: Gab es während der Pandemie eine steigende Nachfrage?“

So können die Frauen sich vor Ort an diesem Beispiel ein Bild von der konkreten Arbeit von Frauenhäusern, von der aktuellen Situation und von den Problemen machen.



Jubilarin Rosi Kellermann mit dem Kreisvorsitzenden Gert Wegner.

Kreisverband Quedlinburg gratuliert zum besonderen Geburtstag

90 Jahre und sehr aktiv

Sachsen-Anhalt Am 13. Januar feierte das langjährige SoVD-Mitglied Rosi Kellermann ihren 90. Geburtstag. Trotz des hohen Alters ist sie immer noch sehr aktiv im Kreisverband Quedlinburg.

So bringt sie den Mitgliedern im Ortsteil Gernrode die SoVD-Mitgliederzeitungen und auch die Einladungen für die Veranstaltungen persönlich vorbei.

Der Kreisvorsitzende Gert Wegner gratulierte Rosi Kellermann im Namen des SoVD zum runden Geburtstag und wünschte ihr alles Gute im Kreise ihrer Familie und im Kreisverband Quedlinburg.

Mehr private Schulden seit der Corona-Pandemie

Teures Online-Shopping

Bestellen und liefern lassen: Das ist bequem und geht zum Beispiel auch bei geringer Mobilität. Seit der Corona-Pandemie ist es in Deutschland noch beliebter geworden. Vier von fünf Personen zwischen 16 und 72 Jahren kauften laut einer Erhebung 2022 im Internet ein. Doch immer mehr Leute machen dadurch auch Schulden.

Dieses Problem erfasste das Statistische Bundesamt (Destatis) in seiner letzten Überschuldungstatistik. Demnach hatten 28 Prozent der rund 575.000 Personen bundesweit, die – hier im Jahr 2021 – eine Schuldnerberatung aufsuchten, Schulden bei Online- und Versandhändlern. Das waren drei Prozent mehr als 2016. Es betraf etwas mehr Frauen als Männer und deutlich mehr Jüngere als Ältere.

Die Verbraucherzentralen, die auch selbst hierzu beraten, empfehlen frühzeitiges Hilfesuchen und warnen vor unseriösen Angeboten. So solle man etwa Kosten gut prüfen. Die meisten gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen arbeiteten für die Betroffenen kostenfrei und auch persönlich statt nur online. Zudem machten sie weder reißerische Werbung noch Hausbesuche.

Schuldnerberatungsstellen kann man erfragen bei Kommunen, Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbänden oder Kirchen. Übersichten gibt es auch zum Beispiel auf: www.verbraucherzentrale.de oder www.schuldnerberatung.de – oder bei den Landesarbeitsgemeinschaften Schuldner- und Insolvenzberatung e. V. wie folgt:

- Sachsen, c/o Verbraucherzentrale, Tel.: 0341/96 08 923, E-Mail: schuldnerberatung@vzs.de,
- Sachsen-Anhalt, Tel.: 0345/29 80 371, E-Mail: LAGSBSachsen-Anhalt@gmx.de sowie
- Thüringen, Tel.: 03634/32 06 63, E-Mail: kontakt@lag-sb-thueringen.de



www.sovd-mitteldeutschland.de

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld sucht Amtsnachfolger*in für Joachim Heinrich

„Stabswechsel“ noch offen

Sachsen-Anhalt Wie berichtet verabschiedete der Kreisverband Anhalt-Bitterfeld am 29. November 2022 seinen langjährigen 1. Kreisvorsitzenden, Joachim Heinrich. Landes- und Kreisvorstand sprachen ihm Dank und Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit aus. Doch die Nachfolge ist nun wieder unklar.

Sylvia Forstner hatte sich zur Übernahme eines Ehrenamtes ausgesprochen und in der letzten Sitzung vorgestellt. Sie war einstimmig in den Vorstand kooptiert und amtierend mit den Aufgaben der 1. Vorsitzenden zum 1. Januar gewählt worden. Doch leider teilte sie im Febru-

ar schriftlich sowie im Gespräch mit, dass sie das Ehrenamt aus gesundheitlichen und familiären Gründen nicht weiter anstrebe und sich der Wahl auf der Delegiertenkonferenz des Kreisverbandes im März nicht stelle. Landes- und Kreisvorstand bedauern Forstners Entscheidung zutiefst.

Landesgeschäftsführer Holger Güssau bittet die Mitglieder des Kreisverbandes Anhalt-Bitterfeld dringend, sich für das Ehrenamt zu bewerben, damit die gute Arbeit im Kreisverband und in den Ortsverbänden Bitterfeld sowie Zörbig und Umland weitergehen kann.



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr sowie freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle Magdeburg, nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Halberstadt

In den Räumlichkeiten der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße

11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeiten: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechstunde: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg erfragen.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden ersten Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung unter: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags 9–12 Uhr und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr sowie nach Vereinbarung. Anmeldung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben,

Tel.: 039209/60 366. Sprechzeiten: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenbergr 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten und zweiten Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz.

Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester unter Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49 oder per E-Mail an: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. Etage (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau.

Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Vereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022, Ansprechpartner: Olaf Anders.



Termine

Kreisverband Wernigerode

7. März, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff mit Wahl des neuen Vorstandes, anschließend Frauentagsfeier. Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Anmeldung bis zum 1. März.

Mitglieder fragen – der Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern antwortet

Neuaufstellung auf den BVTs

SoVD-Landesvorsitzender Dr. Helmholt Seidlein beantwortet Fragen der Mitglieder rund um die beiden Bundesverbandstagungen (BVTs), die außerordentlich im März und ordentlich im November dieses Jahres stattfinden werden.

Im März findet eine außerordentliche Bundesverbandstagung (BVT) statt. Müssen die Landesverbände Delegierte wählen und muss dazu vorher eine Landesverbandstagung (LVT) stattfinden?

Ja, es findet eine außerordentliche BVT statt. Laut Statut kann der Bundesvorstand eine solche einberufen. Aufgefordert zur Teilnahme werden alle Delegierten, die für die letzte ordentliche BVT nominiert worden waren. Für die nächste ordentliche BVT im November werden auf den LVTs im Frühjahr und im Frühsommer neue Delegierte gewählt.

Warum findet so kurz vor der ordentlichen BVT noch eine außerordentliche BVT statt?

In unserem Verband findet seit zwei Jahren eine rege demokratische Strategie- und Strukturdiskussion statt. Die sich rasch wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, die tiefer werden, die Spaltung in Handelnde und Getriebene, in Reiche und Arme, die neuen Möglichkeiten des sozialen Austausches zwischen Menschen und Gruppen und nicht zuletzt die Erfahrungen der Coronapandemie fordern neue Konzepte, neue Netzwerke und neue Verbandsstrukturen. Alle Verbände, Parteien, Interessenvertretungen



Dr. Helmholt Seidlein 2022 in Berlin mit der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier.

müssen schneller, aktueller und direkter auf die täglich neuen Bedrohungen unserer sozialen Ordnung reagieren. Für unseren Verband heißt das, wir müssen dem engagierten Ehrenamt ein ebenso engagiertes Hauptamt zur Seite stellen, welches permanent ansprechbar ist, Analysen erstellt und dem Ehrenamt die Handlungsempfehlungen an die Hand geben kann, die für die wichtigste Arbeit in unserem Verband, die erfolgreiche Arbeit vor Ort mit unseren Mitgliedern, mit Ratsuchenden und mit Vertretern der handelnden Politik notwendig sind. Vorschläge für notwendige strukturelle und personelle Neuaufstellungen in wichtigen Bereichen unseres Verbandes

wurden erarbeitet und sollen auf der außerordentlichen BVT diskutiert und beschlossen werden. Zur ordentlichen BVT können dann anhand der bis dahin gewonnene Erfahrungen weitere Änderungen vorgenommen werden gemeinsam mit dem Hauptthema der strategischen Neuaufstellung des SoVD.

Werden die Beschlüsse der außerordentlichen BVT die Zusammenarbeit der rechtlich selbstständigen und der rechtlich unselbstständigen SoVD-Landesverbände beeinflussen?

Es wird Änderungen in der Zusammenarbeit der rechtlich selbstständigen und der rechtlich unselbstständigen SoVD-Landesverbände geben. Die Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern haben den Strategieprozess mit angestoßen und bringen sich seither aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien ein, damit es auch künftig eine starke Interessenvertretung für Mitglieder und Ratsuchende in allen sozialen Fragen in Mecklenburg-Vorpommern geben wird. Die bisher so kollegiale und auch freundschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung durch Vertreterinnen und Vertreter befreundeter Verbände wird auch weiterhin gesichert sein. An der Qualität der Arbeit vor Ort wird es keine Abstriche geben.



Foto: Kzenon / Adobe Stock

Berufstätige Eltern sind auf Kinderbetreuung angewiesen, aber die Kitaplätze sind in vielen Gemeinden Mangelware.

Gerichtsurteile rund um die Kinderbetreuung

Anspruch auf Kitaplatz?

Bundesweit fehlen Tausende Kita-Plätze. Dabei besteht für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch darauf. Eltern müssen viel klären, wenn es um einen Betreuungsplatz geht. Wer hat Anspruch? Was tun, wenn keine Kita in der Nähe ist? Macht es Sinn, einen Kindergartenplatz einzuklagen?

Jedes Kind hat ab dem 1. Lebensjahr bis zur Einschulung unabhängig vom Job oder vom Einkommen der Eltern einen Anspruch auf einen Kita-Platz. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat entschieden, dass selbst ein Mangel an Fachkräften Kommunen nicht davon entbindet, „anspruchsberechtigten Kindern“ einen Platz anzubieten (AZ: 6 S 2.18 u. a.). Den Wunschkindergarten gibt es allerdings nur, wenn dort auch Plätze frei sind.

Eltern können mindestens 20 Wochenstunden Betreuungszeit verlangen. Je nach Situation muss sie auf bis zu 45 Stunden ausgedehnt werden. Das hat das Verwaltungsgericht Aachen bestätigt (AZ: 8 L 700/18). Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht meint, dass Dreijährigen bis zur Einschulung eine Betreuung von montags bis freitags von täglich sechs Stunden anzubieten ist (AZ: 10 ME 170/21), das Verwaltungsgericht Stuttgart spricht einem zweijährigen Kind täglich acht Stunden Kita-Betreuung zu (AZ: 7 K 2688/13).

Die Eltern selbst müssen einen Kitaplatz suchen. Damit sollten sie frühzeitig beginnen und sich auf Wartelisten setzen lassen. War die Suche erfolglos, muss das Jugendamt helfen. Dabei ist den Eltern auch ein Wechsel der Betreuungsform zwischen Tageseinrichtung und Kindertagespflege zuzumuten (OLG Braunschweig, AZ: 11 U 59/17).

Wie lange die Fahrzeit zwischen Wohnung und Einrichtung sein darf, ist nicht vorgeschrieben. Urteile geben für die zumutbare Anfahrt zur Kita 30 Minuten (VwG München AZ: M 18 K 13.2256). oder weniger als fünf Kilometer Entfernung an (VwG Köln AZ: 19 L 877/13).

Eltern verlieren den gesetzlichen Betreuungsanspruch, wenn sie einen von der Kommune zugewiesenen, zumutbaren Platz ablehnen. Die Kommune muss aber die Kosten für eine alternative Betreuung zahlen, wenn sie keinen Kita-Platz anbietet. So hat das Bundesverwaltungsgericht Eltern bei einem fehlenden Kita-Platz eine Kostenerstattung für einen Platz in einer privaten Kita zugesprochen (AZ: 5 C 35.12). Das VwG Berlin hat Eltern bei einem Kapazitätenmangel Aufwendungsersatz für die selbstbeschaffte Betreuung zugesprochen (AZ: VG 18 L 43.18).

Teilt das Jugendamt per Ablehnungsbescheid mit, dass kein Kita-Platz frei ist, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von vier Wochen Widerspruch einzulegen. Wird dieser abgelehnt, so kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden. Dabei sollte ein Rechtsanwalt helfen, auch wenn der für eine Klage vor dem VwG nicht verpflichtend ist. Je nach Bundesland kann es aber unterschiedliche Herangehensweisen geben. So muss mal eine einstweilige Anordnung erwirkt werden, mal ein Klageverfahren mit Eilentscheid. mh



Foto: Wolfgang Borris

Der Saal mit den Delegierten auf der letzten SoVD-Bundesverbandstagung 2019.

Der Auto Club Europa erklärt Bedienung und Funktion der orangefarbenen Helfer am Straßenrand

Die Notfallsäule ist immer zuverlässig

Notrufsäulen stehen entlang der Autobahn am Randstreifen und an zahlreichen Rastplätzen. Doch die Verteilung ist äußerst unterschiedlich, wie die Ergebnisse der letzten ACE-Clubinitiative „Deutschland, deine Rastplätze“ nahelegen. Der ACE erläutert, wie eine Notrufsäule genau funktioniert, wie verbreitet sie ist und welche Vorteile sie bietet.

Auch wenn heutzutage fast immer das Handy dabei ist, können der Akku oder Empfang in einer plötzlichen Notfallsituation schwach sein. Mit Funklöchern oder mangelnder Energie hat eine Notrufsäule keine Probleme. Zuverlässig steht sie an Ort und Stelle, ausgewiesen durch ein Hinweisschild mit einem Telefonhörer und dem Wort „SOS“.

Bei älteren Modellen muss einfach die sogenannte Sprechklappe angehoben werden und es wird eine Verbindung zur Notrufzentrale der Autoversicherer in Hamburg hergestellt. Die Mitarbeitenden dort nehmen alle wichtigen Infos zum Geschehen auf, können durch die automatische Übermittlung der Position der Notrufsäule den exakten Standort und die Fahrtrichtung bestimmen und in Notsituationen eine Konferenzschaltung zur Polizei- oder Rettungsleitstelle herstellen.

Neuere Modelle verfügen über zwei Tasten: ein roter Knopf für den Unfallnotruf und ein gelber für die Fahrzeugpanne.

Norden top, Bayern Flop

Unter dem Motto „Deutschland, deine Rastplätze“ haben die Ehrenamtlichen des ACE im letzten Sommer 684 Rastplätze in ganz Deutschland überprüft und dabei auch die Notrufsäulen unter die Lupe genommen. Im bundesweiten Durchschnitt waren die Anlagen mit WC mit 75 Prozent etwas besser mit der orangen Notrufeinrichtung ausgestattet als die ohne Toilette mit nur 67 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland wies jeder einzelne der getesteten Rastplätze eine Notrufsäule auf. Auch in Brandenburg waren die 37 getesteten Anlagen mit WC voll ausgestattet. Schlusslicht mit deutlichem Abstand bei der Verbreitung der Notrufsäulen

war Bayern: Bei den 88 überprüften Rastanlagen ohne WC verfügten nur 55 Prozent über eine Notrufsäule, bei den 97 Anlagen mit WC waren es nur 37 Prozent.

Nutzung trotz Handy

Der Gesamtverband der Versicherer, der im Auftrag der Autobahn GmbH die Notrufsäulen entlang der Autobahn betreibt, hat in der letzten Notrufsäulenbilanz 2018 noch immer eine rege Nutzung bestätigt. Insgesamt 52.000 Mal sind die orangen Säulen verwendet worden – obwohl Mobiltelefone zu diesem Zeitpunkt schon sehr weit verbreitet waren. Gleichzeitig hat sich auch die Handyortung verbessert: 2019 startete der so genannte Notruf AML (Advanced Mobile Location) in Deutschland mit den Anbietern Vodafone, Deutsche Telekom und Telefónica, der die Standortübermittlung per



Foto: Tim Freitag / Adobe Stock

Am Straßenrand sind die Notrufsäulen am häufigsten zu finden.

Smartphone deutlich verbesserte. Wird der Notruf gewählt, so aktiviert das Handy automatisch WLAN und Satellitennavigation, auch wenn das zuvor deaktiviert war. Da die Daten meist nach wenigen Sekunden per SMS übermittelt werden, ist keine aktive Internetverbindung notwendig. Ähnlich funktioniert der integrierte eCall im Auto, der seit 2018 für alle neuen Kfz-Typen als Ergänzung des Notrufsystems verpflichtend ist.

Neben dem Standort können auch Informationen zur Art der Auslösung und zur Anzahl der Insassen übermittelt werden. Auch videobasierte Notrufe sind schon in Deutschland im Einsatz. An der Entwicklung von barrierefreien Notrufsäulen für beispielsweise taubstumme Menschen wird gearbeitet. Alle Notrufsysteme gemeinsam ermöglichen, im Notfall schnell die nötige Hilfe zu organisieren.

Quelle: Auto Club Europa

Nachruf



Im Alter von 90 Jahren verstarb am 17. Januar 2023 unser Mitglied

Elvira Malchow.

Sie war seit 1990 Mitglied in unserem SoVD und zählte damit zu den ältesten Mitgliedern im Kreisverband Schwerin. Sie war von Beginn an aktiv und beliebt. Auch im hohen Alter blieb sie ihrem Kreis- und Ortsverband eng verbunden. Von 1994 bis 2019 war sie Sprecherin der Revisoren. Hier hat sie gewissenhafte und umfangreiche Arbeit geleistet. Auch war sie in der Frauenarbeit im Kreis- und Landesverband sehr aktiv. Als langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Sukow/Leezen hat sie gute und vielseitige Arbeit zum Wohle ihrer Mitglieder und der betroffenen Bürger*innen geleistet.

Sie erhielt aufgrund ihrer sehr langjährigen und erfolgreichen Verbandsarbeit viele Ehrungen und hohe Auszeichnungen.

Wir werden Elvira Malchow immer in guter Erinnerung behalten.

Andrea Preuß-Borowsky,
1. Vorsitzende, SoVD-Kreisverband Schwerin



Rechtsberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Güstrow / Schwerin: 1. und 29. März, **Grevesmühlen / Wismar:** 15. März, **Parchim:** 7. März, **Neubrandenburg / Demmin:** 22. März.

Es berät Doreen Rauch.

Greifswald: 14. März, **Bergen / Stralsund:** 21. März,

Röbel: 28. März.

Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Beraterinnen und Berater

sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.



Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Telefon derzeit über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: zurzeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.:

03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel. derzeit über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübische Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Termine

Kreisverband Wismar

8. März, 10 Uhr: Klönfrühstück.
15. März, 13 Uhr: Rechtsberatung.
28. März, 13 Uhr: Veranstaltung für Mitglieder, die im ersten Quartal Geburtstag haben.

Ehrenamtliche, Medienschaffende und Sportvereine können sich bewerben

SoVD und LSB loben Inklusionspreis aus

Neustart nach Corona-Pause: Gemeinsam loben der SoVD in Niedersachsen und der LandesSportBund (LSB) Niedersachsen wieder ihren Inklusionspreis aus. Ehrenamtlich Aktive, Medienschaffende und LSB-Mitgliedsvereine, die sich beispielhaft für das Thema Inklusion einsetzen, können sich bis zum 31. März 2023 bewerben.

Mit dem Inklusionspreis machen sich SoVD und LSB dafür stark, dass alle Menschen da-

bei sein können – egal, ob sie eine Behinderung haben oder nicht. „Die gleichberechtigte

Teilhabe ist in Niedersachsen nach wie vor für viele Betroffene nicht gegeben. Corona hat

diesen Prozess auch nochmal verlangsamt“, betont Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Deshalb sei es besonders wichtig, auf hervorragende Beispiele bei der Inklusion hinzuweisen – wie etwa durch die Preisverleihung.

Auch der LSB-Vorstandsvorsitzende Reinhard Rawe freut sich über die Rückkehr des Inklusionspreises: „Viele unserer Vereine haben auch in der Pandemie-Zeit alles dafür getan, dass die volle Teilhabe und Teilnahme von Menschen mit Behinderungen möglich ist. Mit dem Inklusionspreis haben wir die Möglichkeit, besondere und herausragend gelungene Projekte unserer Mitgliedsvereine auszuzeichnen.“

Mit der Verleihung des Inklusionspreises möchten SoVD und LSB herausragende Beispiele für Inklusion fördern und in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Damit

soll sichtbar werden, dass die selbstbestimmte und vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderung nicht nur machbar, sondern ein Gewinn für alle ist. Daher führten die beiden Verbände 2019 den SoVD-Ehrenamtspreis Inklusion, den SoVD-Medienpreis Inklusion und den LSB-Inklusionspreis Sport erstmals zum Inklusionspreis Niedersachsen zusammen.

Der Inklusionspreis Niedersachsen ist mit insgesamt 19.000 Euro dotiert. Verliehen wird er am 16. Juni 2023 im Rahmen der Landesverbandstagung des SoVD Niedersachsen im Sprengel Museum Hannover. Schirmherr ist der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil. Er wird auch die Preise überreichen.

Mehr Informationen zur Ausschreibung und den einzelnen Kategorien finden Interessierte unter www.inklusionspreis-niedersachsen.de.



Foto: Lennart Helal

Die Gewinner*innen des Inklusionspreises in den Kategorien Ehrenamt, Medien und Sport wurden 2019 auf einer Veranstaltung in der Swiss Life Hall in Hannover ausgezeichnet.

Nach Wohngeldreform können mehr Menschen als zuvor Wohngeld erhalten

SoVD-Rechner ermittelt Wohngeld-Anspruch

Seit Anfang des Jahres haben mehr Menschen als bisher Anspruch auf Wohngeld. Für viele stellt sich die Frage, ob das auch auf sie zutrifft und wie hoch die Leistung eventuell sein könnte. Der SoVD in Niedersachsen berät nicht nur persönlich rund um das Thema, sondern stellt mit dem Wohngeld-Rechner auch ein Instrument zur Verfügung, mit dem die Höhe selbstständig und individuell berechnet werden kann.

Habe ich Anspruch auf Wohngeld? Wenn ja, wie hoch könnte es sein? Diese Fragen beantwortet der SoVD in seinen 50 Beratungszentren in Niedersachsen und ab sofort auch mit seinem Wohngeld-Rechner. „Anhand weniger Fragen zum Einkommen, zur Miete und zur Anzahl der Haushaltsmitglieder ermittelt unser Rechner unkompliziert, ob die Leistung überhaupt infrage kommt“, erläutert Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Ein weiterer Vorteil: Nach der Beantwortung der Fragen kann auch gleich ein formloser Antrag auf Wohngeld gestellt werden.

Durch die Reform des Wohngelds haben seit dem 1. Januar mehr Menschen als bisher Anspruch auf die staatliche Leistung, wenn sie aufgrund ihres geringen Einkommens Probleme haben, ihre Miete zu zahlen. „Auch, wer bislang kein Wohn-

geld bezogen hat, sollte deshalb jetzt überprüfen, ob es für sie*ihn nicht doch infrage kommt“, rät Sackarendt. Da die Berechnung jedoch ziemlich kompliziert sei, solle man sich definitiv Unterstützung holen. „Entweder durch den Rechner oder durch eine persönliche Beratung bei uns“, so der Landesvorsitzende.

Der Wohngeld-Rechner ist auf der SoVD-Internetseite unter www.sovd-nds.de abrufbar. Nach Eingabe von Wohnort, Mietkosten, Einkommenshöhe sowie gegebenenfalls Angaben zu weiteren Haushaltsmitgliedern und Unterhaltungspflichten für Kinder errechnet der digitale Helfer des SoVD die voraussichtliche Höhe des Wohngelds, das Betroffene erhalten können. Zur weiteren Unterstützung finden Betroffene unter www.sovd-nds.de/beratung/ Beratungszentren die Kontaktdaten eines SoVD-Beratungszentrums in ihrer Nähe.

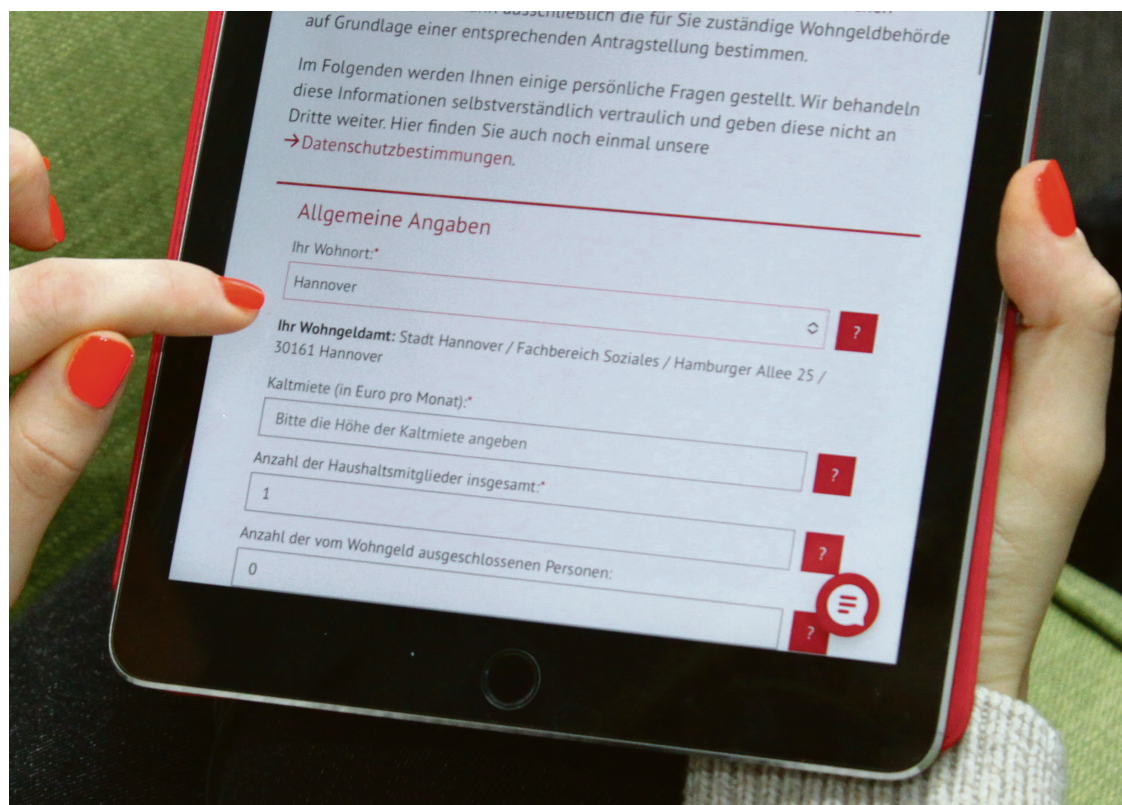


Foto: Elin Schweiger

Der neue SoVD-Wohngeld-Rechner ermittelt schnell und unkompliziert die voraussichtliche Höhe der Unterstützung.

SOVD-PODCAST

Wenn Heimkosten explodieren

Viele Pflegebedürftige kriegen einen Schreck, wenn sie in diesen Tagen die Rechnung für ihren Platz im Pflegeheim erhalten. Die Kosten steigen dramatisch und sind für die meisten Betroffenen überhaupt nicht mehr zu stemmen. In der aktuellen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof – aus dem Alltag einer Sozialberatung“ sprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, was man tun kann, wenn das Ganze unbezahlbar wird und welche Kosten Pflegeheime überhaupt an ihre Bewohner*innen weitergeben dürfen. Der Gast Daniele Hunlede berichtet über ihre Arbeit bei der Beschwerdestelle Pflege, erklärt, mit welchen Problemen sich Ratsuchende an sie wenden können und zeigt auf, wo sie konkret weiterhelfen kann.

Der SoVD-Podcast erscheint monatlich und ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

SoVD und Beschwerdestelle Pflege erörtern Herausforderungen im Pflegesektor

Pflege: Gemeinsam mehr erreichen

Vertreterinnen des SoVD und der seit Herbst 2022 aktiven Beschwerdestelle Pflege Niedersachsen trafen sich in der SoVD-Landesgeschäftsstelle in Hannover zum Austausch. Zentrale Themen waren Erfahrungen aus der Beratungsarbeit, Probleme des deutschen Pflegesektors und die Notwendigkeit, Kooperationen im Bereich Pflege zwischen sozialpolitisch handelnden Organisationen und Akteur*innen zu fördern.

Die Beschwerdestelle Pflege wurde als neutrale Anlaufstelle etabliert. Sie setzt sich dafür ein, dass die Rechte von Pflegebedürftigen und beruflich Pflegenden gewahrt werden. Beispielsweise nimmt sie Hinweise auf Missstände in der pflegerischen Versorgung entgegen, unterstützt selbst oder vermittelt gegebenenfalls an zuständige Stellen. Auch wirkt sie darauf hin, dass die Qualität der pflegerischen Versorgung gesichert und weiterentwickelt wird. Das niedrigschwellige Angebot der Beschwerdestelle grenzt sich unter anderem von

der Arbeit des SoVD ab, da sie keine Rechtsberatung durchführt. Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD, Nora Schrader-Rashidkhan, Referentin Abteilung Sozialpolitik beim SoVD, Dr. Nicole Sambruno Spannhoff, Landespatientenschutzbeauftragte, und Daniele Hunlede, Referentin Beschwerdestelle Pflege, sprachen unter anderem über die Problemherde des Pflegesektors und vor allem die Situation von Pflegebedürftigen. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass im breit gefächerten Bereich der

Pflege kein einzelnes Angebot flächendeckend sein könne – wo eine Anlaufstelle an ihre Grenzen stoße, könne eine andere mit ihren Kompetenzen weiterhelfen. Wettbewerb sei hier nicht zielführend. Stattdessen müsste konkreten Problemen in Niedersachsen mehr politisches Gewicht verschafft werden. Daher bekräftigten die Teilnehmenden den Wunsch zusammenzuarbeiten und in der Beratung aufeinander zu verweisen.

Die meisten Pflegereformen der vergangenen Jahre sind aus Sicht der Gesprächsteilnehmerinnen nicht weitreichend genug und beheben nicht die Ursachen von Problemen. Viele Maßnahmen wirken nicht, wenn Rahmenbedingungen unverändert bleiben. Als problematisch schätzen die Beschwerdestelle und der SoVD zudem die niedrige Gesundheitskompetenz in Niedersachsen ein. Hier müsste das Land Niedersachsen gezielt Maßnahmen durchführen, um bereits ab dem Kindergarten die

Gesundheitskompetenz von Kindern zu fördern, Menschen besser zu informieren und Prävention flächendeckender auszubauen. Viele Menschen setzen sich mit Pflegeangeboten erst auseinander, wenn sie selbst von Pflegebedürftigkeit betroffen sind – mit der Folge, dass sie wenig Orientierung in der Suche nach Angeboten haben und sich überfordert fühlen. Hier können SoVD und Beschwerdestelle Pflege in Kooperation mit weiteren Akteur*innen wie den Pflegestützpunkten zusammenarbeiten, um ganzheitlich Hilfe und Unterstützung anzubieten.



Foto: thodonal / Adobe Stock

Bei der pflegerischen Versorgung ist der Handlungsbedarf groß.

KONTAKT

An die Beschwerdestelle Pflege können sich Pflegebedürftige, deren Angehörige und beruflich Pflegenden wenden. Sie ist unter 0511 120-4186 oder pflegeanliegen@ms.niedersachsen.de zu erreichen.

SoVD zieht ernüchternde Bilanz vor allem bei finanzieller Unterstützung und Inklusion

100 Tage Landesregierung

Mitte Februar war die niedersächsische Landesregierung genau 100 Tage im Amt. Insbesondere im Hinblick auf die sozialen Aspekte zieht der SoVD als größter Sozialverband in Niedersachsen eine ernüchternde Bilanz. Trotz ambitionierter Pläne sei gerade für die Menschen mit geringem Einkommen zu wenig passiert.

Egal, ob finanzielle Unterstützung für Menschen mit kleinem Geldbeutel, sozialer Wohnungsbau oder Inklusion: Aus Sicht des SoVD bleibt die rot-grüne Landesregierung weit hinter den zum Amtsantritt gemachten Ankündigungen zurück. „Bis auf vage Äußerungen ist in den ersten 100 Tagen leider noch nicht viel passiert“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des niedersächsischen SoVD.

Die Einführung eines Härtefallfonds für Menschen, die aufgrund der gestiegenen Preise in finanzielle Not geraten sind, sei zwar positiv, komme allerdings

viel zu spät. Außerdem könne jede Kommune selbst entscheiden, ob sie einen entsprechenden Fonds einrichte. „Das ist für die Betroffenen wenig hilfreich. Die Antragsverfahren sind unterschiedlich und nicht sehr transparent. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob es eine Unterstützung gibt oder nicht“, bemängelt Sackarendt. Dieses Vorgehen sei von einem flächendeckenden und unkomplizierten Verfahren weit entfernt. Auch die Einführung des Deutschlandtickets sieht er kritisch: „Für Menschen mit geringem Einkommen sind 49 Euro im

Monat unerschwinglich. Stattdessen muss ein günstigeres Sozialticket eingeführt werden.“

Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen kommt auch der soziale Wohnungsbau angesichts der steigenden Mieten viel zu schleichend voran. „Die Gründung einer Landeswohnungsbau-Gesellschaft wird nicht reichen. Um die angekündigten 100.000 Sozialwohnungen umzusetzen, muss sofort mit dem Bau begonnen werden“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef. Zu langsam geht Sackarendt auch die dringend notwendige Umsetzung der Inklusion voran. „In fünf Jahren werden die bisherigen Förderschulen auslaufen. Die Landesregierung muss also anfangen, die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn der Politik das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung wirklich wichtig ist, muss endlich etwas passieren. Worte alleine reichen längst nicht mehr“, so Sackarendt.



Foto: Stefanie Jäkel

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne ihre politischen Ziele für die kommenden fünf Jahre Regierungszeit festgeschrieben.

Den Nachlass regeln: SoVD informiert im Online-Vortrag
Testamenterstellung und Vererbung

Die Themen Testament und Vererbung bringen oft viele Fragen und Unsicherheiten mit sich. Daher veranstaltet der SoVD in Niedersachsen am 23. März 2023 von 16 bis 17.30 Uhr seinen digitalen Vortrag „Testament und vererben: So regeln Sie Ihren Nachlass richtig“.

Der Referent Matthias Muik erläutert die Grundbegriffe des Erbrechts leicht verständlich und erklärt, was bei der Vererbung beachtet werden sollte und welche Formulierung im Testament die richtige ist. Darüber hinaus

widmet er sich diesen Fragen: Wer erbt, wenn es kein Testament gibt? Wie kann die Erbfolge in einem Testament aussehen? Was versteht man unter lebzeitiger Überlassung und warum kann das sinnvoll sein? Teilnehmende bekommen außerdem Tipps rund um die Nachfolgeplanung, Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die kostenlose Online-Veranstaltung steht allen Interessierten offen. Anmeldungen sind bis zum 20. März unter weiterbildung@sov-d-nds.de möglich.



Foto: Prostock-studio / Adobe Stock

Die Veranstaltungen der digitalen Vortragsreihe des SoVD stehen allen Interessierten offen und sind kostenfrei.

Online-Veranstaltung mit Vortrag und Diskussion am 9. März

Wege zur weiblichen Existenzsicherung

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Day können Interessierte am 9. März um 17 Uhr an einem digitalen Vortrag zum Thema Existenzsicherung teilnehmen. Zur Veranstaltung laden der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, der SoVD-Landesverband Niedersachsen, die ver.di-Frauen des Landesbezirks Niedersachsen-Bremen und das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung ein.

Nur 63,5 Prozent der Frauen in Niedersachsen können von ihrem Einkommen unabhängig leben. Noch weniger Frauen können finanziell für sich und ein Kind sorgen. In der Online-Veranstaltung werden die Lohnlücke zwi-

schen Männern und Frauen, die weibliche Existenzsicherung und Wege, sich für die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen zu engagieren erörtert. In einem einführenden Vortrag fragt Uta Meier-Gräwe, emeritierte Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft, nach den strukturellen Ursachen der Abhängigkeit von Frauen. Anschließend geben vier Frauen Impulse für Möglichkeiten der Mitbestimmung und des Engagements gegen den Gender Pay Gap – in Gewerkschaften, der Politik oder Verbänden.

Interessierte können sich bis zum 8. März unter <https://www.fes.de/lnk/epd2023> für die Teilnahme anmelden.



Foto: Stella / Adobe Stock

Die Zugangsdaten für die Veranstaltung werden an die Teilnehmenden nach Anmeldung versendet.

SoVD in Braunschweig organisiert Unterstützung für Familien der Region

Schulranzen-Spendenaktion

Es gibt in der Region viele Familien, darunter auch Flüchtlingsfamilien, denen es finanziell nicht gut geht. Da stellt oft schon die Anschaffung eines Schulranzens ein großes Problem dar. Der SoVD in Braunschweig bittet deshalb die Bevölkerung auch dieses Jahr wieder um Spenden von nicht mehr benötigten, gut erhaltenen Schulranzen und organisiert eine Spendenaktion gemeinsam mit der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK).

Die Schulranzen-Spenden können im SoVD-Beratungszentrum am Bäckerklint 8 in Braunschweig während der Öffnungszeiten abgegeben werden – montags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr sowie freitags von 9 bis 12 Uhr. Parallel rief auch die BLSK die Belegschaft des Finanzunternehmens zum Spenden von Schulranzen auf. Das Unternehmen übergibt die gesammelten Ranzen an den SoVD.

Der Starttermin für die Ausgabe der Schulranzen ist Samstag, 11. März 2023, ebenfalls beim SoVD am Bäckerklint 8. Dann können sich Kinder mit ihren Familien von 9 bis 12 Uhr Ranzen aussuchen und mitnehmen. Weiter mit der Ranzenausgabe am Bäckerklint geht es dann ab dem 13. März, montags bis freitags zu den oben genannten Öffnungszeiten. Bei der Abgabe und Abholung der Schulranzen bittet der SoVD Spender*innen, Eltern und Kinder darum, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen.



Foto: David Tadevosian photography / Adobe Stock

Der SoVD-Kreisverband Braunschweig organisiert seine Schulranzen-Spendenaktionen bereits seit 2016.

Auch im Internet läuft die Aktion des SoVD und der BLSK weiter. Dort können in der Facebook-Gruppe „Schulranzenaktion“ weiterhin Ranzen für die Region gespendet werden. Die Gruppe wurde während der Corona-Zeit eingeführt und

verbindet die Spender*innen mit Familien, die einen kostenlosen Ranzen benötigen. Fotos der Schulranzen können in der Gruppe gezeigt werden. Bei Interesse können die Familien dann Kontakt zu den Spender*innen aufnehmen.

Schöff*innenwahl 2023: An Rechtsprechung beteiligen und Demokratie stärken

Fürs Schöffennamt bewerben

Alle fünf Jahre suchen Gerichte in Deutschland nach Menschen, die sich als ehrenamtliche Richter*innen engagieren möchten. Die nächsten Wahlen für das Schöffennamt finden 2023 statt. Es handelt sich um ein besonders verantwortungsvolles Ehrenamt, in das Lebenserfahrung, Gerechtigkeitssinn und Menschenkenntnis einfließen, und das dazu beiträgt, die Demokratie zu stärken.

Schöff*innen arbeiten in Niedersachsen an Amts- und Landgerichten sowie an Jugendgerichten mit Berufsrichter*innen zusammen und wirken in Verhandlungen daran mit, dass Gerichte angemessene Urteile finden. Mit ihrem Einsatz und ihrer Lebenserfahrung leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und machen das Rechtswesen transparenter.

Wichtige Voraussetzungen, um ein Schöffennamt zu übernehmen, sind die deutsche Staatsbürgerschaft und ein Alter von 25 bis 69 Jahren bei Beginn der Amtsperiode. Bewerber*innen dürfen außerdem keine Vorstrafen haben und auch nicht in der Justiz arbeiten. Rechtskenntnisse sind zur Ausübung des Ehrenamts nicht erforderlich.

Die Amtsperiode umfasst fünf Jahre. Wer Interesse an einem Ehrenamt als Schöff*in hat, kann sich 2023 dafür bewerben und sich dazu direkt bei der eigenen Stadt oder Kommune melden. Dort erfahren Interessierte Genaueres über den Bewerbungsprozess. Umfassende Informationen zum Schöffennamt sind auch auf der Internetseite www.schoeffenwahl2023.de abrufbar.

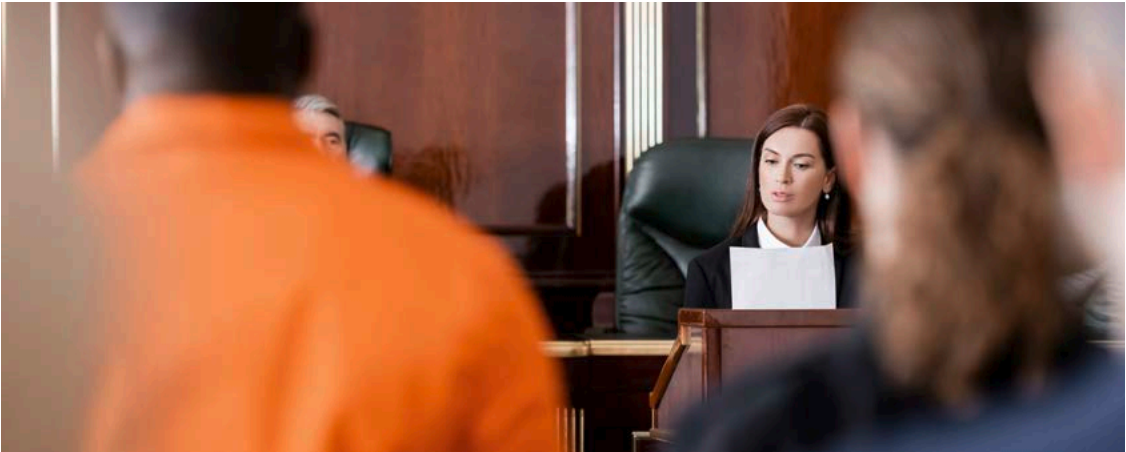


Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

An Amts- und Landgerichten werden Berufsrichter*innen von Schöff*innen unterstützt. Diese haben dasselbe Stimmrecht. Für das Ehrenamt werden keine Rechtskenntnisse vorausgesetzt.

POLITISCHER AUSTAUSCH



Foto: Sara Masić

Gespräch mit Volker Meyer in Hannover

Mit welchen Problemen kommen die Menschen eigentlich zum SoVD? Wo liegen die Schwierigkeiten bei der Beantragung von Bürgergeld? Diese und weitere Fragen beantwortete der SoVD dem CDU-Landtagsabgeordneten Volker Meyer. Der Verband hatte ihn zu einer Hospitation im SoVD-Beratungszentrum in Hannover eingeladen. Dort nahm der Politiker an Beratungsgesprächen teil und bekam einen Einblick in die tägliche Arbeit des SoVD.

Im Anschluss an die Hospitation tauschten sich Dirk Kortylak, stellvertretender SoVD-Landesgeschäftsführer, Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD, und Stefanie Jäkel, SoVD-Landespressesprecherin, mit Volker Meyer aus und besprachen die Forderungen des Verbands für eine Verbesserung des Bürgergelds. Auch in Zukunft wird der SoVD den Austausch fortsetzen.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-92

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD-Kreisverbandstagungen 2022/2023 in Niedersachsen

Wiederwahl der Vorstandsmitglieder im Kreisverband Wolfsburg

Auf der Kreisverbandstagung in Wolfsburg wurde der bisherige Kreisvorsitzende Ernst-Bernhard Jaensch im Amt bestätigt und einstimmig wiedergewählt. Die 1. stellvertretende Kreisvorsitzende Giesela Witzke, der 2. stellvertretende Kreisvorsitzende Frank Roth und die Kreisschatzmeisterin Carmen Meyer bleiben ebenfalls vier weitere Jahre im Amt. Auch hier erfolgte die Wahl einstimmig. Neue Kreisfrauensprecherin in Wolfsburg ist Renate Giesler. Gäste der Kreisverbandstagung waren unter anderem Falco Mohrs (SPD), damaliger Bundestagsabgeordneter und aktu-



Foto: SoVD-Kreisverband Wolfsburg
Dirk Swinke, SoVD-Ladeschäftsführer, Giesela Witzke, Carmen Meyer, Renate Giesler, Ernst-Bernhard Jaensch und Frank Roth (v.l.)

ell Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur, die Vorsitzende des Sozialausschusses und Landtagsabgeordnete Imacolata Glosemeier

(SPD), die 1. Bürgermeisterin der Stadt Wolfsburg Angelika Jahns (CDU) sowie Vertreter*innen von Partnerorganisationen des SoVD.

Kabrodt bleibt Kreisvorsitzender in Gifhorn

65 Delegierte aus den Ortsverbänden nahmen an der Kreisverbandstagung des SoVD in Gifhorn teil. Als Gäste waren unter anderem die Samtgemeindebürgermeisterin Ines Kielhorn und die Meiner Bürgermeisterin Ute Heinsohn-Buchmann zur Veranstaltung eingeladen. Beide Lokalpolitikerinnen lobten in ihrer Ansprache das gemeinnützige Engagement des SoVD. Im Bericht aus dem Sozialberatungszentrum Gifhorn wurde über die zurückliegenden Beratungsschwerpunkte informiert. Auffallend war unter anderem ein vermehrter sozialrechtlicher Beratungsbedarf zu Krankengeld, vorzeitigem Rentenbezug



Foto: Berko Härtel
Vorstandsmitglieder, Beisitzer*innen und Delegierte des SoVD-Kreisverbands Gifhorn

oder Rehamaßnahmen im Zusammenhang mit Post-Covid- und Long-Covid-Erkrankungen.

Bei der Neuwahl des Kreisvorstands wurde Heinz-Ulrich Kabrodt als 1. Vorsitzender im Amt bestätigt. Seine Stellvertretung

übernehmen Ute Scheer und Lutz Lau. Die bisherige Frauensprecherin Ute Scheer wurde wiedergewählt, so auch der Kreisschatzmeister Horst Nagel und die Kreisschriftführerin Sabine Müller.

20% Rabatt auf neu eröffnete Verfahren
bei Abwicklung über die App

Willkommen beim **SoVD**

Anmelden

Registrieren

SoVD-App „Mein SoVD“

Zusätzliche digitale Dienstleistungen für Mitglieder

Download der kostenlosen App

QR Code

Laden im App Store

QR Code

JETZT BEI Google Play

Mehr Infos finden Sie unter: www.sovd-nds.de/sov-d-app

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SoVD

Neuaufstellung in Lüneburg-Lüchow

Im Kreisverband Lüneburg-Lüchow wählten die Delegierten auf der Kreisverbandstagung Joachim Roemer aus Adendorf zum neuen Vorsitzenden. Er löst nach 16 Jahren Elfi Rosin ab, die aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder antrat. Zweite Kreisvorsitzende sind Claudia Misiak und Stephan Cardinahl. Schatzmeister bleibt Frank Sobottka, neue Stellvertreterin ist Sonja Hardt, neue Schriftführerin Margret Hennig. Frauensprecherin bleibt Brunhilde Ernst. Im neuen Vorstand sind Mitglieder beider Landkreise vertreten. „Wir wollen künftig vermehrt jüngere Zielgruppen ansprechen und die Arbeit in den Ortsverbänden unterstützen“, sagte Roemer nach der Wahl. Gleichzeitig möchte er die Wahrnehmung des SoVD als politische Kraft stärken.

In die Amtszeit von Elfi Rosin fiel unter anderem die Fusion der Kreisverbände Lüneburg und Lüchow. Sie zog ein positives Resümee ihrer Arbeit und dankte allen „die ihr Wissen, ihre Arbeit und ihre Zeit zum Wohle von Menschen eingesetzt haben“. Als Anerkennung für ihren langjährigen Einsatz überreichte ihr Landesgeschäftsführer Dirk Swinke eine Ehrenurkunde und blickte zurück: „Ich schätze deine offene Ansprache und erinnere mich gern an unsere Telefonate vor entscheidenden Sitzungen.“ Drei weitere Mitglieder wurden für ihre ehrenamtliche Arbeit geehrt: Claus-Dieter Schmidt, der für 20 Jahre die Anstecknadel „Ehrenschild“ samt Urkunde erhielt, sowie Stephan Cardinahl und Edith Ehlers für fünf Jahre kontinuierliches Engagement.



Foto: Claudia Misiak
Mitglieder des neuen Kreisvorstands in Lüneburg-Lüchow

Krankenversicherung von Rentner*innen: Neue Beitragshöhe erst ab März 2023

Erhöhung der Zusatzbeiträge

Bei vielen gesetzlich Krankenversicherten ist die Anhebung der Zusatzbeiträge zum 1. Januar 2023 in Kraft getreten – für pflichtversicherte Rentner*innen wird sie allerdings erst ab März 2023 wirksam. Was Betroffene dazu wissen sollten, erklärt der SoVD in Niedersachsen.

Für viele gesetzlich Krankenversicherte hat sich zum 1. Januar 2023 der Zusatzbeitrag durchschnittlich um 0,3 Prozent erhöht. Anders ist es bei Rentner*innen, die in der Krankenversicherung der Rentner*innen pflichtversichert sind. Hier ist die Erhöhung erst ab März 2023 wirksam. „Informiert werden Betroffene über die Erhöhung der Zusatzbeiträge in der Regel auf dem Kontoauszug. Schriftliche Bescheide versendet die Rentenversicherung nur in Ausnahmefällen; etwa, wenn Rentenberechtigte*r und Kontoinhaber*in nicht identisch sind“, erläutert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Grund für die zeitversetzte Berücksichtigung sind entsprechende gesetzliche Vorgaben.



Foto: Lev Dolgachov / Adobe Stock
Auf ihren Kontoauszügen können krankenversicherte Rentner*innen die Erhöhung der Zusatzbeiträge nachvollziehen.

Fragen rund um die Änderung der Zusatzbeiträge und zu weiteren Rententhemen beantworten die Berater*innen des SoVD. Beratungstermine können beim Mitgliederservicetelefon unter

0511 65610721 vereinbart werden. Die Anschrift eines SoVD-Beratungszentrums in der Nähe ist unter www.sovd-nds.de/beratung/beratungszentren abrufbar.

NRW-Landesgeschäftsführer Jens Eschmann im WDR-Interview zum Thema Personalmangel in den Behörden

Dramatische Folgen durch lange Wartezeit

Immer mehr Anträge, aber nicht mehr Personal – gerade mit Blick auf Leistungen der Grundsicherung ist diese Entwicklung ein großes Problem. Leidtragende sind neben dem Behördenpersonal, dass sich um Abarbeitung der Fälle bemüht, vor allem die Betroffenen, die Antragsteller. Vielen Menschen noch im Gedächtnis ist die Meldung, dass das Sozialamt in Berlin Neukölln sogar zwei Wochen schließen musste, um die Aktenberge erst einmal abzuarbeiten, die sich dort angehäuften. Wie kann das sein?

Fernsehjournalist Sascha Schwarz hat mit Menschen aus NRW gesprochen, die seit Monaten verzweifelt auf Bewilligungen und Bescheide warten und ist dem Phänomen für die WDR-Sendung „Servicezeit“ auf den Grund gegangen.

Zu Wort kommt in dem Beitrag unter anderem eine Frau im Grundsicherungsbezug, die vom Vermieter die Kündigung erhielt und schon fürchtete, sie müsse sich nach einer neuen rollstuhlgerechten Wohnung umschauen: Das Sozialamt Köln hatte ihr – offenbar als Folge des „Bearbeitungsstaus“ – das Geld für die Miete zweimal in Folge nicht überwiesen.

Dann ist da noch der Fall des jungen Familienvaters Paul L., der seit fünf Monaten auf Be-

willigung seines Elterngeld-Antrags wartet und sich von der langen Wartezeit abgesehen über die umständliche Kommunikation wundert. Das Amt sei zwar – immerhin – per E-Mail erreichbar gewesen, die Antwort auf seine E-Mail sei aber erst Wochen später gekommen, und zwar per Post – inklusive der Mitteilung, es würden noch weitere Informationen benötigt, um den Fall zu bearbeiten.

In Beispiel Nummer drei des Filmbeitrags schließlich geht es um eine Frau, die verzweifelt auf die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels wartet, weil ihr Arbeitgeber ansonsten verpflichtet wäre, ihr zu kündigen.

Drei Fälle, die zeigen, wel-

Letzte Möglichkeit bei überlangem Warten ist eine Untätigkeitsklage

che erheblichen Konsequenzen drohen können, wenn Anträge nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Einzelfälle? Nein, erklärt Jens Eschmann, Landesgeschäftsführer des SoVD NRW, im Gespräch mit Sascha Schwarz vom

WDR. Auch der SoVD habe im Rahmen der Sozialrechtsberatung festgestellt, dass sich Verfahren immer mehr in die Länge zögen. Dies sei insbesondere im Bereich von Erwerbsminderungsrenten der Fall, wo die Bearbeitung auch schon mal ein ganzes Jahr dauere: „Das ist deutlich zu lang und erschüttert auch das Vertrauen in den Rechtsstaat“, so Eschmann.

Muss man sich das gefallen lassen? „Grundsätzlich gibt es gewisse Fristen, innerhalb derer die Behörden Anträge und Widersprüche bearbeiten müssen“,



V. li.: Jens Eschmann im Gespräch mit Journalist Sascha Schwarz.

erklärt der SoVD-Landesgeschäftsführer weiter: „Wenn das nicht eingehalten wird, besteht prinzipiell die Möglichkeit, vor dem zuständigen Sozialgericht eine Untätigkeitsklage einzulegen“

Auch Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund wurde von Sascha Schwarz zu dem Thema befragt. Seine Einschätzung klingt besorgniserregend: „Der Hauptpunkt ist fehlendes Personal. In den nächsten zehn Jahren

verlieren wir in der Verwaltung 500.000 Beschäftigte, die in Rente oder Pension gehen. Das sind ein Drittel der Bediensteten. Dann ist da die fehlende Digitalisierung. Wir brauchen eine digitale Identität. Woher soll die Stadt wissen, dass der Herr Müller der Herr Müller ist? Die (digitale Identität) wird kommen, aber sie ist eben noch nicht da.“

Der Filmbeitrag ist auf dem Youtube-Kanal des SoVD NRW zu finden.

SoVD Seniorensicherheitsberatung Herne warnt vor und berät Mitglieder über Betrugsmaschinen

Enkeltrickvariante „SoVD-Mitglied in Not“

Viele SoVD-Mitglieder erhielten kürzlich eine E-Mail, in der ein Mitglied um finanzielle Hilfe in einer Notlage bat. Die beiden Sicherheitsberater*innen des Herner Teams erhielten Kenntnis von dieser E-Mail und wussten, was zu tun war: die Polizei einschalten, Anzeige erstatten und die Mitglieder des SoVD, auch hier, zu informieren.

Die E-Mail des angeblichen SoVD-Mitglieds stellt offensichtlich eine weitere Variante des sogenannten „Enkeltricks“ dar. Neu war nach Einschätzung der Polizei, dass die E-Mail in korrektem Deutsch verfasst war. Andere bekannte E-Mails beziehungsweise Telefonanrufe zeichneten sich häufig dadurch aus, dass deutliche sprachliche Mängel vorlagen.

Seit April 2018 gehören der 1. Vorsitzende Gerd Griese und die stellvertretende Vorsitzende Hanne Ulbrich zum Team der Seniorensicherheitsberatung in Herne.

Die Seniorensicherheitsberatung ist Programmteil der Präventionsarbeit des Polizeipräsidiums Bochum. Ehrenamtliche Mitarbeiter beraten ältere Menschen zu Themen wie

Einbruchschutz, Trickdiebstahl, Betrugsdelikte wie zum Beispiel dem Enkeltrick oder auch Haustürgeschäfte, Telefonwerbung, Gefahren im Internet, Sicherheit im Straßenverkehr, und Brandschutz.

Hauptsächlich konzentriert sich die Arbeit in Herne auf die Weitergabe aktueller Informationen zu den oben genannten Themen bei den Ortsverbandstreffen, der Organisation von Vorträgen von Mitarbeiter*innen der Polizei oder Feuerwehr. Auch die Teilnahme am Rollatortag der Polizei Bochum, der zweimal im Jahr durchgeführt wird, um auf den sicheren Umgang mit Rollatoren hinzuweisen und diesen zu üben, gehört zum festen Bestandteil der Arbeit von Gerd Griese und Hanne Ulbrich. Na-

türlich werden diese Gelegenheiten auch genutzt, um darauf hinzuweisen, dass diese Arbeit selbstverständlich auch zur Mitgliederbetreuung im SoVD gehört.

Die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen sorgt dafür, dass der aktuelle Stand der Informationen gewährleistet ist. Zudem nutzt die Polizei das Netzwerk der Sicherheitsberatung, um Hinweise, Warnungen und Hintergrundinformationen weiterzugeben.

So informierte die Polizei Bochum über zwei weitere – derzeit offensichtlich ebenfalls aktuelle Versuche einer Trickbetrügerei mit WhatsApp-Anrufen, in denen vermeintliche Familienmitglieder dringend um Geldüberweisungen bitten. Oder es kommen Personen an



Gerd Griese (li., hier mit dem Landesvorsitzenden Franz Schrewe) gehört zum Team der Seniorensicherheitsberatung in Herne.

die Wohnungstür, die angeblich den Besitzer oder die Besitzerin eines entlaufenen Hundes suchen. Den Hund führen sie mit, bitten um Wasser für den Hund und nutzen die Gelegenheit, in die Wohnung zu gelangen, um zum Beispiel Geld und Schmuck zu entwenden.

Die aktuellen Beispiele von Betrugsversuchen zeigen, wie sinnvoll die Arbeit der Seniorensicherheitsberatung sein kann. Deshalb der dringende Appell: Wer merkwürdige E-Mails oder Telefonate erhält, sollte nicht darauf reagieren, sondern die Polizei informieren!

Herner Frauenwoche

Der März ist für die Frauen des SoVD der „Gleichstellungsmonat“. Gleich mehrere Aktionstage machen auf die andauernde Benachteiligung von Frauen aufmerksam. Das betrifft etwa den Bereich Pflege mit dem „Equal Care Day“ am 1. März oder die ungleiche Bezahlung mit dem „Equal Pay Day“ am 7. März. Am 8. März findet der Internationale Frauentag statt. Der Kreisverband Herne wird sich sehr mit frauenspezifischen Themen beschäftigen. Deshalb sind am 7. März von 15.30 bis 17.30 Uhr die Kreisfrauensprecherin Ruth Galla-Zobel und die stellvertretende Kreisvorsitzende Hanne Ulbrich persönlich in der Kasinogastronomie, Unser-Fritz-Straße 176 in 44653 Herne für alle Interessierten da, um mit Ihnen über die Themen zu sprechen. **Um Voranmeldung unter Tel.: 02325 / 467 07 50 wird gebeten.**



Hanne Ulbrich

Ruth Galla-Zobel



Fernsehsendung zum Thema „Wohnungslosigkeit trotz Arbeit“

SoVD-Rechtsberaterin befragt

Die ZDF-Sendung „Volle Kanne“ berichtete über die Wohnungsmisere im Land und stellte Betroffene vor, die verzweifelt auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Als Expertin äußerte sich SoVD-Sozialrechtsberaterin Greta Lutterbach zum Thema.

Mietschulden, Privatinsolvenz, kein Erfolg bei der Wohnungssuche – es gibt Menschen, die zwar einen Job haben, aber einfach keine bezahlbare Wohnung (mehr) finden. Der SoVD prangert den Mangel an Sozialwohnungen seit Jahren an, das Problem aber ist größer denn je. Die ZDF-Sendung stellte Menschen vor, die zwar Arbeit haben, aber keine Wohnung. Wie kann das sein und wie kann den Betroffenen geholfen werden?

Als Expertin wurde SoVD-Mitarbeiterin Greta Lutterbach dazu befragt – sie arbeitet als Sozialrechtsberaterin in Köln. Im Gespräch mit ZDF-Moderatorin Nadine Krüger erläuterte sie die prekäre Lage am Wohnungsmarkt und berichtete, welche Erfahrungen sie mit dem Thema in der SoVD-Sozialrechtsberatung gemacht hat.

Das Leben eines Menschen könne durch Schicksalsschläge aus den Fugen geraten. Mietschulden und überhaupt private Verschuldung seien weitere Probleme. Es gebe aber auch Menschen, die einen Job und eine Wohnung haben und



Greta Lutterbach (links) vom SoVD NRW mit Moderatorin Nadine Krüger bei der ZDF-TV-Sendung „Volle Kanne“.

trotzdem nicht über die Runden kämen, nach Abzug der Miete unter das Existenzminimum fielen: „Ich versuche, mit den Menschen, die zu mir kommen, zu klären, welche Möglichkeiten es für sie gibt. Viele, die bei uns in der Beratung sind, wussten vorher gar nicht, dass sie überhaupt Ansprüche haben könnten. Sie dachten, sie beziehen eine Rente und das ist alles, was sie bekommen. Wenn sie in einem bestimmten finanziellen Bereich sind, dann haben sie

aber Ansprüche auf staatliche Leistungen.“ Welche das im individuellen Fall sein könnten – Bürgergeld, Grundsicherung, Wohngeld, Aufstockung, Übernahme von Mietschulden – das könne im Rahmen eines Termins bei ihr geklärt werden, so Lutterbach abschließend.

Mehr zum Thema Wohnkosten und staatliche Hilfe gibt es in der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Sozialberatung to go“ auf: sov-d-nrw.de und überall, wo es Podcasts gibt.

BGH-Urteil: Preisbestandteile bei Energiekostenerhöhungen müssen gegenübergestellt werden

Klagen der Verbraucherzentrale erfolgreich

Neue Entscheidungen des Bundesgerichtshofes (BGH) zu Strom- und Gaspreiserhöhungen bestätigen die Rechtsauffassung der Verbraucherzentrale NRW. Das BGH bekräftigt die Pflicht zur Gegenüberstellung auch bei Sonderverträgen.

Wenn Strom- und Gasversorger ihre Preise erhöhen, müssen sie transparent über die Preisänderungen informieren. Dazu gehört auch die Pflicht zur Gegenüberstellung von Preisbestandteilen. Dies gilt nicht nur in der Grundversorgung, sondern auch für Sonderverträge, wie der Bundesgerichtshof nun in zwei aktuellen Urteilen bekräftigt (VIII ZR 199/20, VIII ZR 200/20). Vorausgegangen waren Klagen der Verbraucherzentrale NRW gegen die Energieversorger Strogen GmbH und die Rheinischen Elektrizitäts- und Gasversorgungsgesellschaft mbH, auch bekannt unter dem Markennamen „immergrün“.

Fehlende Angaben in Preiserhöhungsschreiben

Die dem Urteil zugrunde liegenden Fälle ereigneten sich in den Jahren 2017 und 2018. Kund*innen von Strogen und

„immergrün“ erhielten eine Mitteilung über eine beabsichtigte Preisänderung. Diese beinhaltete jedoch keine Gegenüberstellung der einzelnen Preisbestandteile. „Es ist wichtig, die alten und neuen Preisbestandteile gegenüberzustellen, damit Verbraucher*innen nachvollziehen können, welche Änderungen zur Erhöhung führen und welche Rechte sie deswegen haben“, erklärt Wolfgang Schuldzinski, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW.

So kann unter Umständen ein Anbieterwechsel sinnvoll sein, wenn die Preisänderung auf einem vom Energieversorger beeinflussbaren Preisbestandteil beruht. Auch das Recht auf eine Sonderkündigung kann überprüft werden oder ob gegen die Preiserhöhung vorgegangen werden kann. Die Pflicht zur Gegenüberstellung gilt auch unter dem aktuellen Energiewirtschaftsgesetz (EnWG 2021),



Foto: pikselstock / Adobe Stock

Preiserhöhungen bei Strom und Gas müssen für die Verbraucher*innen nachvollziehbar sein.

das heißt auch für alle zukünftigen Preisänderungsschreiben.

Unterschiedliche Pflichten für Strom- und Gasversorger

Die Gegenüberstellungspflicht bezieht sich bei Strom auf alle Preisbestandteile, die nach dem Vertrag Bestandteil des zu zahlenden Strompreises sind. Auch Entgelte, Abgaben und Umlagen sind eingeschlossen. Bei Gasverträgen

hingegen müssen nur die Energiesteuer, Konzessionsabgabe und die Kosten für Emissionszertifikate angegeben werden. Schuldzinski sieht hier gesetzlichen Nachbesserungsbedarf: „Auch bei Gas-Sonderverträgen muss die Gegenüberstellungspflicht alle Preisbestandteile umfassen, die laut Vertrag Bestandteil des zu zahlenden Gaspreises sind.“

Weitere Informationen auf der Webseite der Verbraucherzentrale NRW (<https://www.verbraucherzentrale.nrw/urteilsdatenbank>), z. B.: das Urteil des Bundesgerichtshofes gegen die Rheinischen Elektrizitäts- und Gasversorgungsgesellschaft mbH (VIII ZR 199/20) und das Urteil des Bundesgerichtshofes gegen die Strogen GmbH (VIII ZR 200/20). Quelle: Verbraucherzentrale NRW

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Diese Jubilar*innen kamen persönlich zu ihrer Ehrung im Kreisverband Lübbecke.

Ortsverband Lübbecke

Bei Kaffee und Kuchen trafen sich fast 100 Mitglieder des SoVD zur diesjährigen Mitgliederversammlung, worüber sich die Organisatoren, ganz besonders aber der 1. Vorsitzende Bernhard Kostka sehr freute. Neuwahlen gab es keine, wohl aber altersbedingte Umbesetzungen im Vorstand, die schon in der letzten Mitgliederversammlung gewählt wurden: Sandra Olschewski (1. Schriftführerin), Ada Kostka (2. Schriftführerin) und Martina Hüffmeier-Moustakas (2. Kassiererin).

Auf der Tagesordnung standen unter anderem noch der Kassenbericht und der Bericht des Vorstandes, wobei über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und die geplanten Ausflüge in diesem Jahr berichtet wurde.

Großes Thema war aber auch die Mitgliederentwicklung. Waren es im Januar 2022 noch 1590 Mitglieder, berücksichtigt man Abgänge durch Abmeldungen, bzw. Todesfälle, konnten im Januar 2023 1640 Mitglieder vermeldet werden – und darin sind die Ortsteile von Lübbecke nicht enthalten! Wie wichtig der SoVD auch mit sei-

nen Angeboten und sozialem Engagement nicht nur für ältere Menschen ist, erläuterte der neu gewählte Kreisvorsitzende Detlef Sassenberg. In seinem sozialpolitischen Vortrag zum Thema „Ehrenamt gegen Einsamkeit“ erklärte er die Zusammenhänge und ermunterte die Anwesenden, den Schritt zum Ehrenamt zu gehen.

Zum Abschluss der Veranstaltung gab es Jubilarehrungen. Geehrt wurden für 20 Jahre Helga Borchard, Christel Kämper, Erika Schwarze, Heidrun Struckmeier, Herbert Stefling und Sven Fuchs, für 25 Jahre Ingrid Ende, Ursula Steinecker-Schmidt, Ute Stannek, Heinz Borchard und Horst Baumann, für 35 Jahre Ulrike Vollhey und Luise Brune, für 40 Jahre Hilde Wojtke und für 45 Jahre Dieter Aschemeyer.

Irmtraud Flachmann wurde für über fünf Jahre als Betreuerin und Frauensprecherin ausgezeichnet und Hanna Neubauer für sogar 20 Jahre als stellvertretende Vorsitzende und Betreuerin.

Der SoVD Lübbecke setzt bei seiner Verbandsarbeit auf eine Zusammenarbeit mit den Werkstätten der Lebenshilfe. Mit



Ortsverband Lübbecke: Bernhard Kostka übergibt Christian Weber Flyer.

1.600 Mitgliedern ist der Ortsverband der größte im Kreisverband Lübbecke. Entsprechend hoch ist der Aufwand, der geleistet werden muss, um alle Mitglieder über die Aktivitäten des Ortsverbandes zu informieren. Die Kommunikation dazu erfolgt notwendigerweise zum Teil noch auf dem Postweg.

„Man kann sich vorstellen, was das für eine Arbeit ist, 1.600 Briefe per Hand zu kuvertieren und zu frankieren“, sagt Vorsitzender Bernhard Kostka, „da haben wir im Vorstand manche Stunde mit verbracht.“



Der Kreisverband Herne ehrte Manfred Lagoda (Mitte)



Kreisverband Lübbecke: Ortsvorsitzender Bernhard Kostka (li.) und Kreisvorsitzender Detlef Sassenberg.

Nun ist das anders, denn ab jetzt nutzt der Ortsverband den Mailingervice der Lübbecker Werkstätten der Lebenshilfe. Dort sind Menschen mit Behinderungen beschäftigt, die diese Arbeiten als Dienstleistung übernehmen. Das steht im direkten Verständnis zu den Aufgaben des SoVD, sich auch um die Belange von Menschen mit Behinderungen zu kümmern.

„Die Zeit, die wir einsparen, können wir für die inhaltliche Arbeit besser nutzen“, erklärte Bernhard Kostka und sprach von einer „Win-Win-Situation“.

Kreisverband Herne

Erstmalig nach der Coronapandemie konnte der SoVD-Kreisverband Herne im Rahmen einer festlichen Jahresabschlussveranstaltung wieder langjährige Mitglieder auszeichnen. Die Ehrung nahmen der 1. Vorsitzende Gerd Griese und die Kreisschatzmeisterin Carola Griese vor. Für außergewöhnliche 70 Jahre Mitgliedschaft wurde Manfred Lagoda geehrt, der sich zudem im Laufe seiner Mitgliedschaft in verschiedenen Ämtern im Verband engagierte.

Aktuelle Urteile

Hausratversicherung:
Erhitztes Öl darf nicht unbeaufsichtigt sein

Lässt eine 76-jährige Frau einen Topf unbeaufsichtigt am Herd stehen, in dem sie Öl erhitzen will, so handelt sie grob fahrlässig. Verlässt sie die Küche, nachdem sie den (Induktions-)Herd einschaltet, und greifen die Flammen des entzündeten Öls auf die Dunstabzugshaube sowie auf die Küchenschränke über, so bleibt sie auf die Hälfte des Schadens sitzen. Die Hausratversiche-

rung darf den Schadenersatz in Höhe von 50 Prozent kürzen. Öl, das in einem Topf oder in einer Pfanne erhitzt wird, muss beaufsichtigt werden (LG Köln, 24 O 360/19).

Steuerrecht: Von Freitag auf Montag muss die Post zugestellt sein

Läuft eine Frist für einen Steuerberater (der für einen Mandanten einen Rechtsstreit führt) an einem Montag ab und erreicht das Schriftstück (hier ging es um die Begründung

einer Revision) das Ziel nicht rechtzeitig, obwohl es am Freitag davor – und zwar vor der letzten Leerung – in den Briefkasten geworfen worden ist, so wurde die Frist „unverschuldet“ versäumt.

Der Steuerberater kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangen. Er musste sich nicht am Montag erkundigen, ob das Schriftstück eingegangen ist. Er habe auf die übliche Postlaufzeit vertrauen dürfen, wonach 80 Prozent der Briefe in Deutschland am folgenden

Werktag (auch samstags) ausgeliefert werden – 95 Prozent nach zwei Werktagen (BFH, II R 30/21).

Steuerrecht: „Altersfreiheit“ kann für steuerbegünstigte Rückstellung sorgen

Gewährt ein Betrieb Mitarbeiter*innen zusätzliche freie bezahlte Arbeitstage, wenn sie mindestens zehn Jahre im Betrieb beschäftigt und 60 Jahre alt sind (die sogenannte „Altersfreiheit“), so kann der Betrieb dafür eine „steuermin-

dernde Rückstellung“ bilden. Die Voraussetzungen für die Bildung einer „Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten“ seien erfüllt. Denn es würden zusätzliche freie Tage verbindlich zugesagt, wobei die Angestellten mit ihrer Arbeitskraft in Vorleistung gehen und die Gegenleistung vom Arbeitgeber in der Zukunft erbracht wird.

Damit sei die Verpflichtung bereits vor der Arbeitsfreistellung entstanden – und wirtschaftlich verursacht (FG Köln, 12 K 2486/20).
wb

Nachruf



Der Landesvorstand des SoVD NRW trauert um

Dr. Günter Hartmann.

Er erlag Ende des Jahres im Alter von nur 70 Jahren einem Krebsleiden. Hartmann war seit 2008 im SoVD aktiv.

Als Vorsitzender war er jahrelang die Stimme und das Gesicht des SoVD im Kreisverband Lübbecke, der unter seiner Führung auf rund 10 000 Mitglieder und damit zum größten Kreisverband des Landesverbands wachsen konnte.

Ab 2015 gehörte Dr. Hartmann auch dem Landesvorstand an.

Der Notar und Rechtsanwalt hat sich über viele Jahre hinweg für unseren Verband und die Anliegen benachteiligter Menschen eingesetzt und sich dabei höchsten Respekt erworben. Für sein herzliches, aber vor allem kluges und besonnenes Auftreten wurde er allseits geschätzt – nun muss der Verband schmerzhaft von ihm Abschied nehmen.

Wir vermissen ihn, halten ihn in aber zugleich bester Erinnerung und sind in Gedanken bei seiner Familie in dieser schwierigen Zeit der Trauer.

Nachruf



Der SoVD NRW trauert um

Angelika Winkler

aus Gütersloh. Sie hat sich über viele Jahre hinweg für soziale Gerechtigkeit eingesetzt und bekleidete zahlreiche Ämter in unserem Verband. Sie war von 2003 bis 2014 2. Landesvorsitzende und bereits ab 2000 Vorsitzende des Kreisverbandes Gütersloh.

Auch auf Bundesebene war sie in unserem Verband aktiv. 2009 erhielt sie für ihren Einsatz die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland.

Angelika Winkler starb bereits Ende Dezember nach langer Krankheit in ihrer Heimatstadt Gütersloh. Im Juni wäre sie 70 Jahre alt geworden.

In Gedanken und im Herzen sind wir bei ihrer Familie und allen, die ebenfalls um sie trauern.



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern sowie allen Jubilar*innen wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband.

Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Gerda Mangel (90), Harald Kopetz (90), Helga Kamp (92), Magdalena Schäfer (92), Margret Brodhage (93), Kläre Tichy (93), Elli Müller (95), Hans Wolter (96), Herta Kordbarlag (101), Elly Haferstroh (101).

KV Bochum-Hattingen: Siegelinde Bauta (90).

KV Dortmund-Lünen: Agnes Barwe (90), Lilli Kalischinski (90), Erika Neidhardt (90), Ursula Goetz (92), Edith Heinemann (92), Margarete Heimann (93), Fredy Kröger (94), Hanna Tittmann (98), Herbert Kuhn (101), Heinrich Neuhaus (103).

KV Düsseldorf: Hildegard Kemmerling (93), Inge Baumhauer Spehr (94)).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Rudolf Bogatzki (96), Marianne Hamann (98), Pauline Stümke (98).

KV Essen: Hans Arlt (90), Helga Kämper (90), Gisela Rosenblatt (90), Susanne Tomnitz-Krauß (92), Alfred Schulz (94), Hannelore Siebers (94).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Bertholt Maass (90), Else Schäfer (91), Reinhard Söchtig (93), Johanna Wowries (93).

KV Gladbeck: Anneliese Trosin (93).

KV Gütersloh: Werner Igelhorst (90), Markus Bäuerle (92), Gertrud Kempkensteffen (92), Theresia Heinrichsmeier (93).

KV Hamm-Unna-Münster: Erich Larisch (90), Margot Fischer (90), Georg Heibach (90), Richard Franke (91), Brigitte Fischer (91), Fredi Schneider (92), Gerhard Kosmann (95), Lilli Kath (96).

KV Herford: Martha Stahl (90), Inge Wippermann (91), Annelies Zorn (93), Wilhelm Gestring (97), Gertrud Pentermann (99).

KV Iserlohn-Hagen: Lothar Hoppe (90), Helene Gardner (91).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Irmgard Gogolin (94).

KV Lippe: Martha Rieke (90), Maria Vieregge (94), Elisabeth Dubbert (95).

KV Lübbecke: Kriemhilde Knickmeier (90), Irmtraud Schulte (90), Anneliese Hartlage (91), Erna Hussmann (91), Christiane Kühborth (91), Irmgard Roick (91), Erich Rose (91), Elisabeth Szillat (91), Frieda Berner (92), Werner Lehmann (92), Hilde Schlüter (92), Helmut Bollhorst (93), Werner Radtke (93), Ingo Schünemann (93), Elli Südkamp (93), Frieda Kokemohr (95), Erika Vogt (95), Elfriede Koch (96), Hilde Luhede (97), Martha Warner (97), Hugo Maxim (99).

KV Märkischer Kreis: Karl-Wilhelm Rump (91).

KV Minden: Agnes Traue (91), Inge Wokoeck (91), Herbert Rüter (92), Heinrich Schaper (94).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Ingeborg Kamps (90), Anneliese Wehmöller (91), Wilfriede Sworacki (94).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Günter Thiel (93).

KV Witten: Irmgard Mayr (90), Aribert Tubbe (90), Erich Liskatin (93).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Dieter Napierski (Düsseldorf), Brigitte Dierse, Manfred Schulte (Hamm-Unna), Rita Schmidt (Märkischer Kreis), Rüdiger Kasten (Rhein / Sieg-Bonn-Oberberg).

45 Jahre: Annegret Beermann, Willi Schwake (Dortmund), Horst Zimmerling, Udo Kortwinkel (Hamm-Unna), Ursula König (Lübbecke).

50 Jahre: Renate Graas (Hamm-Unna), Kurt Sünderbruch (Lübbecke).

55 Jahre: Klaus-Dieter Hilsmann, Josef Detters (Hamm-Unna).

75 Jahre: Helmut Reimann (Gelsenkirchen).



Sozialberatung

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der

SoVD NRW auch weiterhin telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30.

Alle weiteren Kontaktdaten und Informationen finden sich im Internet auf der SoVD NRW-Homepage unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e.V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 38 60 31 14, E-Mail: m.veil@sov-nrw.de.
Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-nrw.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Termine

Ortsverband Marl

11. März, 10–15 Uhr: Marler Gesundheitstag im Marler Stern mit Infostand des Ortsverbandes.

18. März, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung im Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115 in 45770 Marl, Anmeldung bis 24. Februar bei: Martina Bartz, Tel.: 02362 / 95 04 404, Uschi Klein-Lindner, Tel.: 02365 / 38 41 486, Helmuth Schöbel, Tel.: 02365 / 26 285 oder Sigrid Radunski, Tel.: 02365 / 17 34 49.

Kreisverband Recklinghausen

8. März, 15–17 Uhr: Frauenveranstaltung im Gemeindehaus St. Josef, Wiesenstraße 14 / Ecke Bergstraße, 45770 Marl

Ortsverband Waldbröl/Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat: gemeinsames Kaffeetrinken in den Räumen der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.



Landesvorsitzender Alfred Bornhalm eröffnete mit seiner Rede die Veranstaltung.

Neujahrsempfang 2023 des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

SoVD ist eine wichtige Stimme

Vor rund 120 Gästen begrüßte der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein das neue Jahr. Im Rahmen des traditionellen Neujahrsempfanges konnte nach dreijähriger Corona-Pause erstmals wieder der bewährte Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Gesellschaft stattfinden.

In seiner Begrüßung wies Landesvorsitzender Alfred Bornhalm auf die aktuellen Herausforderungen des SoVD-Landesverbandes hin. Neben der hohen Inflation sind es vor allem die niedrigen Renten sowie ausufernde Pflegekosten, welche die Menschen im Land umtreiben. Bornhalm sprach von einer „Rutschbahn in die Altersarmut“ und forderte eine gerechtere Steuerpolitik. „Starke Schultern müssen mehr als schwache tragen“, so eine seiner Kernforderungen.

Auf die große Bedeutung des SoVD bei der Bewältigung dieser Probleme wies Sozialministerin Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen) hin. Über 162.000 Menschen aus Schleswig-Holstein sind schließlich Mitglied im SoVD. Sie freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem SoVD und bedankte sich beim Verband und seinen 3.600 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen für die wichtige Arbeit des SoVD.

Die SoVD-Vorstandsvorsit-



SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm, SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer und Sozialministerin Aminata Touré.

zende Michaela Engelmeier versprach in ihrem Grußwort, dass sich der SoVD auch in diesem Jahr lautstark für diejenigen einsetzen werde, die es am nötigsten haben. „Der SoVD ist eine wichtige Stimme in unserem Land. Insbesondere für die Menschen, die keine Stimme haben.“ Das Engagement für Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit kleinem Einkommen und vor allem mit gesund-

heitlichen Einschränkungen müsse sogar noch verstärkt werden. Damit niemand in diesen schweren Zeiten zurückgelassen werde.

Allein im vergangenen Jahr konnte der SoVD in Schleswig-Holstein Nachzahlungen von über 16 Millionen Euro für seine Mitglieder erwirken können. Dazu kommen monatlich ausgezahlte Leistungen in Höhe von mehr als 2,5 Millionen Euro.



Aminata Touré,
Sozialministerin



Michaela Engelmeier,
Vorstandsvorsitzende



Alexander Jankowsky,
Landesgeschäftsführer

Alles neu in Büsum



Zum SoVD-Erholungszentrum in Büsum gibt es nun auch einen neuen Internetauftritt.

Das verbandseigene Erholungszentrum in Büsum erstrahlt im neuen Glanz. Viele Zimmer wurden aufwendig modernisiert, die Außenanlagen verschönert. Jetzt gibt es auch eine neue, wirklich schöne Internetseite unter: www.erholungszentrum-buesum.de. Schauen Sie doch mal vorbei!

Auf der neuen Webseite erhalten Sie einen Eindruck von den modernen Zimmern, der guten Küche und dem vielseitigen Freizeitangebot der Gemeinde Büsum. P.S.: Ein Urlaub an der Nordsee ist auch im Frühjahr ein tolles Erlebnis. Also – klicken Sie sich durch die Website und buchen Sie Ihren nächsten Urlaub. Wir freuen uns auf Sie!



Personalien

Christiane Tramm wurde auf der Kreisverbandssitzung zur neuen Vorsitzenden im Kreisverband Schleswig-Flensburg gewählt. Die 68-Jährige übernahm den Staffelstab von Uwe-Dieter May, der nach 20 Jahren erfolgreicher Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht noch einmal für das Amt antrat. Christiane Tramm engagiert sich seit 2016 in der Vorstandarbeit im SoVD.

Auf dem Foto: Christine Tramm und Dieter May.



Hohe Nachfrage

Das Förderprogramm Klimaschutz bezuschusst Wärmepumpen, Solarkollektoranlagen, Biomasseheizungen, den Anschluss an ein Wärmenetz und Photovoltaik-Balkonanlagen. Die Obergrenze für Letztere ist bis Ende März bereits ausgeschöpft. Ab dem 31. März kann aber wieder eine Förderung für die PV-Stecker-Anlagen beim Land beantragt werden.

Die Beantragung der Förderung ist ausschließlich digital über die Webseite „Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger“ im Serviceportal des Landes Schleswig-Holstein (<https://serviceportal.schleswig-holstein.de>) möglich.

Kooperationspartner des Landesverbandes

Theatererlebnisse

SoVD-Mitglieder haben die Möglichkeit, Theaterkarten zum günstigen Volksbühnenpreis zu kaufen. Die Teilnahme am Volksbühnenservice ist ganz einfach: Sie nennen Ihre SoVD-Mitgliedsnummer und bestellen Ihre Tickets direkt bei der Volksbühne in Kiel. Sie erhalten die Karten mit Rechnung per Post oder holen sie direkt in der Geschäftsstelle der Volksbühne Kiel in der Rathausstraße 2, 24103 Kiel, ab.

Opernhaus Kiel

Pariser Leben, Operette von Jacques Offenbach: Die Lebemänner Bobinet und Gardefeu beschließen, nur noch Liebeleien mit Damen von Welt zu beginnen. Für Gardefeu kommt da die schwedische Baronin Christine von Gondremark gerade recht! Sie und ihr Ehemann wollen Paris erkunden. Gardefeu gibt sich als Fremdenführer aus und beherbergt die beiden in seinem Haus.

Termine: 19.3. und 16.4., 18 Uhr, sowie 8.4., 19.30 Uhr; Preise: 19,40 bis 59,20 Euro.

Schauspielhaus Kiel

Kabale und Liebe, Tragödie von Friedrich Schiller: Ferdinand, Sohn des skrupellosen Politikers von Walter, verliebt sich in Luise, Tochter des einfachen Musiklehrers Miller. Doch die Elterngeneration ist entschieden gegen eine Verbindung der beiden. Mit Songs der deutschen Indie-Rockband Kettcar.

Termine: 22.4. und 29.4., 20 Uhr; Preise: 15,30 bis 34 Euro.

Die Weber, Drama von Gerhart Hauptmann: Deutschland im 19. Jahrhundert. Im Betrieb von Fabrikant Dreißiger wird gewebt. Zu ausbeuterischem Lohn werden die Arbeiter*innen in Heimarbeit geschunden. Als ihre Lebenssituation durch den Import von billigerer Baumwolle und mechanischen Webstühlen so prekär wird, dass Weitermachen kaum mehr möglich ist, formiert sich Widerstand und sie ziehen wütend gegen die herrschende Klasse auf die Straße.

Termine: 31.3., 1.4. und 5.4.23, 20 Uhr; Preise: 12,10 bis 27,30 Euro. Weitere Termine immer aktuell unter: www.volksbuehne-kiel.de.

Zusätzliche Ermäßigungen erhalten Menschen mit Behinderung und andere Berechtigte auf alle Theaterkarten. Für Freitags- und Samstagstermine im Kieler Opernhaus und Schauspielhaus wird ein Wochenendzuschlag von 1 Euro pro Karte berechnet.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Günter Dreier,
langjähriger Revisor und 2. Vorsitzender im Ortsverband Klein Offenseth-Sparrieshoop;

Kurt Ehlers,
Gründungsmitglied im Ortsverband Malente;

Rolf Heidemann,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Pinneberg;

Peter Herbst,
langjähriger 1. und 2. Vorsitzender im Ortsverband Bornhöved;

Uwe Mainz,
langjähriger Pressewart im Ortsverband Tornesch;

Johannes Hermann Richter,
langjähriger 1. Vorsitzender im Ortsverband Hartenholm;

Klaus Schwenn,
langjähriger Revisor im Ortsverband Tellingstedt.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Ratzeburg

Ortsverband Ratzeburg

300 Euro überreichten Torsen Joachim Egge und Marion Borchert an den örtlichen Kinderschutzbund. Zusammengekommen war das Geld im Rahmen einer Sammlung unter den Mitgliedern des Ortsverbandes.

Ortsverband Heide

Mehr als 40 Personen freuten sich über den ersten Klönnachmittag und kamen gerne. Nach dem Kaffeetrinken folgte der gemütliche Spielenachmittag. Vorsitzende Bärbel Sarner (s. Foto, Mitte) bedankte sich bei Winfried Sarner und Frauke Papenfuß für die Unterstützung.

Ortsverband Norderstedt

Der Krieg in der Ukraine führte auch in Norderstedt dazu, dass viele Flüchtlinge dort Schutz fanden. Darum hatte der Ortsverband eine Spendenaktion gestartet. Insgesamt



Ortsverband Heide

kamen 350 Euro zusammen, die der Vorstand auf 500 Euro aufstockte. Mit dem Geld konnte der Ortsverband insgesamt 21 ukrainischen Kindern einen wunderschönen Tag im Hamburger Miniaturwunderland ermöglichen.

Ortsverband Handewitt

Bürgermeister Thomas Rasmussen zeichnete im Rahmen einer Festveranstaltung den Vorsitzenden Dieter Luckenwald mit der silbernen Verdienstnadel aus für dessen 16-jährige, ehrenamtliche und herausragende Leistung. Auch der Vorstand des Ortsverbandes gratulierte ihm und freute sich mit ihm über diese besondere Auszeichnung.

Ortsverband Holm

Die bisherige Vorsitzende Astrid Kluck-Krueger übergab das Zepter an ihre Stellvertreterin

Gitta Buder. Sie hatte die Geschichte des Ortsverbandes 33 Jahre lang geleitet. Zum neuen Stellvertreter wurde Michael Wölm gewählt. Der Kreisvorsitzende Peter Sprenger würdigte und dankte Astrid Kluck-Krueger für ihren ehrenamtlichen Einsatz. (Auf dem Foto, v. li.: Gitta Buder, Astrid Kluck-Krueger und Michael Wölm.)

Ortsverband Rantum-Oldersbek

Auf der Jahresabschlussveranstaltung 2022 wurden zahlreiche treue Mitglieder geehrt: 30 Jahre dabei sind Claus-Dieter Hansen-Röhe und Hans-Thomas Schäfer, 25 Jahre Irmgard Albertsen, Helga Küffen und Hermann Matthiesen, 10 Jahre Anka Rehm und Frauke Holsteiner. Auch Vorsitzender Dieter Dau-Schmidt konnte sein zehnjähriges Jubiläum feiern.

Fortsetzung auf Seite 13



Ortsverband Norderstedt



Ortsverband Handewitt



Ortsverband Rantum-Oversbek



Ortsverband Holm

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Groß Wittensee

Fortsetzung von Seite 12
Ortsverband Groß Wittensee
Auf der Versammlung berichtete Vorsitzender Peter Teichmann über aktuelle Themen aus dem Sozialrecht und erkundigte sich bei den Mitgliedern, ob die Energiepauschale bereits überwiesen wurde. Hier gingen viele Hände noch oben. Anschließend ehrte er 16 Personen, vom Vorstandsmitglied bis hin zu den Zeitungsausträger*innen (auf dem Foto, v. li.: Wolfgang und Brigitte Elxnat, Karl-Heinz Korte und im Hintergrund Vorsitzender Peter Teichmann).

Ortsverband Steinberg / -kirche
Rund 80 Mitglieder freuten sich nach langer Corona-Pause sehr über das Jahresabschlusstreffen 2022. Es gab Livemusik von Revisorin Elke Rahn mit ihrem Schifferklavier. Neben einem Vortrag über 75 Jahre SoVD

standen Ehrungen von langjährigen Mitgliedern auf der Tagesordnung (auf dem Foto, v. li.: Erika und Peter-Christian Carsensen wurden vom ehemaligen Vorsitzenden Werner Weißfels und dem aktuellen Vorsitzenden Peter Hoffmeier für zehnjährige Mitgliedschaft geehrt).

Ortsverband Plön
Fast 130 Mitglieder erschienen zur Jahresabschlussveranstaltung. Auf das traditionelle Grünkohlessen folgte eine Tafel mit Kaffee und Kuchen. Auch langjährige Mitglieder wurden geehrt. Ute Stänner betreute die jüngsten Mitglieder in der Bastelecke (s. Foto).

Ortsverband Neukirchen
Sein 75-jähriges Jubiläum konnte der Ortsverband Neukirchen feiern. Vorsitzende Eika Ingwers-Nissen präsentierte einen kurzen Rückblick. Be-



Ortsverband Steinberg



Ortsverband Neukirchen

sonders im Gedächtnis blieb Antje Jensen, die 20 Jahre lang ihr Amt als Vorsitzende mit viel Herzblut ausgefüllt hatte. Anschließend überreichte Kreisvorsitzenden Petra Lenius-Hemstedt (auf dem Foto, re.) an Rosa Möller (auf dem Foto, li.), die seit 46 Jahren Mitglied ist, davon 28 Jahre im Vorstand,



Ortsverband Plön



Ortsverband Glückstadt

die Jubiläumsurkunde. Die Gesangsgruppe „Retro“ sorgte für einen gelungenen Abschluss des Jubiläums.

Ortsverband Glückstadt
Bei dem Jahresabschlusstreffen 2022 mit rund 120 Teilnehmer*innen bekam jeder Haushalt eine kleine Geschenktüte mit. Nach seiner Rede über die letzten 75 Jahre des Verbandes begrüßte Vorsitzender Hans-Peter Tiedemann den Bürgervorsteher Krafft-Erik Rohleder. Anschließend begeisterte Ex-Godewind-Musiker Stephan Bork die Anwesenden mit Gitarre und Gesang.

Ortsverband Bordelum
Auf dem Jahresabschlusstreffen 2023 freuten sich fast 90 Personen über die Kaffeetafel im festlich geschmückten Saal. Nach der Ehrung langjähriger Mitglieder folgte das Musikprogramm mit Weihnachtsliedern.

Ortsverband Buchholz
Die Mitglieder unternahmen eine Bustour nach Norstedt zu „Jonny's Café“. Mit Kuchen und Kaffee sowie weihnachtlicher musikalischer Begleitung durch die Gruppe „Landlicht“ war es ein schöner, besinnlicher Adventsnachmittag für alle Teilnehmer*innen.

Ortsverband Witzwort
Nach zweijähriger Corona-Pause gab es 2022 erstmals

wieder eine Veranstaltung im Advent. Gemeinsam mit Harro Jacobsen vom Kreisvorstand ehrte der Vorstand in diesem Rahmen langjährige Mitglieder.

Ortsverband Kiel-Schwentine
Der Vorstand ehrte auf der letzten Versammlung einige langjährige Mitglieder – zum Beispiel Ursula Buck für 25 Jahre und Gisela Rummelie für 10 Jahre Mitgliedschaft. Noch länger dabei ist Torsten Burmeister (auf dem Foto, re.). Er bekam die Urkunde für 30 Jahre im SoVD.

Ortsverband Reinsbüttel
40 Mitglieder verbrachten gemütliche Stunden im weihnachtlich geschmückten Gerätehaus der freiwilligen Feuerwehr. Nach der Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden Klaus Gerbracht begann der Nachmittag mit Zeit zum Plaudern bei Kaffee und Keksen. Am frühen Abend stärkten sich die Gäste mit einem leckeren Essen.

Ortsverband Karby
Einen neuen Namen trägt seit dem Jahreswechsel der Ortsverband Karby. Da über die Jahre viele Mitglieder aus umliegenden Gemeinden neu dazugekommen sind, hat der Vorstand entschieden, den Verband fortan in „Ortsverband Nordschwansen“ umzubenennen. Das vermittelt allen Mitgliedern ein besseres Zugehörigkeitsgefühl.



Ortsverband Bordelum



Ortsverband Buchholz



Ortsverband Witzwort



Ortsverband Kiel-Schwentine

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

- Die Gewinner*innen des Monats Februar sind:**
- Thomas Meins (Kreisverband Stormarn),
 - Horst Wiechert (Kreisverband Dithmarschen),
 - Erich Bünger (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
 - Dieter Sievers (Kreisverband Kiel),
 - Gesine Goltz (Kreisverband Lübeck),
 - Kirsten Olstein (Kreisverband Neumünster),
 - Hans-Werner Christiansen (Kreisverband Nordfriesland).

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der SoVD hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2023 lautet unser Wahlspruch:
**„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!“**

Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot, und die persönliche Arbeit seiner ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein uner müdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.
Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet sie darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken!

Auszeichnungen

- Das SoVD-Ehrenschild erhielten folgende Mitglieder:
- für 20-jährige Funktionärstätigkeit**
Harry Schlegel (Ortsverband Rendsburg-Neuwerk),
 - für 25-jährige Funktionärstätigkeit**
Karin Boller (Ortsverband Grömitz)
 - für 30-jährige Funktionärstätigkeit**
Amin Arend (Ortsverband Flintbek).
- Der Vorstand gratuliert herzlich.

Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117.** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patient*innen kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331/70 84 882. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 04631/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, montags bis samstags, 14–20 Uhr: 0800 / 11 10 333.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800 / 01 17 722.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802 / 49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431 / 98 81 240.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431 / 98 81 620.

Interview

„Ehrenamt lässt mich nicht los“

Rund 3.500 Menschen in Schleswig-Holstein engagieren sich ehrenamtlich im größten Verband des Nordens. Einmal im Monat stellen wir Ihnen einen davon vor. Heute: Manuela Fick aus Zarpen im Kreis Stormarn. In den letzten vier Jahren hat sich die Mitgliederzahl im dortigen Ortsverband – zu dem auch die Gemeinden Heilshoop und Rehhorst gehören – verdoppelt. Auf heute 220 Personen.

—Hallo Frau Fick, Sie engagieren sich schon länger ehrenamtlich. Warum eigentlich?

Weil es einfach Spaß macht. Ich bin hier im SoVD ja viel mit Menschen zusammen, das ist schon faszinierend. Man kann durchaus sagen, dass mich das Ehrenamt infiziert hat – positiv natürlich. Am besten gefällt mir, dass ich sehr kreativ sein kann. Als Vorsitzende im Ortsverband kann ich viele Ideen einbringen. Einige davon setzen wir dann auch um.

—Wie haben Sie denn im Sozialverband angefangen?

Mitglied bin ich seit 2001, also schon über 20 Jahre. Ich brauchte damals keine Unterstützung im Sozialrecht – den SoVD kannte ich aber, weil schon meine Mutter und meine Oma Mitglied gewesen sind. Was der Verband aber genau leistet – das wusste ich damals gar nicht. Ich bin auch nie zu den Versammlungen hier im Ort gegangen.

Geändert hat sich das, als die damalige Vorsitzende wegziehen musste. Sie hat mich damals angesprochen und gefragt, ob ich nicht im Vorstand mitarbeiten möchte. Vorstellen konnte ich mir das, allerdings nicht direkt als Vorsitzende. Also bin ich zur nächsten Mitgliederversammlung gegangen und wurde da zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Das war 2016. Zwei Jahre später wurde ich dann Vorsitzende hier in Zarpen.

—Und was sind Ihre Aufgaben als Vorsitzende des Ortsverbandes?

Das ist von Ortsverband zu Ortsverband sehr unterschiedlich, man wächst da ja auch ein bisschen rein. Aber ich habe natürlich viel mit der Verwaltung zu tun. Wenn Mitglieder Fragen oder Probleme haben, rufen die oft erstmal bei mir an. Und auch



Manuela Fick

Veranstaltungen müssen vorbereitet werden. Das alles mache ich – natürlich zusammen mit meinen Vorstandskollegen. Oder auch das Marketing, also Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeit hier vor Ort ist schon sehr vielseitig.

—Klingt nach viel Arbeit ...

Das ist es auch. Aber wie gesagt: Im Ehrenamt kann man das ja zum größten Teil selbst bestimmen. Aber in meinem Fall kommen schon zwei, drei Stunden am Tag zusammen. Ich bin ja auch im Kreisverband Stormarn des SoVD aktiv. Langweilig wird es nicht (lacht).

—Was ist denn nach Ihrer Meinung die wichtigste Aufgabe des SoVD hier in Schleswig-Holstein?

Unser Motto lautet ja nicht umsonst „Nah bei den Menschen“. Bei uns im Ortsverband kommen die Menschen zusammen. Wir wirken aktiv der Einsamkeit entgegen. Und natürlich sind viele Mitglieder auch bei uns, weil sie ein sozialrechtliches Problem haben. Zum Beispiel, weil die Krankenkasse nicht zahlt oder man schwer krank geworden ist und Rente beantragen muss.

—Hand aufs Herz: Auch im Ehrenamt gibt es doch Dinge, die richtig nervig sind. Oder?

Klar gibt es die. Aber nicht

mehr als anderswo auch. Richtig ärgern kann ich mich zum Beispiel, wenn sich Leute zu Veranstaltungen anmelden und dann einfach nicht auftauchen. So etwas gehört sich nicht. Außerdem entstehen ja auch Kosten, die dann auf den Ortsverband zurückfallen. Manchmal finde ich auch, dass das Ehrenamt immer noch zu wenig Anerkennung findet.

—Wirklich? Sie bekommen keine positiven Rückmeldungen?

Doch, doch. Die bekommen wir im Ortsverband sogar sehr häufig. Man hat aber immer den einen oder anderen, der unsere Arbeit für selbstverständlich hält. Und das kann einen schon ärgern. Aber Sie haben schon recht: Die allermeisten Menschen sind sehr dankbar für das, was hier hier vor Ort leisten. Ich freue mich über jede Veranstaltung, wenn die Menschen mit einem Lächeln im Gesicht kommen. Oder sich im Anschluss persönlich bei mir und meinen Kollegen bedanken.

—Wir haben hier schon oft über die Corona-Zeit berichtet. Und darüber, wie schwer das für die Ortsverbände im SoVD war. Ist das bei Ihnen auch so gewesen?

Ehrlich gesagt sind wir als Ortsverband sehr gut durch diese Phase gekommen. Wir haben einfach das Beste daraus gemacht. Klar, Veranstaltungen liefen auch in Zarpen nicht. Aber wir haben uns immer wieder etwas Neues einlassen lassen und haben unseren Mitgliedern kleine Geschenke an der Haustür gemacht. Corona-Masken, Weihnachts-Präsente oder Blumen im Frühjahr. Da sind wir mit dem Bollerwagen durchs Dorf gezogen und konnten so mit den Menschen ins Gespräch kommen. Das ist super angekommen.

Aktuelles Urteil

Arbeitsrecht: Teilzeit darf nicht schlechter bezahlt werden

Ein Rettungsassistent, der als Teilzeitkraft beschäftigt ist, muss bei gleicher Tätigkeit wie seine in Vollzeit beschäftigten Kollegen auch gleichermaßen bezahlt werden. Das Rettungs-

unternehmen kann nicht argumentieren, mit den Vollzeitern sei die Planung einfacher. Wird die Notfallrettung von teil- und vollzeitbeschäftigten Sanitäter*innen gleichermaßen ausgeführt, so müssen die Kräfte auch gleich bezahlt werden. Erhalten die Vollzeitkräfte

17 Euro brutto pro Stunde, die „nebenamtlich“ Beschäftigten jedoch nur 12 Euro, so werden die Teilzeiter benachteiligt. Teilzeitbeschäftigte dürfen nicht „wegen“ der Teilzeit schlechter behandelt werden als vergleichbare Vollzeitbeschäftigte (BAG, 5 AZR 108/22).